DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

226/227 | 20. JAHRGANG | Juli/August 2003 | 4,50 €

GENOSSENSCHAFTEN IN DER ARBEITSMARKTPOLITISCHEN DISKUSSION

Seifenblase oder Rettungsanker?

Zum Selbstverständnis von Genossenschaften gehören die unternehmerische und soziale Beteiligung der Mitglieder. Allein schon deshalb können sie als innovative Lösungsansätze zur Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt angesehen werden. Sind sie deshalb schon als arbeitsmarktpolitisches Instrument zu betrachten? Der CONTRASTE-Schwerpunkt thematisiert diese gegenwärtig hochaktuelle, konträr geführte Diskussion.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Über eine abgesicherte Einbindung der Mitglieder, die den arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen zuzurechnen sind, helfen genossenschaftliche Ansätze mehr als andere Unternehmensformen, die individuellen Fähigkeiten und Motivationen ihrer Mitglieder zu mobilisieren. Vor diesem Hintergrund stellt ihre innerbetriebliche Organisation, gekennzeichnet durch ein Experimentieren mit neuen Entscheidungs- und Managementformen, ein Innovationspotenzial an sich dar, das besondere ökonomische und politische Möglichkeiten eröffnet.

Allerdings wird die Rechtsform der Genossenschaft in Deutschland für Unternehmen mit sozialen Zielsetzungen wie der Schaffung von Arbeitsplätzen bisher wenig genutzt. In anderen Ländern der Europäischen Union gelang es mit Hilfe der großen genossenschaftlichen Organisationen – der Konsumenten oder der Landwirte – auch im sozialen Sektor die genossenschaftliche Selbsthilfe zu aktivieren. Hier besteht die Möglichkeit zur Entwicklung neuer Wege, von anderen Ländern der Europäischen Union zu lernen. Für die geringe Zahl der Neugründungen von Genossenschaften ist eine Reihe von Hürden ausschlaggebend. Ihre Beseitigung bzw. ihr Abbau können zu einem wichtigen Impuls für verstärkte Gründungen von Selbsthilfegenossenschaften beitragen. Die wichtigsten Barrieren sind:

1. Mangel an Kenntnissen über die genossenschaftliche Rechtsform;
2. Defizite bei Beratung und Qualifizierung;
3. Mangel an geeigneten Finanzierungsformen;
4. Defizite bei Kooperationsfähigkeit und Motivation;
5. Fehlen praxisnaher Entscheidungshilfen.

Kein Wundermittel

Allerdings bewirken auch Genossenschaften keine Wunder. Sie ermöglichen weder den Aufbau von Arbeitsplätze, wo es keine Arbeit im Sinne bezahlter Tätigkeiten gibt, noch können soziale Probleme, bei denen Sozialarbeit und staatliche Interventionen seit Jahren wirkungslos bleiben, durch Genossenschaften eine entscheidende Trendwende erfahren. Entsprechend reagieren Sabine Smentek und Margrit Zauner eher kritisch gegenüber aktuellen Bestrebungen, Produktivgenossenschaften vorrangig als arbeitsmarktpolitisches Instrument zu betrachten. Sie befürchten, dass sie zu sehr mit gesellschaftspolitischen Zielen überfrachtet werden. Nach ihrer Einschätzung müssen Genossenschaften aber immer dort scheitern, wo sie als Vehikel für die Durchsetzung von gesellschaftspolitischen Interessen dienen und ihre eigentlichen betriebswirtschaftlichen Stärken gar nicht erst zum Tragen kommen.

Das Beispiel der hauswirtschaftlichen Dienstleistungsgenossenschaft *HausGemacht eG*, gegründet im Mai 1998, veranschaulicht allerdings, welche Möglichkeiten in der Genossenschaft stecken. Sie wurde gegründet, um mit einem niedrigschwelligen Angebot dauerhafte Arbeitsplätze für arbeitslose Frauen zu schaffen. Die Verknüpfung des arbeitsmarktpolitischen Ansatzes mit dem Modellcharakter der Rechtsform Genossenschaft diente als Begründung, um über das Programm »Zukunftsoffensive« des Landes Bayern eine Förderung zu erhalten. Die beiden folgenden Artikel kritisieren dagegen vor allem die Hemmnisse, mit denen genossenschaftliche Neugründungen konfrontiert werden. Hintergrund hierfür sind in vielen Fällen, so Delal Atmaca, die ideologische Fixierung auf das Einzelunternehmertum. Die Folge ist, dass Genossenschaften aus vielen staatlichen Gründungsförderungen ausgeschlossen bleiben. Hier, so ihr überzeugendes Plädoyer, gilt es schnellstens Abhilfe zu schaffen. ●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

AUS DEM INHALT:

ATOMWAFFEN

Stell Dir vor, Du wanderst auf der Rollbahn eines atomar bestückten Militärflugplatzes und keiner merkt etwas... Ein Aktionsbericht zur sechsten Entzäunungsaktion des Atomwaffenlagers Büchel/Südeifel auf Seite 3.

ANDERS ARBEITEN

Gemeinsam selbstbestimmt arbeiten – wie geht das? Betriebe und Projekte, in denen Menschen ihre Belange selbst in die Hand nehmen und gemeinschaftlich regeln, existieren in den unterschiedlichsten Rechtsformen und mit verschiedenen Tätigkeitsbereichen. Ausgehend von den Erfahrungen aus drei Jahrzehnten alternativer Ökonomie und Selbsterfahrungen wird dieses Thema u.a. auf einem Seminar diskutiert werden, dass im Rahmen der attac-Sommerakademie 2003 in Münster stattfindet. Seite 4

WAHRHEIT AN DIE WAND

Wahrheit an die Wand, kurz WADW, ist ein Plakatprojekt rebellischer StraßenkünstlerInnen, die seit Monaten das Nürnberger Stadtbild erheblich bereichern. Auf der Straße, meist Nachts und ohne zu fragen... Seite 5

DIENSTE OHNE GRENZEN?

»Frauen stoppt GATS!« Dies stand als Slogan über dem internationalen Kongress »Dienste ohne Grenzen?«, der im Mai in der Fachhochschule Köln stattfand. Rund 500 Frauen und einige Männer nahmen daran teil. Der dreitägige Kongress mit dem Untertitel »GATS, Privatisierungen und die Folgen für Frauen« war der erste zu diesem Thema weltweit. »Wenn Coca Cola die Wasserbetriebe kauft...«, ein Bericht von Maria Mies auf Seite 6.

WOHNUNGSLOSENHILFE

Nach Schätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) für das Jahr 2002 gibt es ca. 410.000 wohnungslose Menschen, davon 180.000 Personen in Mehrpersonenhaushalten und 150.000 alleinstehende Wohnungslose sowie 80.000 Aussiedler in Übergangsunterkünften in der BRD. Keine Modernisierung des Sozialstaats auf Kosten der Ärmsten, formulierten die TeilnehmerInnen einer Bundestagung in Fulda und entwickelten einen Forderungskatalog an die Politik. Seite 11

NACHSCHLAG

»Bildung für Alle? ... für den Standort oder was?« war unser Schwerpunktthema in der Juni-Ausgabe, in dem wir nicht alle Beiträge berücksichtigen konnten. In dieser Ausgabe kommt Gerald Grüneklee zu Wort mit seinem »Aufruf zur Intervention – PISA-Schock?« auf Seite 12/13.

www.contraste.org

D 8008

PFINGSTEN 2003 IN BREMEN: ANTIKRIEGSKONGRESS DER BUKO

Widerstand gegen die künftigen Kriege

Der Krieg gegen den Irak ist zu Ende. Von den Zigtausenden die dagegen auf die Straße gegangen sind, ist nichts mehr zu sehen und zu hören. Doch nicht alle sind zur Tagesordnung übergangen. Mehr als 400 Antimilitaristen haben sich bei hochsommerlichen Temperaturen am Pfingstwochenende in der Bremer Hochschule für Technik und Sozialwesen zum »Internationalismuskongress gegen Krieg« getroffen.

Von Peter Nowak aus Bremen ● Dieser Themenschwerpunkt wurde allerdings schon vor einem Jahr festgelegt, als der drohende Irakkrieg nur unter politischen Aktivisten ein Thema war. Dazu können die Kongressveranstalter und auch ein Großteil des Publikums auf jeden Fall gezählt werden. Schließlich wurde der Bremer Pfingstkongress von der Bundeskoordination Internationalismus (Buko) veranstaltet. Diesen Namen gab sich der bundesdeutsche Zusammenschluss verschiedener Internationalismusgruppen allerdings erst im letzten Jahr. Vorher stand das Kürzel Buko für den »Bundeskongress Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen«, der im letzten Jahr in Frankfurt/Main sein 25tes Bestehen gefeiert hat. Der mit über 800 Teilnehmern außergewöhnlich gut besuchte Jubiläumskongress im Jahr 2002 stellte auch eine Zäsur dar. Eine Öffnung zur übrigen Linken, »sei sie nun antikapitalistisch, undogmatisch, radikal oder bewusst internationalistisch«, propagierte das langjährige Buko-Mitglied Thomas Seibert. Von einer Aufbruchsstimmung wurde gesprochen.

Davon konnte in Bremen nicht die Rede sein. Neben der im Vergleich zum Jubiläumskongress halbierten Teilnehmerzahl, wurde auch auf große Podiumsdiskussionen mit politischer Prominenz in diesem Jahr bewusst verzichtet. Der Schwerpunkt lag auf politischer Diskussion in Kleingruppen, die dann auf einem Großplenum zusammen geführt werden sollten. Dabei stand allerdings nicht die Verabschiedung von Resolutionen und die Planung unmittelbarer Aktionen, sondern die Klärung offener Fragen im Vordergrund. »Kann eine Kriegskritik ausreichen, wenn sie nicht mit den Verhältnissen hier verbunden wird? Wie kann eine radikale Antikriegspolitik weitergehen, als sich mit kurzfristigen Aktionen von einem Krieg zum Nächsten zu hangeln?« lauteten einige die Fragen. Die in den unterschiedlichen linken Strömungen zirkulierenden Parolen und die dahinter stehenden Konzepte wurden kritisch hinterfragt. Dem Motto der Friedensbewegung »Kein Blut für Öl« hatten linke Zivilgesellschafter und Bellizisten die Parolen »Fanta statt Fatwa« und »Zivilisation statt Barbarei« entgegen gesetzt. Dabei war unter den Konferenzteilnehmern eine klar Antikriegshaltung weitgehend Konsens, was eine kritische Haltung zur deutschen Friedensbewegung nicht ausschloss. Die unterschiedlichsten Ansätze, der Kongressteilnehmer wurden respektiert.

Nur das Thema Israel – Palästina sorgte auf dem Abschlussplenum noch mal für Kontroversen. Einige Teilnehmer störten sich an Flugblättern, die zum Boykott israelischer Produkte aufriefen. Die dafür verantwortliche Gruppe erklärte sich gleich bereit, die inkriminierten Aufrufe beiseite zu legen. Allerdings wurde bemängelt, dass die Kritik erst im Plenum und nicht schon vorher in den Arbeitsgruppen geäußert wurde.

Insgesamt war positiv anzumerken, dass auf der Buko selbst kontroverse Fragen nicht im Stil von gegenseitigen Ausschluss und Denunziation geführt wurden, wie es leider sonst zu häufig üblich ist. Das lag sicherlich auch an dem Bemühen nicht nur die deutsche Sicht auf die Probleme der Welt zu präsentieren.

Fortsetzung auf Seite 3

REDAKTIONSPLENUM IN DRESDEN

Blick nach vorn!

Mit dreizehn TeilnehmerInnen war das bundesweite Redaktionstreffen gut besucht. Wir tagten vom 13. bis 15. Juni in Dresden – mitten in der »Bunten Republik Neustadt«, dem inzwischen auch überregional bekannten Stadtteilfest. In den bunten Trubel tauchten wir denn auch in den Pausen und abends bis nachts kulturkonsumierend, schnabulierend und kommunizierend ein. Der staatliche Repressionsapparat sprich Polizei war leider in unangenehmer Weise kontrollierend und patrouillierend (2.000 PolizistInnen zum Teil in Kampfmontur) auch präsent. Ein Wunder, dass kein Großkrawall dabei herauskam (dank den sehr heiter und friedfertig gestimmten mehr als 150.000 BesucherInnen).

Foto: Uta & Holger, Redaktion Dresden

Ariane Dettloff, Heinz Weinhausen, Red. Köln ● Die Finanzsituation der CONTRASTE ist bekanntermaßen bescheiden bis kritisch (siehe Aktion 2003). Trotzdem war es ein tatkräftiges und engagiertes Treffen. Wir halten CONTRASTE als übergreifende Zeitung sozialer Bewegung für nicht verzichtbar. Gerade ihr Charakter als offenes Forum verschiedenster Ansätze sorgt für Spannung und wirkt ideologischen Verengungen entgegen. Insbesondere werden vielfältige Bestrebungen sichtbar, wie Menschen entgegen der Ellbogen-Marktwirtschaft und den staatlichen Zwängen hier und jetzt ein Stück weit solidarischer und befriedigender leben wollen. Die Stärke unserer Zeitung für Selbstorganisation ist, dass sie in hohem Maße eine selbstbestimmte Mitmachzeitung ist für die ehrenamtlichen RedakteurInnen wie für Aktive in den verschiedensten Initiativen. Sie bietet ein unkomplizierte Einladung für alle, denen es nicht um Lohn und Ruhm, sondern um ein gutes Leben geht.

So gingen wir denn auch beherzt ran. Nicht jammern, vielmehr nach vorne schauen. Die CONTRASTE ist wichtig, aber sie soll und muss verbessert werden, damit sie bestehen bleiben kann, damit wieder Abos dazu kommen und SpenderInnen dem Zeitungsprojekt weiterhin unter die Arme greifen. Unser Vorhaben: CONTRASTE soll noch vielfältiger werden, meint bisher unterbelichtete Themen aufgreifen, über mehr Initiativen und Projekte berichten oder diese zu Wort kommen lassen. Die Austragung von Kontroversen untereinander soll belebt werden z.B. als dokumentierte Gesprächsrunden. Die Zeitung soll lesbarer und genießbarer werden, d.h. weniger längliche oder langatmige Seminarberichte, mehr Reportage. Artikel sollen nachvollziehbarer werden durch mehr Erläuterung oder Anführung von Beispielen.

Konkreter: Bei der Schwerpunktplanung für 2003/04 kamen viele Ideen und Zusagen zusammen, von Permakultur bis Umsonstläden, von Biotechnologie bis Mietshäuser-Syndikat.

Angedacht und diskutiert wurde das Thema Streitkultur in der CONTRASTE anhand der Problematik »Ausgrenzung/Abgrenzung in Selbstorganisationsstrukturen«. Daraus könnte sich auch ein Schwerpunktthema entwickeln. Auseinandersetzungen sollen generell diskursiv stattfinden und nicht beleidigend werden. Wir haben bekräftigt, dass bloßes Niedermachen ohne zu argumentieren in unserer Zeitung nicht (mehr) stattfinden soll! Nötig zur Umsetzung unserer Ziele ist die Stärkung der Endredaktion, um kontinuierlicher und koordinierter zu wirken, um Beiträge außerhalb der CONTRASTE-Redaktionen einzuholen, um Stil und Form zu verbessern. Heinz und Ariane (freie Journalistin) wollen diese Aufgabe übernehmen. Leider sprengt dies den ehrenamtlichen Rahmen, weswegen wir noch die Möglichkeit eines finanziellen Zuschusses zum Lebensunterhalt schaffen müssen.

Ansonsten freuten wir uns über die neue rege Dresdner Redaktion ebenso wie über die brandneue Redaktion »Selbstorganisation im Alltag«. Espi (Projektwerkstatt Saasen) und Marc (Marburg) wollen bewährte kleine Schritte zu mehr Unabhängigkeit von Markt und Staat aufzeigen.

Wir hoffen, dass CONTRASTE mit den neuen Ideen und Eurer Unterstützung noch viel zur Idee der Selbstorganisation, zur Vernetzung und zur Gesellschaftsveränderung beitragen kann. Wir hoffen ebenso auf mehr Beiträge für unsere Mitmach-Zeitung. Bleibt noch zu erwähnen, dass das Plenum trotz großem bewältigtem Pensum Spaß gemacht hat. Schmankerl am Rande: In Dresden gibt es eine Straßenbahn-Haltestelle namens »Heeresbäckerei«. Ob dort neue Heere gebacken werden?? Das wäre echt verheerend! Andererseits hing an der Schauburg, dem alternativen Kino, ein großes Transparent mit der Aussage: MACHT MACHT TOT.●

Maul halten!

Nicht den Mund verbieten lassen!

Einen Konsens fand unser Plenum schließlich und letztendlich doch noch zum leidigen Thema Repression. Seit März vergangenen Jahres war hier eine Diskussion über den Begriff der »kreativ-feindlichen Kontaktaufnahme mit den Repressionsorganen« (so benutzt im Schwerpunkt »Selbstorganisation von unten«) entstanden, die auch nicht mit Abdruck des Herbstschwerpunktes zu eben diesem Thema beendet werden konnte.

Alle Redaktionen, auch die damaligen AutorInnen, legen jetzt jedoch Wert darauf, klarzustellen, dass hiermit keinesfalls gemeint sein kann und darf, der Obrigkeit gegenüber etwas auszuplaudern. CONTRASTE muss in ihren Berichten und Veröffentlichungen einen Vertrauensschutz garantieren können, den Missverständnisse in dieser Frage nur zu leicht unterminieren könnten. Schließlich heißt das wichtige Prinzip »Maul halten« noch lange nicht, dass wir uns den Mund verbieten lassen wollen...●

AKTION 2003:

Über die Ziellinie ...

haben wir es Dank Eurer Unterstützung geschafft! Die für dieses Jahr errechnete Deckungslücke ist bis auf 12,66 EUR geschlossen und wir können nun noch einen Teilabbau der Schulden aus vergangenen Jahren angehen. Wunschvorstellung: 2.500 EUR noch in diesem Jahr.

Redaktion Heidelberg ● Damit gingen bisher insgesamt 5.003.58 EUR an Spenden ein. Einhundert Spenden über 25 EUR würden helfen, den Schuldenberg aus alten Zeiten zu reduzieren. Zusätzlich ist eine neue Leih- und Schenkungsgemeinschaft in Planung, nachdem eine vor vier Jahren über 10.000 EUR aufgelegte gerade erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Unterlagen hierzu (ab 11 EUR monatlich, Laufzeit vier Jahre) können unverbindlich bei der Heidelberger Endredaktion angefordert werden.

Folgende Spenden gingen auf unserem Spendenkonto ein:

- Laura, Heidelberg (200 EUR)
- Jörg Czervan, Speyer (25 EUR)
- Westerwälder Initiativen- und Betriebenetz (3,30 EUR)
- Uli Mengel/Oliver Rausch, Dresden (10 EUR)
- Praktische Pädagogik e.V., Berlin (50 EUR)

CONTRASTE bedankt sich ganz herzlich bei allen SpenderInnen und Mitgliedern des Fördervereins, die es ermöglichen, dass CONTRASTE weiter erscheinen kann.

Abokampagne 100+

Es gab fünf Neuabos und drei Kündigungen. Wegen eines Todesfalles fallen 62 EUR als Förderbeitrag aus. Somit benötigen wir mittlerweile 116+ an Neuabos, damit wir die für 2004 zu erwartende Deckungslücke verhindern und unsere Situation dauerhaft stabilisieren können. Wir benötigen dringend neue Kreise von Leserinnen und Lesern. 117+: Das ist eigentlich kein zu hoch gestecktes Ziel, aber mit unseren Mitteln der Abowerbung schwer zu erreichen. Wir benötigen dazu die Hilfe unserer LeserInnen, denn Ihr seid die besten MultiplikatorInnen.

Wir hoffen weiterhin auf Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Umstellungen helfen, das Zeitungsprojekt zu stabilisieren. (Coupon auf dieser Seite!). Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.●

> »Das Korrektiv mehrerer Zeitungen leisten sich außer den Fachleuten nur wenige Menschen – und so entsteht ein Weltbild, wie es entstehen soll, nicht, wie es ist.«
>
> Kurt Tucholsky, 1921

SPENDEN- UND ABOZÄHLER

Das Zeitungsprojekt benötigt noch 2.512,66 EUR an Spendengeldern.

Das Ziel der Abokampagne: 116+ Neuabos

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

KURT'SURF CENTER: MUSIK LIEGT IN DER LUFT

»Tonträger-Terror«

Die Industrie für Tonträger terrorisiert eigentlich nur noch. Ausgestattet mit härteren nationalen Copyrightgesetzen (CONTRASTE berichtete) geht es den Tauschbörsen an den Kragen.

Und wenn die Mutter aller Tauschbörsen »Napster« aufgekauft wird, verschlucken die Mediengewaltigen von Bertelsmann sich nur daran. *»Allein im Jahr 2002 sank der Umsatz des deutschen Tonträgermarktes um knackige 11,3 Prozent auf 1,97 Milliarden Euro...«* berichtet das Polit-WWWzine »telepolis« und erklärt damit, *»Warum Plattenfirmenangestellte jetzt schon vor dem Aufstehen koksen...«* Und dennoch – es scheint noch genug Musikfans zu geben. Das Geschäft der Konzertveranstalter boomt nämlich in unvorhergesehenem Ausmaß.

Der »Download« wurde für die Musikindustrie zum Unwort dieser Dekade. Seit Erlangener Wissenschaftler das handliche MP-3-Format entwickelt hatten liegt eben Musik einfach in der Luft und kann per Mausklick wachgeküsst werden, oder sie tobt gleich live in der Tenne. Pech für die einst großen Plattenmogule, aber auch Chance für unkonventionelle und kleine Labels.

Und der Markt gruppiert sich in Erwartung neuer Internetbeben ganz gewaltig um. Nach Ostern startete *iTunes* von Apple mit Musikdiscountangeboten unerwartet stark mit Millionenumsätzen pro Woche. Im Mai gibt auch die neue »Napster«-Eignerfirma »Roxio« Vollgas und kauft von Sony und Universal für stolze 30 Mio. Dollar den eher betulichen und teuren Internetvertrieb »Pressplay«. In Wirklichkeit ist »Tonträger-Terror« Schnee von gestern: Bis 2007 soll der Musikvertrieb im Netz allein in Europa 1,8 Milliarden Euro umsetzen, schätzt die Unternehmensberatung Forrester-Research http://www.forrester.com/ER/Press/Release/0,1769,800,00.html.

Verblüffendes erfuhr der Musikvertrieb MP3.com auch über seine Kundschaft. Das Bild des pizzaessenden Computerkids vs. computerfeindliche Grufties stimmt einfach nicht mehr. Downgeloadet wird offenbar zunehmend aus der Mitte der Gesellschaft und das auch mit Hörgerät oder Brille. Nur 23 Prozent der MP3-Kunden sind zwischen 18 und 24 Jahre, aber stolze 24 Prozent sind älter als 48.

Na also. Musik liegt nicht nur in der Luft, sondern Musik ist auch Trumpf. Peter Frankenfeld, übernehmen Sie...●

Musik per Mausklick

Anbieter im Internet:

	Musikdaten auf CD brennbar	Musikdaten auf tragbare Geräte überspielbar	monatliche Gebühr in US-Dollar	Gebühr pro Musikstück in US-Dollar
Anbieter: iTunes Music Store Apple	●	●	Keine	0,99
MusicNet AOL Time Warner u.a.	●		AOL-Angebot: 3,95 bis 17,95	AOL-Angebot: unterschiedlich
MusicNow FullAudio	●	●	9,95	0,99
Pressplay Sony, Universal	●	●	9,95 bis 17,95	fünf: 5,95 zehn: 9,95
Rhapsody Listen.com	●		9,95	0,99

ZIVILER UNGEHORSAM AM 54. JAHRESTAG DES GRUNDGESETZES

Entzäunungsaktion am Fliegerhorst Büchel

Stell Dir vor, Du wanderst auf der Rollbahn eines atomar bestückten Militärflugplatzes und keiner merkt etwas... Aktionsbericht zur sechsten Entzäunungsaktion des Atomwaffenlagers Büchel/Südeifel.

Hermann Theisen, Redaktion Heidelberg ● Am 23. Mai 2003 wurde die sechste Entzäunungsaktion am Fliegerhorst bei Büchel in der Südeifel durchgeführt. Es war nicht die erste Aktion zivilen Ungehorsams, die bewusst an einem Jahrestag des Grundgesetzes stattfand. Bereits 1989, also am 40. Jahrestag, organisierte das *Komitee für Grundrechte und Demokratie* eine groß angelegte Sitzdemonstration vor den Toren des Giftgaslagers Fischbach (Pfalz), an der Menschen aus der ganzen Bundesrepublik teilnahmen und sich deshalb in den darauffolgenden Jahren vor den Gerichten in Pirmasens und Zweibrücken wegen des Vorwurfs der versuchten Nötigung zu verantworten hatten.

Jener 40. Jahrestag unserer Verfassung wurde damals auf zivil ungehorsame Weise begangen, um gegen die Lagerung von Giftgas zu protestieren und zugleich, um an fundamentale Werte unserer Verfassung zu erinnern, gegen die – damals wie heute – durch die völkerrechtswidrige Lagerung (nebst Einsatzdrohung) von Atomwaffen verstoßen wird. Hanne und Klaus Vack, jene unermüdlichen Friedensaktivisten der ersten Stunde der (nachkriegs)deutschen Friedensbewegung, schrieben damals in ihrem Einladungsschreiben zu den Sitzdemonstrationen: »Machen wir für uns und andere diesen 40. Jahrestag zu einem Tag des Friedens und der Demokratie! Demonstrieren wir unseren friedlichen Mut und unsere gewaltfreie Wut und unsere noch nicht zerbrochenen Hoffnungen. Auch wenn die atomaren Mittelstreckenraketen verschrottet werden, auch wenn ernstzunehmende Abrüstungsinitiativen diskutiert und hoffentlich verwirklicht werden, sind die Gefahren und Gefährdungen, die uns bedrohen, noch immer turmhoch. Wir dürfen die Hände nicht tatenlos in den Schoß legen, denn Frieden ist nicht als Geschenk einer Obrigkeit zu erwarten, er ist nur als gemeinsame Anstrengung der Völker erreichbar. Solange der ABC-Tod und auch ökologische Krisen die Menschheit bedrohen, gilt: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt und wer sich nicht in Gefahr begibt, kommt in ihr um!«

Auch wenn seitdem bereits 14 Jahre vergangen sind, scheint jene Botschaft aktueller denn je zu sein, hätte sie doch durchaus wortwörtlich für einen Aufruf zur Entzäunungsaktion am 23. Mai 2003 übernommen werden können.

Der Fliegerhorst bei Büchel

Auf dem Fliegerhorst bei Büchel in der Nähe von Cochem (Südeifel) werden seit 1965 Atomwaffen der USA gelagert. Zur Zeit vermutlich zehn Atombomben vom Typ B61, die Schätzungen zufolge einer Sprengkraft von über 150 Hiroshima-Bomben entsprechen. Auf dem Fliegerhorst ist das Jagdbombergeschwader 33 der Bundesluftwaffe stationiert. Es stellt mit seinen Tornado-Kampfflugzeugen die Trägersysteme für die Atomwaffen bereit und eben damit die nukleare Teilhabe der Bundeswehr an der Atomwaffenstrategie der USA dar. Somit setzt sich die Bundesregierung über ein Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes vom 8. Juli 1996 hinweg, wonach der Einsatz von Atombomben mit jenen Anforderungen in Einklang zu bringen sein muss, die sich aus dem für bewaffnete Konflikte geltenden Völkerecht ergeben. Aufgrund ihrer verheerenden Wirkung vermögen Atomwaffen diesen Anforderungen nicht zu genügen, weshalb ihr Einsatz bzw. auch schon die Einsatzdrohung als völkerrechtswidrig zu betrachten sind. Diese Auffassung wird freilich von der Bundesregierung nicht geteilt. Für sie stellt die Tatsache, dass in Deutschland Atomwaffen gelagert sind und ihr potentieller Einsatz geübt wird, keine Drohung und Gefahr für den Weltfrieden dar.

Die zivilen InspektorInnen nach Eindringen in das Atomwaffenlager — Foto: Anne Gast

Noch im Februar des vergangenen Jahres hatte der damalige Verteidigungsminister Scharping – so eine Meldung von *Phoenix online* unter Berufung auf die *Nachrichtenagentur AP* – darauf hingewiesen, dass in Deutschland auch weiterhin US-Atom-Sprengköpfe stationiert bleiben und die Bundeswehr die von ihr bereitgestellten Tornado-Jagdbomber voraussichtlich bis zum Jahr 2020 zur Verfügung stellen wolle. Da Deutschland, so Scharping damals, in einem gemeinsamen Sicherheits-Bündnis über Jahrzehnte Vorteile gehabt habe, müsse es auch Verantwortung übernehmen. Die Frage, inwieweit jene Verantwortung die Grenzen unserer Verfassung überschreitet, blieb für Scharping offenbar irrelevant – ebenso wie aktuell für seinen Nachfolger Struck. Obwohl doch die gegenwärtige militärpolitische Entwicklung in den USA, die Otfried Nassauer treffend als die *Rückkehr der Atomkrieger* charakterisiert, Struck bzw. die Bundesregierung geradezu drängen müsste, die eigene nukleare Teilhabe am neu entfachten atomaren Rüstungswettlauf der USA kritisch zu reflektieren.

Die Entzäunungsaktion am 23. Mai 2003

Der Tag begann früh morgens mit einer Zug- und Busfahrt durch die Eifel. Der Busfahrer hielt uns (sechs Aktivisten und fünf Unterstützer) für eine Wandergruppe und wies uns immer wieder auf die wunderschöne Landschaft hin, insbesondere als er uns direkt an verschiedenen Eifeler Maaren vorbeifuhr. Am frühen Nachmittag erreichten wir nach einer etwa halbstündigen Wanderung, zunächst entlang eines Baches und später durch den vorsommerlichen Wald (insofern hatte der Busfahrer ja eigentlich Recht) um 14:45 Uhr unser Ziel, den Fliegerhorst Büchel. Mit mitgebrachten Seitenschneidern durchtrennten wir den Militärzaun und gelangten bereits nach wenigen Minuten auf das Bundeswehrgelände. Da wir symbolisch eine Inspektion des Atomwaffenlagers durchführen wollten, trugen wir weiße Schutzanzüge, hatten einen Geigerzähler mitgebracht sowie ein Transparent mit der Aufschrift: *Atomwaffen abschaffen* und eine regenbogenfarbene Pace-Fahne. Somit waren wir bereits von weitem deutlich als Zivilisten erkennbar – dachten wir zumindest. Einer der Aktivisten blies zudem noch laut ein Horn, um uns damit akustisch erkennbar zu machen. Doch weder optisch noch akustisch schienen wir den Alltag des Atomwaffenstützpunktes in irgendeiner Weise zu stören. So liefen wir etwa 10 Minuten unbehelligt über das Gelände, bis wir zur Rollbahn gelangten, von der es noch am Vormittag Starts und Landungen von Kampfjets gegeben hatte.

Zu unserem Erstaunen war auch hier kein Soldat zu sehen, das ganze Militärgelände machte einen ausgestorbenen Eindruck. So liefen wir über die Rollbahn in Richtung der Tornado-Hangars. Dabei befanden wir uns über einen längeren Zeitraum in Sichtweite des Towers, von welchem wir aber offensichtlich ebenso unbemerkt blieben. Auch in der Ferne vorbeifahrende Soldaten schienen keinen Anstoß an uns zu nehmen. Erst um 15:10 Uhr, also 25 Minuten, nachdem wir den Militärflugplatz betraten, erschien ein Militärjeep mit zwei Soldaten. Einer davon stellte sich als Umweltschutzoffizier vor, der sich mit seinem Kollegen gerade auf dem Nachhauseweg befand. Da unsere Entzäunungsaktion bereits fünf Vorläufer hatte, schien er sofort über unser Anliegen im klaren zu sein und empfing uns freundlich und gelassen. Er informierte die Cochemer Polizei und wies uns darauf hin, dass sich möglicherweise freilaufende Hunde auf dem Militärgelände befinden könnten, weshalb wir zu unserem eigenen Schutz unverzüglich stehen bleiben sollten. Wir beschlossen jedoch, unsere Inspektion fortzusetzen und liefen weiter in Richtung der Tornado-Hangars, gefolgt von einem in Schritttempo fahrenden Militärjeep.

Etwa nach weiteren 25 Minuten erschien die Cochemer Bereitschaftspolizei, nahm unsere Personalien auf und beschlagnahmte die mitgebrachten Seitenschneider als Tatwerkzeuge. In der Zwischenzeit waren auch eine Reihe von Bundeswehrsoldaten erschienen, mit welchen wir über den Hintergrund unserer Aktion sprachen. Auf die Bitte, den Kommodore sprechen zu können, um von diesem Auskunft über die gelagerten Atomwaffen zu erhalten, wurde uns mitgeteilt, dass sich dieser gerade in Kabul befände, und er ohnehin nicht – so der Umweltoffizier – mit uns darüber reden würde. Dazu sei Niemand befugt. Auf die Frage, wie es denn sein könne, dass wir so lange unentdeckt geblieben sind, wurde mitgeteilt, dass zwar bekannt gewesen sei, dass die Aktion stattfinden werde, aber eben nicht an welchem Tag. Auch die Bundeswehrsoldaten schienen sichtlich überrascht darüber gewesen zu sein, dass wir uns 25 Minuten unbehelligt auf dem Atomwaffenstützpunkt aufgehalten hatten. Schließlich wollte uns die Bereitschaftspolizei von der Bundeswehr zum Ausgang des Geländes bringen lassen, beschloss aber dann – inzwischen war es 17 Uhr –, uns mit auf die Polizeiwache nach Cochem zu nehmen, um uns dort zu vernehmen bzw. eine erkennungsdienstliche Behandlung durchzuführen. Dort wurden wir einzeln vernommen und teilweise erkennungsdienstlich behandelt. Einige von uns lehnten die erkennungsdienstliche Behandlung als unverhältnismäßig im Sinne der Strafprozessordnung ab, worauf die Polizei sehr unterschiedlich reagierte und in drei Fällen keine, in einem Fall eine teilweise sowie in zwei Fällen eine komplette erkennungsdienstliche Behandlung durchführte. Um 18:30 Uhr verließen wir die Polizeistation, wo wir bereits von unseren Unterstützern erwartet wurden und denen an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich für ihre ausgesprochen gute und hilfreiche Arbeit gedankt werden soll.

Unser Aktionstag endete schließlich mit einer Auswertung in der Cochemer Bahnhofsgaststätte, wo wir alle noch ein wenig unter dem Eindruck standen, es nicht fassen zu können, wie einfach es war, unsere Entzäunungsaktion durchzuführen.

Weitere Entzäunungsaktionen

Vielleicht regt dieser Aktionsbericht einige LeserInnen an, sich auch auf zivil ungehorsame Weise gegen die völkerrechtswidrige nukleare Teilhabe der Bundeswehr zu engagieren?! Es wird weitere Entzäunungsaktionen am Fliegerhorst Büchel geben! Jeder und Jede ist dazu aufgerufen, sich an diesen Aktionen zu beteiligen!●

Weitere Informationen dazu:
Hermann Theisen, Moltkestraße 35, D-69120 Heidelberg,
Tel. (0 62 21) 40 13 04
E-Mail: Hermann.Theisen@t-online.de

Der Roland-Gutschein für Bremen und Umgebung

Roland-Modell wenig ausgereift ?

In unseren Ausgaben Nr. 219 und 220 wurde der Roland-Gutschein ausführlich vorgestellt. Dem Hamburger Tauschmagazin vom April 2003 entnahmen wir folgenden Kommentar von Dagmar Capell, Hamburg.

Trotz Bewunderung für den Einsatz und die innovative Idee tauchen bei genauem Hinsehen einige Faktoren auf, die das Roland-Modell derzeit als wenig ausgereift erscheinen lassen. Die auf der Homepage des Vereins veröffentlichten Regeln sowie die dortigen teils plakativen Beschreibungen beinhalten keine verbindlichen Aussagen, die Vereins-Satzung ist nicht veröffentlicht. Auch sagen die aufgeführten »Regeln« nichts über einen etwaigen Rückkauf von Roland-Gutscheinen gegen Euro oder über eine geplante Kreditvergabe an Gewerbetreibende der Region aus.

Aussagekraft hat lediglich die rechtliche Beurteilung vom Institut für soziale Ökologie, verfasst von Manfred Steinbach, über die gesetzliche Situation des Gutschein-Ringes. Stutzig macht, dass genau dieser Manfred Steinbach als Gründungsmitglied so wenig Wert auf konkrete Aussagen über das Roland-System auf der Homepage macht, so dass die Bildung von Vertrauen zu diesem Modell für etwaige Mitglieder nicht einfach ist.

Nach Aussage des Vereins (Faltblatt/Homepage) sollen Ressourcen geschont werden und die Menschen wieder lernen, sich zu beschränken, d.h. die Unternehmen können nicht mehr mit steigendem Wachstum rechnen. Im Widerspruch hierzu steht die Absicht, mit der Umlaufsicherung eine schnelle Weitergabe der Scheine zu sichern um die Produktion zu fördern. Die Aussage ist eindeutig: Konsumieren oder finanziellen Verlust erleiden. Unternehmen könnten theoretisch durch ein zinsloses Darlehen profitieren. Praktisch kann dies derzeit aber kaum vergeben werden, da ein Großteil des Geldes zum monatlichen Rückkauf der Gutscheine benötigt wird. Dafür haben Firmen als Mitglied im Gutschein-Ring kostenlose Werbung sowie Dank des Einsatzes der Organisatoren geringen Aufwand und keinen finanziellen Verlust, solange die Gutscheine am Monatsende zurückgenommen werden.

Privatpersonen zahlen genau wie die Unternehmer 10 Euro Aufnahmegebühr, der Vorteil der Werbung entfällt für sie jedoch. Der Erwerb sowie die Weitergabe des Rolands sind zeitaufwändig und ohne direkten Vorteil. Im Gegenteil, alle Teilnehmer erleiden sogar Verlust wenn der Schein am Monatsende noch in ihrem Besitz ist und die Umlaufsicherung in Kraft tritt. Da die Händler auf mehrere kleine Orte verteilt sind, werden beim Einkauf Ressourcen vergeudet.

Die Annahme, dass Mitglieder durch die Teilnahme am Gutschein-Ring ihren Umgang mit Geld neu bedenken, steht im Widerspruch zu der Tatsache, dass die Konsumenten sich nicht im Sinne des Systems verhalten und z.B. Roland als Wechselgeld nicht oder kaum annehmen. Die Teilnehmer ersetzen zwar die Währung Euro gegen die Währung Roland, sie weigern sich aber die Konsequenz des möglichen Verlustes durch die Umlaufsicherung zu tragen.

Gesetzt den Fall, dass die Teilnehmer irgendwann – wie ursprünglich geplant – die Umlaufsicherung tragen und kein monatlicher Rückkauf der Gutscheine durch den Verein nötig ist, könnte das modellhaft geplante Ziel der Kreditvergabe zum Zuge kommen. Doch wurde die rechtliche und finanzielle Konsequenz zu Ende gedacht? Sollte ein von dem getauschten Geld vergebenes Darlehen nicht zurückgezahlt werden, trägt der Verein das Risiko bei diesem ungesicherten Modell. Für die Mitglieder würde dann die Möglichkeit entfallen, Gutscheine zurück zu tauschen und sie müssten weiterhin mit Roland bezahlen oder auf ihr Geld verzichten. 1998 wurde ein Urteil des Bundesgerichtshofs gegen eine Bartergesellschaft erlassen, das eventuell auch auf das Roland-Gutschein-Modell zutreffen könnte. Eine Prüfung ist zu empfehlen (BGH-Urteil v. 5.11.98 – III ZR 95/97 (OLG Karlsruhe); Quelle: Tausch-System-Nachrichten Nr. 14, S. 31).

Vom Grundsatz her ist das Modell, durch lokale Gutscheine die Region, langfristig Arbeitsplätze und den ökologischen Gedanken zu stärken, richtig. Das Roland-Modell beinhaltet jedoch Widersprüche und Unklarheiten, die sicher auch mit dazu beitragen, dass die Akzeptanz bisher recht gering ist.●

BGH, 5.11.1998 – III ZR 95/97
Der BGH befasst sich in dieser Entscheidung mit der Vertragskonstellation des sog. »Bartering« und erklärt den formularmäßigen Ausschluss der Auszahlung des Barter-Guthabens eines ausgeschiedenen Teilnehmers bei nicht ausreichender Deckung des Treuhandkontos für unwirksam.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

In zahlreiche Arbeitsgruppen beschäftigten sich politische Flüchtlinge mit der Situation ihrer Heimatländer, von denen einige bald neue Kriegsschauplätze sein könnten. Die Situation im Iran und den Philippinen durfte nicht fehlen. Selbstverständlich wurde der Nahe Osten nicht ausgespart. Eine Vertreterin der schwullesbischen Antikriegsinitiative »Black Laundry« stellte in einem Redebeitrag und mit einem kleinen Film ihren Kampf gegen die israelische Okkupationspolitik und die damit einhergehende Diskriminierung von Minderheiten vor. Die US-Strategie gegenüber Lateinamerika analysierte der US-Historiker James D. Crockcroft in einem engagierten Referat. Neben Kuba und Venezuela gehörten auch Brasilien und Ecuador zu den potentiellen Angriffszielen der Falken aus Washington. Mehr im regionalen Rahmen blieb eine Arbeitsgruppe, die über den »Rüstungsstandort Bremen« informierte. Am Ende stand die Frage nach einer Handlungsperspektive. »Desertieren – Sabotieren – Eingreifen« lautete der programmatische Titel des Abschlussplenums.●

REALITÄT UND PERSPEKTIVEN ALTERNATIVER ÖKONOMIE

Anders Arbeiten ist möglich

Gemeinsam selbstbestimmt arbeiten – wie geht das? Betriebe und Projekte, in denen Menschen ihre Belange selbst in die Hand nehmen und gemeinschaftlich regeln, existieren in den unterschiedlichsten Rechtsformen und mit verschiedenen Tätigkeitsbereichen. Ausgehend von den Erfahrungen aus drei Jahrzehnten alternativer Ökonomie und Selbsterfahrungen werden wir in dem Seminar diskutieren, welche Bedeutung die Selbstverwaltungs-Erfahrungen heute haben, und konkrete Projektbeispiele genauer beleuchten. Das Seminar findet statt im Rahmen der attac – Sommerakademie 2003 (Siehe Kasten).

Aus Erfahrungen lernen?

Ist die Zeit der Selbstverwaltung vorbei? Waren Alternativbetriebe ein Ein-Generationen-Phänomen? Oder gibt es heute noch spannende und nachhaltig tragfähige Projekte? Können die Erfahrungen aus der alternativen Ökonomie hilfreich sein für Erwerbslose, die nach selbstbestimmten Perspektiven jenseits von PSA oder Ich-AG suchen? (Input: Waldemar Schindowski, Verleger, Medienarbeiter und Elisabeth Voß, Projektentwicklerin, Publizistin)

Kommunen als Beispiel für gelebte Gegengesellschaften?

Kommunen sind die wohl radikalste Form des gemeinsamen Wirtschaftens und des anderen Lebens. Sie fordern eine Abkehr von der Konkurrenzgesellschaft hin zu fürsorgender und am anderen interessierter Gemeinschaft zwischen Frauen und Männern und Kindern. An ihrer Existenz kann beispielhaft aufgezeigt werden, dass Möglichkeiten einer anderen Lebens-und Arbeitswelt nicht nur in den Köpfen und Büchern von Menschen zu finden sind, die sich theoretisch damit auseinandersetzen, sondern dass sie hier und heute lebbar sind. Bei der Veranstaltung geht es sowohl um theoretische Konzepte, als auch um die praktischen Erfahrungen, gesammelt in einer lange bestehenden Kommune. (Input: Gisela Notz, Sozialwissenschaftlerin, Publizistin und Uli Barth, Kommunarde, Niederkaufungen)

Bessere Lebensqualität mit Komplementärwährungen?

Historische Beispiele legen nahe, dass der Einsatz regionaler Währungen einen positiven Einfluß auf Beschäftigung und Verbesserung von Lebensqualität hat. Die Palette der Erfahrungsfelder ist vielfältig, international und reicht von Tauschringen, Seniorengenossenschaften, Barterkreisen über die Roland-Währung, Chiemgauer und Haveltaler, Ithaca-Time-Dollar, Unilets bis zur UN-Milleniums Deklaration, in der von zeitbasierter Währung die Rede ist. Einen Überblick über diese neue Währungslandschaft und Darstellung einiger Projekte bietet diese Arbeitseinheit. (Input: Heinrich Haussmann, Sozialwirt, u.a.)

Arbeitsplätze schaffen in genossenschaftlichen Betrieben?

Kooperative Unternehmen sind gekennzeichnet durch gemeinschaftliches Eigentum, gemeinsames Wirtschaften im Interesse der Mitglieder und demokratische Entscheidungsfindung. Genossenschaften arbeiten häufig in lokalen Wirtschaftskreisläufen, und stellen damit auch ein Gegengewicht zur Zentralisierung durch GATS dar. Welche Vorteile, aber auch welche besonderen Schwierigkeiten bringt diese Form des Wirtschaftens mit sich? Mitglieder neuer Genossenschaften berichten von ihren Erfahrungen hier und anderswo. (Input: Christian Sternberg, Mediendenkfabrik Hamburg, u.a.)

Seminarleitung:
Elisabeth Voß, Crellestr. 6, D-10827 Berlin, (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de
Waldemar Schindowski, Holzheimer Str. 7, D-89233 Neu-Ulm, (0 73 08) 91 90 94,
E-Mail: waldemar@leibi.de

Veranstalter:
Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ): www.leibi.de/takaoe
Der TAK AÖ ist ein selbstorganisierter bundesweiter (informeller) Zusammenschluß von am Thema »Anderes Wirtschaften« Interessierten. Er arbeitet zu Fragen der alternativen Ökonomie bzw. Selbstverwaltung. Mitglieder sind diejenigen, die sich als solche empfinden. An Themen wird aufgegriffen, was einzelne interessiert, wenn sie es, nach Rücksprache in der Gruppe, verantwortlich vorbereitet einbringen.
NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V.: www.netz-bund.de
Das NETZ ist ein Verband von kleinen Betrieben und Organisationen, die nachhaltiges Wirtschaften praktizieren. Ziele dieser Unternehmen sind, über ihre wirtschaftliche Tätigkeit hinaus die Teilhabe der Menschen an der Entwicklung des Betriebes und der Gesellschaft zu fördern, und Produkte, Produktionsverfahren und Dienstleistungen anzubieten, die an umweltverträglichen und sozialen Standards orientiert sind. Das NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation fördert die Zusammenarbeit zwischen diesen Kleinbetrieben und Projekten, um ihre Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft zu stärken.●

Attac – Sommerakademie 2003

»Die Welt ist rund... damit das Denken die Richtung ändern kann« lautet das diesjährige Motto der Attac-Sommerakademie in Münster. Wir wollen brennenden Fragen der Welt- und Wirtschaftsordnung nachgehen und gemeinsam an gesellschaftlichen Utopien bauen. Intensivseminare, fundierte Vorträge, prominent besetzte Podiumsdiskussionen und spannende Workshops erwarten die TeilnehmerInnen. Die »Mit-Mach-Akademie« lädt Aktive, NeueinsteigerInnen und Interessierte ein, sich zu informieren, gemeinsam zu lernen, angebliche »Wahrheiten« zu hinterfragen und alternative Ideen zu entwickeln. Die Themenschwerpunkte werden sein: **1. Wer regiert die Welt?** Fragen wie: »wer sind die Akteure der Globalisierung?« oder »welchen Einfluss haben die Nationalstaaten?« werden uns leiten, um eine kritische Bestands- aufnahme der aktuellen Situation zu machen. **2. Arbeit ohne Grenzen.** Ist die Lohnarbeit am Ende? Warum ist die Arbeit der Frauen unsichtbar? Wir beleuchten nationale und internationale Perspektiven der gegenwärtigen Arbeitsgesellschaft. **3. Macht Demokratie!** Welche Gesellschaft streben wir an, wie wäre sie zu erreichen? Wir untersuchen das Verhältnis von Macht und Demokratie.
Termin: 1. bis 6. August 2003 in Münster
Anmeldungen und weitere Infos unter:
Attac-Sommerakademie
Institut für Soziologie
Scharnhorststr. 121
D-48151 Münster
www.attac.de/sommerakademie2003
Kontakt: Tel.: (02 51) 832 48 35

globalXchange

globalXchange ist ein globalisierungskritisches dreisprachiges e-zine. Hier werden Bedingungen weltweiten Widerstands international diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht.
globalXchange ist am 1. Juni 2003 gestartet und will:
- in die Diskussion treten mit interessierten GlobalisierungskritikerInnen;
- ein Forum bieten, um Begriffe neu zu klären;
- einen Ort schaffen, an dem im Rahmen einer »Globalisierung von Unten« ökonomische, gesellschaftliche, bildungspolitische, kulturelle, religiöse etc. Themen diskutiert werden können;
- die Möglichkeit schaffen, Ideen und Ansätze einer »Globalisierung von Unten« ins Unreine zu sprechen und zu diskutieren.

www.globalXchange.org
Postadresse:
globalXchange, c/o Institut für Theologie und Politik Friedrich-Ebert-Str. 7, D-48153 Münster
Tel.: (02 51) 52 47 38, Fax: 52 47 88

KÖLN:

SSM und Grundsteuer

Die Sozialistische Selbsthilfe Mülheim (SSM) bat in 2001 auch in »CONTRASTE« um Mithilfe in der Auseinandersetzung um die Neubewertung der Grundsteuer, welche in drastischer Weise von 2.500 DM jährlich auf 8.700 DM erhöht werden sollte. In der Rückberechnung bis 1994 ergab dies eine zusätzliche Forderung von 42.000 DM.

Heinz Weinhausen für die SSM ● Der Rat der Stadt Köln versuchte offensichtlich in diesem Konflikt die Möglichkeit durchzusetzen, den langfristigen Mietvertrag mit der SSM bereits in 2008 beenden zu können. Eine Räumungsklage wurde gar angedroht, falls wir nicht bis zum 18.10.01 einlenkten.

»Vielleicht können ja Sie, liebe Leserin und lieber Leser, herausfinden, warum die verantwortlichen Politiker der Stadt Köln uns so übel wollen, sprich uns in die Kündigung treiben und auf die Straße setzen wollen.«, so schrieben wir damals.

Etliche Briefe aus vielen Orten erreichten die Kölner Politiker der CDU, FDP und von B90/Die GRÜNEN. Sie trugen mit dazu bei, dass Oberbürgermeister Schramma sich schließlich einsetzte, eine einvernehmliche Lösung zu finden. Er schrieb der SSM am 13. Nov. 02:

»In meinem Schreiben vom 25.01.2002 habe ich Ihnen zugesagt, mich wieder mit Ihnen in Verbindung zu setzen, sobald ein entsprechendes Ergebnis vorliegt. Ich kann Ihnen jetzt mitteilen, dass die zuständigen politischen Gremien mit der von mir vorgeschlagenen Lösung zur Übernahme der gesamten rückständigen Grundsteuer sowie des sich aus der Neuveranlagung ergebenden Mehrbetrages durch die Sozialverwaltung einverstanden sind. Das bedeutet, dass meine Forderung zur Grundsteuernachzahlung, die sich aus der Neuveranlagung für die Jahre ab 1994 bis einschließlich 2002 ergibt, beglichen ist.

Ab 2003 haben Sie der Stadt Köln neben den sonstigen Nebenabgaben einen festen Anteil von der tatsächlichen Grundsteuer in Höhe von jährlich 1.315,79 zu erstatten.

Ich danke Ihnen für das langjährige soziale Engagement Ihres Vereines.«

Wir bedanken uns herzlich bei Herrn Schramma für seine tatkräftige Hilfe für Selbsthilfe und bei allen, die sich im Stillen oder öffentlich für uns eingesetzt haben.

UnterstützerINNen Briefe sind auch auf der INA-Homepage zu lesen (www.thur.de/philo/ina/ina.htm)

Wir sind erleichtert.●

Klage eines ehemaligen JN-Funktionärs gegen nadir.org abgewiesen

Keine Änderung der Geschichtsschreibung

Seit März diesen Jahres wurde vor dem Landgericht Berlin die Klage »Jost B. ./. nadir.org e.V.« verhandelt. Das Gericht wies nun die Klage ab.

nadir.org (Hamburg) ● Jost B. verklagte den unkommerziellen, alternativen Informationsdienst und Provider »nadir.org« aufgrund der Nennung seiner Person anlässlich einer Jubiläumsfeier der schlagenden Verbindung »Marchia zu Osnabrück«. Die Berichterstattung von einst sei heute eine Persönlichkeitsrechtsverletzung, so der Kläger, der bei der JN (Jugendorganisation der NPD) und den Republikanern leitende Funktionen inne hatte. Inzwischen hat das Gericht entschieden, dass die Klage unbegründet ist und sie deshalb abgewiesen. Die Berichterstattung von nadir.org ist kein rechtswidriger Eingriff ins Persönlichkeitsrecht Herrn Bs.

nadir.org betreibt seit 1994 ein linkes und alternatives Internetportal, unter dessen Dach sich über 20 Online-Ausgaben von Zeitschriften, Websites unzähliger politischer Gruppen, Kampagnenseiten zu antirassistischen Grenzcamps und zahllose andere Projekte organisiert haben. »Es geht darum, einem breiten Spektrum der undogmatischen Linken eine virtuelle Bleibe zu geben. Außerdem sucht nadir.org gern die Nähe zur Bewegungslinken und versucht, mediale Repräsentationen dauerhaft und kostenfrei der Erinnerung für alle zugänglich zu machen.« so Luther Blisset von nadir.org. Die archivarische Stabilität von Dokumenten ist ausdrückliches Interesse der BetreiberInnen.

Der umstrittene Artikel stammt aus einer bei nadir.org archivierten Publikation, die sich mit den Burschenschaften in Osnabrück befasst. In ihr findet u.a. Jost B. mit vollem Namen Erwähnung. Der Kläger will aber von seiner bei nadir.org archivierten braunen Biographie befreit werden. Nach seiner Mitgliedschaft im rechtsextremen »Unabhängigen Schülerbund« in den späten 70ern wurde er, wie im Niedersachsenspiegel, dem Organ der NPD Niedersachsen, berichtet, erst Kreisvorsitzender der JN, dann Mitglied in deren Bundesvorstand. Er publizierte 1986 im NHB, der Zeitschrift des nationaldemokratischen Hochschulbundes, einen längeren Artikel. Darin glorifizierte er studentische Verbindungen, z.B. eine der extremen Rechten nahestehende, zu der er als Student gestoßen war: die schlagende Verbindung »Marchia Berlin zu Osnabrück«, die einst aus Berliner Unis von AntifaschistInnen ausgesperrt wurde und ins provinzielle Osnabrück auswandern musste. Im Artikel nennt er Mitglieder anderer Verbindungen, die sich weigerten, die erste Strophe des Deutschlandliedes mitzusingen, »politische Eunuchen«.

1997, zur 125-Jahr Feier der Verbindung, konnte B. die Gunst der Stunde nicht vorbeiziehen lassen und ließ, nach dem er seine Festrede im Osnabrücker Rathaus beendet hatte, die erste Strophe des Deutschlandliedes anstimmen. Über diesen Skandal berichteten daraufhin die Neue Osnabrücker Zeitung, das Stadtblatt in Osnabrück, als auch die »Buschen Raus!«, die bei nadir.org gehostet und archiviert sind. 1998 ließ Berstermann in einem Leserbrief in den CC-Blättern, dem Organ des Dachverbandes der Verbindungen, noch einmal von sich hören. Er trug seine Sorge zum Ausdruck, dass man sich dem Zeitgeist anbiedere, was nicht »von einer waffenstudentischen Haltung« zeuge. Weiter sorgte er sich um den »geeigneten« Nachwuchs, der nur zu finden sei, »wenn wir selbst uns nicht scheuen unsere Positionen zu vertreten, auch wenn wir darin z. Zt. anecken.« (CC-Blätter 4/98)

Vertreten wurde der Jurist B. von der Kanzlei des Medienrecht-Staranwalts Prinz, der auch gleich mit einem Streitwert von 20.000 Euro vors Landgericht Berlin zog. Prinz hat sich in einem Bereich des Zivilrechts einen Namen gemacht, der das bürgerliche Individuum in seiner Privatssphäre vor der Verwertung durch seinesgleichen beschützt: im Persönlichkeitsrecht. Das nämlich sei verletzt durch die Berichterstattung auf »Burschen raus!«. »Abwegig«, so Luther Blisset für nadir.org. »Der beanstandete Artikel nennt Jost B., der sich in seiner Eigenschaft als Festredner selbst exponiert hat, an unprominenter Stelle. Die Kontextualisierung seiner Person ist schlicht guter Journalismus.« So sieht auch das Gericht in seiner Urteilsbegründung keinen Grund, wieso Bs »früheres Verhalten nicht herangezogen werden sollte, um seine heutigen Äußerungen zu interpretieren«. Schließlich habe der Kläger auch »keine innere Abkehr von früheren politischen Standpunkten« erkennen lassen.

Trotz des guten in Ausgangs dieses Prozesses werden die darin aufgeworfenen Fragen in netzpolitischer Hinsicht weiter Bedeutung haben: Mit einer gerichtlich erzwungenen Änderung des archivarischen Dokuments von 1998 wäre durch den ehemaligen JN-Funktionär die Geschichtsschreibung im Archiv der sozialen Bewegungen geändert worden. »Das wirft eine ganz grundsätzliche Frage auf«, so Blisset von nadir.org. »Wie soll ein online-Archiv noch glaubhaft sein, wenn jeder darin rumpfuschen kann? Hätte es sich bei dem betroffenen Artikel um eine gedruckte Broschüre gehandelt, die bereits seit vielen Jahren in den verschiedensten Archiven und Bibliotheken aufbewahrt wird, so wäre die Entfernung von einzelnen Informationen oder Anonymisierung von Namen schlichtweg undenkbar – zu einem Prozess wie diesem wäre es nie gekommen. Erst die technischen Strukturen, in welchen ein Onlinearchiv seine Voraussetzungen findet, lassen ein nachträgliches Eingreifen in Archivbestände im vollen Ausmaß denkbar werden. Das wäre gewissermaßen das Ende der Geschichte in Echtzeit.« Zwar hat das Gericht sorgfältig zwischen dem Recht der Öffentlichkeit auf Information und dem Persönlichkeitsrecht des Klägers abgewägt, damit hat es obige Fragestellung aber zielsicher umgangen und die prinzipielle Antastbarkeit von Onlinearchiven sogar bestätigt.●

die Begründung des Landgerichts Berlin ist hier zu finden:
http://www.nadir.org/nadir/selbst/begruendung.pdf
Der beanstandete Text liegt unter:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/anarcho_randalia/br_4/saenger.htm
Das gesamte Magazin unter:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/anarcho_randalia/br_4/

NÜRNBERG: LINKS IN BEWEGUNG

Wahrheit an die Wand – Making art a threat again!*

Wahrheit an die Wand, kurz WADW, ist ein Plakatprojekt rebellischer StraßenkünstlerInnen, die seit Monaten das Nürnberger Stadtbild erheblich bereichern. Auf der Straße, meist Nachts und ohne zu fragen...

Wie fing denn alles an?

Kris: Wir haben alle schon immer gerne gemalt, gezeichnet, gesprüht und uns auch früher schon immer mehr oder weniger auf der Straße und vor allem des Nächtens für unsere Interessen eingesetzt. Nach jahrelangem Rumbrütteln haben wir dann schließlich die Kräfte gebündelt und letzten Herbst das Plakatprojekt »Wahrheit an die Wand« gestartet.

Michi: Wir haben uns also ein Betätigungsfeld geschaffen, auf dem es sich für uns bockt, zu arbeiten, zu schaffen, Politik zu machen und gleichzeitig kreativ zu sein.

Während sich linke Politik auf Demos und Aktionen, bei Radio Z, in der barricada und auf Veranstaltungen abspielt, wählt ihr graue Wände und Stromkästen. Warum?

Michi: Gründe um den öffentlichen Raum anzugreifen, gibt es genug! Zu nennen wäre da zum Beispiel die zunehmende Privatisierung im öffentlichen Raum. Sobald mensch sich im Freien bewegt, wird mensch mit Werbung zugeballert: Werbetafeln, in der U-Bahn, auf Taxen, Strabas, Infoscreens, Häuserfassaden. Bei dieser Werbung geht es darum, Menschen vom Produkt zu überzeugen und zum konsumieren anzuregen, schließlich ist die Konkurrenz hart und in diesem System gilt das Recht des/der (Finanz-)stärkeren. Ohne unsere Rolle zu hinterfragen sollen wir hirnlos konsumieren.

Kris: Und genau da unterscheidet sich unsere »Werbung« (=Plakate) und unser »Produkt« (=Kampfansage an manipulierende Massenmedien, Überwachungsstaat, Krieg, Weihnachten, Fasching, staatliche Gewalt, Bullen, graue Wände, Nazis, Passivität und deren Ursache) von der gängigen Werbung da draußen. Wir konfrontieren die BetrachterInnen mit unseren Inhalten, verlangen aber von ihnen einen (ersten) Schritt zu machen, nämlich das eigene Hirn zu gebrauchen! Was sich dann daraus entwickelt ist offen, wir hoffen aber, einen Impuls gegeben zu haben.

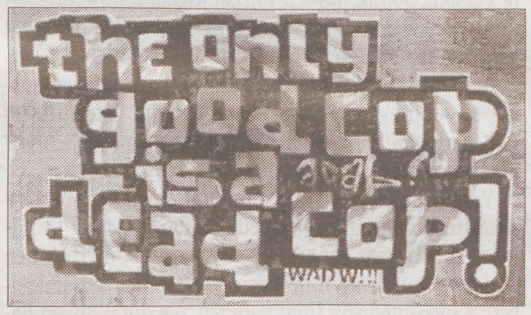
Michi: Was die Privatisierung noch mit sich bringt, sind so Konzepte wie die »Saubere Innenstadt«. Und die sind immer eine Attacke wert. Randgruppen wie Punks, BettlerInnen oder einfach Leute, die nur abhängen, werden aus der Innenstadt mittels Polizeischikanen, Sicherheitsdiensten + Überwachungskameras vertrieben und machen die Innenstadt zur no-go-area für NichtkonsumentInnen. Unsere Stadt, in der wir leben, wird zunehmend entfremdet, alles nur mit dem Hintergedanken, die Shoppingmeilen noch sorgloser und störungsfreier im Konsumrausch entlangwandeln zu können. Ein schön gesetztes, knackiges Plakat, das es in sich hat, kann PassantInnen zumindest für einen Moment auf den Irrsinn aufmerksam machen, in dem Mensch sich bewegt.

Ihr wollt also Leute ansprechen, gleichzeitig das Stadtbild mitprägen und euch mindestens die Wände zurückerobern.

Kris: Klar wollen wir auch einer Roten Zone einen Anstrich geben und werden auch immer wieder dort unsere Zeichen hinterlassen, um dem Stadtteil einen gewissen Ausdruck zu verleihen. Auf der anderen Seite wollen wir aber auch rausgehen in andere selten oder wenig verschönerte Viertel, um dort die Menschen anzusprechen, sie zu schockieren und zu provozieren. Die Gegenöffentlichkeit, die wir versuchen aufzubauen, müssen wir selber schaffen. Das System wird uns einfach nie Plakatwände bereitstellen, weil wir es ja abschaffen wollen. Deswegen wählen wir ein kompromissloses Mittel, an dem Mensch nicht vorbeikommt, ohne es mindestens herunterzureißen.

In Erlangen werden im Rahmen der Ausstellung »Wilde Wände« im Juni einige eurer Werke gezeigt, obwohl eure Kunst doch eigentlich für die Straße ist?

Michi: Es stimmt, eigentlich gehört illegale Kunst auf



die Straße und nicht ins Museum, da Streetart auf aktuelle Geschehnisse reagiert, sich ständig verändert und auch vergänglich ist. Kunst im öffentlichen Raum versucht mit den Menschen im Alltag zu kommunizieren, während die Sachen im Museum meist nur bescheuerten Intellektuellen zugänglich sind. Von den meisten Menschen werden »beschmierte« und »bekleckste« Stromkästen nicht als Kunstform anerkannt. Das menschliche Gehirn nimmt eben leider immer nur das wahr, was es sowieso schon kennt. Wenn die Plakate und Fotos der Actions jedoch dann an einer weißen Wand hängen, haben diese schon eine ganz andere Wirkung und sind plötzlich dazu da, um angeschaut, geschätzt und womöglich interpretiert zu werden. Letztendlich wollen wir über die Ausstellung die Menschen, die Kunst noch nicht bemerkt haben, dafür sensibilisieren.

Kris: Wir haben schon im Januar mit anderen Nürnberger KünstlerInnen auf der Linken Literaturmesse unsere Plakate und viele Fotos ausgestellt. Noch besser ist jetzt natürlich, das wir Teil einer Ausstellung sind, die noch mal ein ganz anderes Publikum anspricht, welches wir dann mit unseren Inhalten konfrontieren können.

Niederlagen? Erfolge? Perspektive?

Kris: Natürlich ist die Sache auch manchmal echt frustrierend, wenn wir nach zwei Wochen nach einer Action durch ein Viertel fahren und alles ist abgerissen, aber so ist es halt und wir kommen sowieso wieder! Was wir auf jeden Fall total cool finden sind andere Plakataktionen, die es seit jüngster Zeit in Nürnberg gibt: zum Krieg wurde die ganze Innenstadt ordentlich plakatiert, Leute wie Kos und Frisko haben total geile Plakate und Sprühschablonen rausgebracht, und ganz Gostenhof, Johannis und St. Leonhard sind mit stylischen Zahnrädern, Zahnbürsten und Collagen zugebombt! Zum 1. Mai wurde in der ganzen Stadt plakatiert und überall Aufkleber mit großen R's. So soll's unserer Meinung nach aussehen! Wo der Sommer vor der Tür steht und viele Menschen draußen unterwegs sind, werden wir auch unseren Beitrag für ein schönes, buntes und linkes Stadtbild leisten. Also Ausschau halten und selbst loslegen! Zusätzlich hoffen wir, dass Ihr unserem aktuellen Aufruf nachkommt und dementsprechend das Kapital noch dieses Jahr zerschlagt!●

Aus: barricada – zeitung für autonome politik und kultur, Juni 2003

GESELLSCHAFTSPOLITISCHE FACHTAGUNG FÜR TAUSCHSYSTEME

Gesellschaft (mit) verändern

Klaus Reichenbach, Kassel ● Sozialsysteme und ihre Leistungen stehen derzeit auf dem Prüfstand. Chance oder Risiko für Tauschsysteme? Wir meinen: Tauschsysteme bieten Ansätze, die Gesellschaft und Politik vom rein Sparzwang orientierten Denken hin zu zukunftsorientierten Entwürfen und Reformen führen können.

Mit der Fachtagung vom 12. bis 14. September 2003 in Kassel wollen wir den derzeitigen gesellschaftlichen und gesetzlichen Status Quo klar herausstellen. Der Schwerpunkt der Tagung liegt dabei auf der Entwicklung von zukunftsfähigen Modellen, die sich an der Verbesserung der Lebensqualität in unserer Gesellschaft orientieren.

- Können Tauschsysteme ein ergänzendes, soziales Netz bieten?
- Ist es möglich, eine zusätzliche Absicherung für das Alter aufzubauen?
- Schaffen Tauschsysteme es, Menschen mehr und besser zu integrieren?
- Bilden Tauschsysteme einen regionalen Gegenpol zum Globalisierungsstreben in der Wirtschaft?
- Gehen Menschen in Tauschsystemen eher eine Verbindung zwischen Wirtschaft und sozialem Leben ein?
- Ist es möglich, über die Möglichkeiten eines Tauschsystems alternative Formen von Arbeiten und Wirtschaft zu entwickeln?
- Kann man durch eine anteilige Zeitvergütung einer bezahlten Stelle neue und mehr Arbeitsplätze schaffen?
- Trainingsmaßnahmen für Arbeitslose individueller, in kleineren Einheiten und effektiver durch die Angebote eines Tauschsystems durchführen?
- Kann die soziale Kluft zwischen Arbeitsplatzbesitzern und z.B. Sozialhilfeempfängern durch den Einsatz von Tauschsystemen verringert werden?
- Was können Tauschsysteme zur Entwicklung einer barrierefreien Gesellschaft beitragen? Können sie z.B. einen Beitrag zu ergänzenden Assistenzleistungen ermöglichen?
- Welche Maßnahmen sind dann notwendig, um die Qualität und Verlässlichkeit der angebotenen Leistungen zu sichern oder zu verbessern?
- Wie sind die rechtlichen Beziehungen zwischen Mitgliedern untereinander und zur Zentrale einzuordnen?

Zu diesen und vielen weiteren Fragen bieten wir Seminare und Workshops an. Referenten/innen aus der Bundes- und Europapolitik entwickeln gemeinsam mit Experten/innen und Teilnehmer/innen aus Tauschsystemen Ideen, Lösungsansätze und Modelle.

Das alles mit einem umfassenden gesellschaftlichen Ansatz. Denn Tausch bedeutet direkter Austausch von Lebenszeit, Kontakt mit Menschen in unmittelbarer Nachbarschaft, ein gleichberechtigtes Geben und Nehmen. Ein wichtiger Aspekt, wenn es z.B. um die Integration behinderter Menschen geht. Denn in Tauschsystemen schaut man zuerst auf die Fähigkeiten der Menschen.●

Information & Anmeldung:
ISL e.V., Kölnische Str. 99, D-34119 Kassel
Tel. (05 61) 72 88 5 -46; Fax - 58
E-Mail: kreichenbach@isl-ev.org
Web: www.isl-ev.org

PRO-REGIO MACHT WEITER!

Als im Sommer 2002 die »PRO REGIO – Zeitschrift für Eigenständige Regionalentwicklung« nach 14 Jahren (1989-2002) und 27 Heften ihr Erscheinen einstellte, war unklar, wie es mit dem Zeitungsprojekt einer kritischen, innovativen und unabhängigen Zeitschrift für den Ländlichen Raum weitergehen sollte.

Das inhaltlich recht erfolgreiche Konzept der PRO REGIO einfach dem strukturellen Druck auf ein Printmedium zu opfern, wurde von den beiden Ex-PRO-REGIO-Redakteuren Albert Herrenknecht und Jürgen Wohlfarth einfach nicht akzeptiert. Darum urde intensiv nachgedacht und unheimlich viel gebastelt. Dabei herausgekommen ist ein ganz neues Zeitschriftenformat, eine virtuelle Netzzeitschrift, die:

PRO-REGIO-ONLINE-Zeitschrift für den Ländlichen Raum

Das gewählte Internet-Format erforderte ein ganz neues Zeitschriftenkonzept mit einem geballten Schwerpunktthema, einer intensiven Literaturrecherche und konzentrierten Text-Rezensionen. Nicht mehr Autorenbeiträge, sondern zum »Schwer-Punkt« passende Besprechungen stehen nun im Mittelpunkt des jeweiligen Heftes. Ein Schwerpunktthema wird von verschiedenen Blickwinkeln her umkreist und beleuchtet. Die neue Vielfalt liegt in den unterschiedlichen Sichtweisen der in ausführlichen »Text-Rezensionen« diskutierten Beiträge. Der inhaltliche Gewinn wird aus der verdichteten Textzusammenstellung und der starken Focusierung auf das jeweils (aus)gewählte »Land-Thema« erzielt. Die redaktionellen Beiträge zum Schwerpunktthema rücken in den »HinterLand-Teil«, wo sie ihre spezielle Position zum jeweiligen »Land-Thema« im klassischen Artikelformat beziehen.●

www.pro-regio-online.de
Heft 1-2003: »Zwischenland – Die neuen Zwischen-Welten zwischen Dorf und Stadt«

KÖLN: »DIENSTE OHNE GRENZEN?« – INTERNATIONALER KONGRESS – KONGRESSBERICHT

Wenn Coca Cola die Wasserbetriebe kauft

»Frauen stoppt GATS!« Dies stand als Slogan über dem internationalen Kongress »Dienste ohne Grenzen?«, der im Mai in der Fachhochschule Köln stattfand. Rund 500 Frauen und einige Männer nahmen daran teil. Der dreitägige Kongress mit dem Untertitel »GATS, Privatisierungen und die Folgen für Frauen« war der erste zu diesem Thema weltweit.

Maria Mies, Köln ● GATS – das ist das »Allgemeine Übereinkommen über den Handel im Dienstleistungsbereich«, das zur Zeit innerhalb der Welthandelsorganisation WTO verhandelt wird. Dass die Mehrzahl aller Dienstleistenden Frauen sind, ist dabei eine Tatsache, die weder von den Betreibern noch den Kritikern des GATS berücksichtigt wird. Und auch die Frauen selbst sind über diese Politik und ihre Folgen nicht informiert. Dem wollte der Kongress abhelfen.

»Zeuginnen« berichteten darüber, wie sie durch die bereits laufende Privatisierungswelle ökonomisch und sozial an den Rand gedrängt und in Arbeitslosigkeit und Armut getrieben wurden. International renommierte Aktivistinnen und Wissenschaftlerinnen analysierten die Folgen der neoliberalen Privatisierung von Wasser, Gesundheit, Bildung und sozialen Diensten in ihren Ländern und international für die Mehrzahl der Menschen, insbesondere für Frauen. Der Kongress schlug so den Bogen von der persönlichen Betroffenheit bis zur globalen Ebene von WTO und GATS.

Was die meisten »Opfer« dieser Politik bisher als persönliches Schicksal angesehen hatten, erschien so in einem globalen Kontext als verstehbar und auch als veränderbar. Dazu trug die ungeheure Fülle der Informationen und Analysen bei, die Frauen wie Maude Barlow (Kanada), Vandana Shiva (Indien), Christa Wichterich (Deutschland), Naila Khan (Bangladesh), Claudia von Werlhof (Österreich), Theresa Wolfwood (Kanada), Maite Llanos (Argentinien) und Sarah Sexton (Großbritannien) in Plenumsbeiträgen vortrugen.

Die »neuen globalen Königshäuser«

Die Empörung, aber auch die Ermutigung wuchsen von Vortrag zu Vortrag über das, was Maude Barlow als die »neuen globalen Königshäuser« bezeichnete, die Multinationalen Konzerne, die sich – gestützt von WTO und willfährigen Regierungen – die Wasserressourcen der Welt, die Gesundheits- und Pflegesysteme und die Bildung vom Kindergarten bis zur Universität als profitträchtige Investitionsbereiche unter den Nagel reißen wollen – oder es schon getan haben. Alle diese Geschäfte sollen hinter dem Rücken der Bevölkerung stattfinden.

Am deutlichsten wurde der globale Raubzug in Bezug auf die lebensnotwendige Ressource Wasser. Vandana Shiva berichtete, dass in Kerala, einem der wasserreichsten Staaten Indiens, der Staat 1,5 Millionen Liter Wasser an Coca Cola verkaufte. Die Folge: In zwei Monaten sank der Grundwasserspiegel und Seen trockneten aus. 400 Frauen wurden verhaftet, die gegen diese Wasserprivatisierung protestierten. An dem schon verkauften Fluss Sheonath patrollierten Polizeikräfte im Auftrag des Privateigentümers und verhafteten Männer und Frauen, die im Fluss fischen, baden, ihre Kleider waschen und das Wasser zur Bewässerung ihrer Felder nutzen wollten. Das galt nun als Diebstahl. 100.000 Menschen, vor allem Frauen, demonstrierten so lange, bis die Privatisierung zurückgenommen wurde.

Der größte Wasser-Multi der Welt, der französische Konzern Suez und seine indische Tochter Degremont haben mit der indischen Regierung einen Vertrag abgeschlossen, das Wasser des Ganges zu privatisieren, der von vielen Menschen als »Heilige Mutter« verehrt wird. Im letzten Jahr protestierten Hunderttausende gegen den Wasserraub. Vandana Shiva stellte einen Zusammenhang her zwischen diesem Krieg um Wasser und dem Krieg im Irak. Dem seit der Wasserprivatisierung in Cochabamba (Bolivien) berüchtigten US-Multi Bechtel wurde nach dem Irak-Krieg die Konzession erteilt, im Irak die Wasserversorgung zu privatisieren. »Was GATS nicht erreicht, erreichen Kriege«, konstatierte die indische Wissenschaftlerin und Aktivistin.

Christa Wichterich vom NRO-Frauenforum betonte, dass es gerade für Frauen gute Gründe gibt, gegen GATS zu sein. Sie seien in besonderer Weise und stärker betroffen von der Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen, weil das GATS ein Instrument »zum Wohle« der Unternehmen sei – wie die EU selbst sage -, nicht für das Gemeinwohl. Für Frauen bedeute GATS wachsende Arbeitslosigkeit, mehr Arbeitshetze, mehr Jobunsicherheit, Billigjobs, mehr Konkurrenz. GATS sei »ein Schlag ins Gesicht der Demokratie«, bedeute weniger Bemühen um Qualität, weniger Rücksicht auf Ökologie und größere gesellschaftliche Polarisierung zwischen denen, die sich die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse noch leisten können, und denen, die es nicht mehr können.

Eva Hack berichtete, wie alle Sozialeinrichtungen in Deutschland, private wie öffentliche, profitträchtige wie gemeinnützige, eine sogenannte Qualitätskontrolle durchführen müssen. Maßstab für »Qualität« sei dabei die ISO-Industrienorm, die für Maschinen entwickelt wurde. Hilfesuchende sind jetzt »Kunden«, und der 1976 von Feministinnen gegründete Verein »Frauen helfen Frauen e.V.« ist inzwischen eine GmbH, eine Firma, die nach Kosten-Nutzen-Erwägungen geführt wird.

»Die Computer sind voll, die Hirne und Herzen leer«

Viele der Plenumvorträge waren begleitet von Berichten über den Widerstand gegen solche menschen- und naturverachtende Politik, die alles und jedes zur Ware auf einem globalen, kapitalistischen Markt macht. Dieser Widerstand beschränkt sich nicht nur auf die Länder des Südens, die schon seit langem diese Politik als Folge der Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und IWF erfahren. Theresa Wolfwood aus Kanada berichtete, wie die Bevölkerung die Komplizenschaft der Regierung mit US-Investoren aufdeckte und bekämpfte – etwa mit Pepsi Cola im Schul- und Universitätssektor. »Befinden wir uns hier in einer Coca-Cola- oder einer Pepsi-Cola-Universität?« fragte sie die Zuhörerinnen. Städte wie Vancouver und die Provinz British Columbia weigern sich, die GATS-Politik der Regierung in Ottawa mitzumachen und haben sich zu »GATS-freien-Zonen« erklärt.

Claudia von Werlhof von der Universität Innsbruck verwies darauf, dass GATS und die Privatisierungen im Universitäts-und Wissenschaftsbereich nicht nur die grundgesetzlich geschützte Freiheit von Forschung und Lehre, sondern auch die grundlegenden Begriffe von Wissen und Erkenntnis zerstören. Was übrig bleibe, sei »maschinenhaftes Wissen, ohne Subjekte«, das schließlich nicht einmal mehr für die Verwertungszwecke von privatem Kapitals nutzbar sei. Die Folge: Es funktioniert bereits heute nichts mehr. »Die Computer sind voll. Die Hirne und Herzen sind leer.«

Gegen diese Zerstörung des lebendigen Zusammenhangs, den die Universitätsreform in Österreich – ähnlich wie in Deutschland - anstrebt, ist dort eine starke Protestbewegung entstanden. Sie umfasst nicht nur Studenten, sondern auch Professoren. Inzwischen existiert ein landesweites »Forum gegen GATS«, das bereits jetzt erreichte, dass sich, wie vor einigen Jahren gegen das MAI, Städte und Länder, z.B. das Burgenland und Vorarlberg, zu »GATS-freien-Zonen« erklären.

In einem globalen Aktionsaufruf wurden Frauen aufgerufen, offensiv bei ihren Kommunen und Regierungen gegen GATS und die Privatisierungspolitik zu protestieren. Sie sollten nicht abwarten, bis hinter ihrem Rücken die kommunale Daseinsvorsorge privatisiert oder kommunales Eigentum durch Cross-Border-Leasing-Geschäfte oder Public-Private-Partnership-Verträge verscherbelt wurde, sondern auf allen Ebenen ein Verbot dieser dubiosen Geschäfte fordern. Vor allem wurde betont, dass Wasser ein kommunales Gut ist, das auf keinen Fall privaten Interessen ausgeliefert werden dürfe.

Auf globaler Ebene wurde ein Aktionsaufruf für Frauen gegen die Privatisierung des Wassers vorgeschlagen. Die Teilnehmerinnen riefen dazu auf, sich aktiv bei den Widerstandsaktionen gegen einzelne Konzerne und bei der nächsten WTO-Ministerkonferenz im September im mexikanischen Cancun zu beteiligen, wo das GATS weiter festgeklopft werden soll. Auf europäischer Ebene soll die begonnene Vernetzung auf dem nächsten Europäischen Sozialforum am 2. November in Paris fortgesetzt werden. Auch in Vorbereitung auf das nächste Weltsozialforum im Januar 2004 im indischen Mumbay wurden erste Kontakte geknüpft. Gefordert wurde ferner ein Moratorium für alle neuen Freihandelsabkommen. In allen Ländern müssten Referenden über diese Verträge stattfinden.●

Aus: Rabe Ralf – Die Berliner Umweltzeitung

ÖSTERREICH

Studie: Soziale Sicherung in älter werdenden Gesellschaften

»Im Jahr 2030 wird die Gruppe der Über-60-Jährigen in Österreich ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen. Das Altern der Gesellschaft ist aber nicht ein Problem der Alten, sondern eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft.« So die Grundaussage der Studie »Soziale Sicherung in älter werdenden Gesellschaften«, die die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen im Auftrag der Grünen Bildungswerkstatt Salzburg erstellt hat.

Redaktion Heidelberg ● Ziel müsse die »altersintegrierte« Gesellschaft sein, die nicht nur Fragen der sozialen Sicherung (Finanzierung der Pensions- und Gesundheitssysteme), sondern ebenso eine »Kultur des Alterns« in den Blick nimmt, ist Studienautor Hans Holzinger überzeugt. Die Alterung aller spätindustriellen Wohlstandsgesellschaften sei ein langfristiger und politisch nur bedingt beeinflussbarer Prozess, der auf zwei Entwicklungen beruhe: Wir werden immer älter (Alterung von oben). Und: Wir bekommen immer weniger Kinder (Alterung von unten).

Eine Adaptierung der Pensionssysteme sei daher notwendig: »Wer dies leugnet, tut der Sache einen schlechten Dienst.« Die Forderung, länger zu arbeiten, ohne dass der Arbeitsmarkt dies ermöglicht, sei jedoch, so Holzinger, »zynisch und trifft ins Leere«, die Schönung von Arbeitslosenstatistiken durch Frühpensionierungen sei aber ebenso wenig zielführend.

Da der »große Knick« erst um 2020, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegsära in Pension gehen, eintrete, müsse der Arbeitsmarkt jetzt entlastet werden: durch Karenzmodelle für Erziehungs- und Pflegezeiten, Auszeiten für Fortbildung, soziale Besserstellung von Teilzeitsystemen (etwa für Partner). Die Schlussfolgerung der Studie: »Alle Maßnahmen, die zu einer Entdichtung des Arbeitslebens der gegenwärtig im Erwerbsleben Stehenden führen, entlasten den Arbeitsmarkt jetzt und erhöhen die Chance auf Länger-Arbeiten im Alter.« (Prinzip des Länger-Arbeitens ohne Verlängerung der Lebensarbeitszeit).

Auch die Unternehmen seien gut beraten, sich frühzeitig auf die demografische Wende und die Alterung der zukünftigen Belegschaften einzustellen, so Holzinger. »Eine Personalpolitik, die sich von der Jugendzentrierung abwendet, geeignete Fortbildungsmodelle, die Verankerung generationenübergreifenden Lernens im Betrieb (Verbindung von Erfahrungswissen der Älteren mit Innovationswissen der Jüngeren) sowie eine tragfähige Lohnstruktur (z.B. geringere Lohnspreizungen, Abkehr von der Senioritätsentlohnung) sind als Vorschläge zu diskutieren.«

Vorgeschlagen wird auch eine Anpassung der Sozialsystemsfinanzierung an die neuen ökonomischen Bedingungen: »Derzeit zahlen arbeitsintensive Unternehmen und ihre MitarbeiterInnen den Großteil der Sozialabgaben. Kapitalintensive Unternehmen, die mit wenigen Beschäftigten in der Regel die größten Gewinne erzielen, kommen verhältnismäßig billig davon. Eine stärkere Orientierung der Sozialsysteme an der tatsächlichen Wertschöpfung wird unabdingbar sein, um deren Finanzierung auch in Zukunft sicherzustellen.« Auch zur Finanzierung der Pensionen müssten alle Arten von Einkommen, etwa jene aus Immobilien oder Kapital, herangezogen werden, wie dies in der Schweiz der Fall ist.

Den Zwei- bzw. Drei-Säulenmodellen der Pensionssicherung, wie sie in Skandinavien, den Niederlanden und bei unseren eidgenössischen Nachbarn existieren, attestieren ExpertInnen – so die Studie –, am besten für die demografischen Veränderungen der nächsten Jahrzehnte »gerüstet« zu sein. Diese Systeme bestehen aus einer staatlich garantierten Grundrente unabhängig von der Erwerbsbiografie und einer erwerbsarbeitsbezogenen Pension, ergänzt um – wer das will – freiwillige Privatvorsorgen.

Das Modell der Grünen Grundsicherung im Alter, bestehend aus einer staatlich garantierten Grundrente und einer erwerbsarbeitsbezogenen »Versicherungspension« – Zusatzprivatvorsorgen werden als möglich gesehen, jedoch nicht steuerlich begünstigt – entspricht weitgehend den in internationalen Vergleichsstudien präferierten Mehr-Säulenmodellen, so die Schlussfolgerung von Holzinger. Es sei daher sinnvoll, im Zuge der Harmonisierung der Pensionssysteme und der Einführung von Pensionskonten diesen ambitionierten Reformansatz stärker in Diskussion zu bringen. Dieser gewährleiste soziale Sicherung für alle auch in den zukünftig sich noch stärker pluralisierenden Erwerbsverläufen der Menschen – ein Umstand, der auch eine »Grundsicherung im Erwerbsleben« sinnvoll mache.●

Die Studie kann kostenlos unter
www.jungk-bibliothek.at bzw.
www.gbw-gruene.salzburg.at heruntergeladen werden.

DER NETZLADEN BONN

Hoch die regionale Connectivität!

Insider wissen, dass sich hinter dem schmucklosen Tor zwischen Wolfstraße 10 und dem »Brochette« außer Parkplätzen seit 1979 ein Zentrum kreativ-alternativen Lebens in Bonn verbirgt.

Das malerisch-angegammelte Backsteingebäude auf dem Hinterhof diente bereits vielen Initiativen als Sprungbrett: In den frühen 80ern schrieb die *Cosa Nostra* hier lokale Kulturgeschichte, als sie sich für ein alternatives Kulturzentrum in Bonn stark machte (woraus später die Bonner *Brotfabrik* hervorging). Fahrradfrickler vom *Stahlross*, teeschlürfende *Oasen*-Freaks, das *Netzwerk Selbsthilfe*, die *Food-Coop*, der *Infoladen* – alle fanden hier neben- und nacheinander ein Zuhause. Auch Künstler fühlen sich seit jeher wohl im maroden Charme des denkmalgeschützten Baus. Im Keller basteln Lokalbands an der Bühnenkarriere, während oberirdisch in einer freien Ateliergemeinschaft getöpfert, gemalt und gewerkelt wird.

Neben dem Kunstbetrieb begann kürzlich jedoch ein ganz neues Kapitel Wolfstraße 10-typisches kreativen Miteinanders. Im *Netzladen* haben sich Computernerds und anarchistische GewerkschaftlerInnen zusammengetan. Nicht nur, weil alle einen Raum zum Treffen, zum Diskutieren und Feiern brauchen und sich das alleine nicht leisten können. Sondern auch, weil man einfach gut miteinander kann. Bereits 2001 hatten *FAU* (Freie ArbeiterInnen Union) Bonn und *Chaos Computer Club* (CCC) einen ersten Connect hergestellt, als man unter dem Motto »Warum ist Hacken so schön?« u.a. den Freiheitsbegriff von Hackern und Anarchosyndikalisten diskutierte. Und bei der CCC-Demo gegen Internetzensur im Sommer 2002 wurden erneut gemeinsame Inhalte und Aktionsformen entdeckt und umgesetzt. Selbstorganisierte Strukturen, freier Meinungstausch weltweit und die nichtkommerzielle Nutzung von Informationsstrukturen sind für Nerds schließlich genauso wichtig wie für basisdemokratische GewerkschaftlerInnen.

Kein Wunder also, dass die Idee eines Netzladens, kaum geboren, auch schon MitstreiterInnen aus der Region fand. So erfreut sich der Netzladen noch vor seiner offiziellen Einweihung bereits regen Zuspruchs: Die *LUUSA* (Linux/Unix Usergruop Sankt Augustin) trifft sich alle zwei Wochen Donnerstags ab 19 Uhr, die FAU Bonn tagt jeden Mittwoch ab 20 Uhr. Ein studentischer Trickfilm-AK hat hier seine Zelte aufgeschlagen, weitere Gruppen und lose Zusammenschlüsse aus der Computerszene haben ihr Interesse an der Raumnutzung für Treffen und Veranstaltungen bekundet. Doch neben allen ernsthaften Aktivitäten ist im Netzladen auch Party angesagt. So haben die DJs von der *Schälsick Sound Invasion* (vom Label 655 Massiv) Ende Mai mit *Futter fürs Auge und Ohr* ihre Partyreihe gestartet und auch die einzelnen Gruppen bewiesen schon mit Frühlingserwachen-Party und diversen Grillaktionen, dass sie nicht nur zum Arbeiten zusammenkommen.

Neugierig geworden? Buntgemischt wie die Gruppen sind die offenen Netzladen-Abende jeden Freitag ab 21 Uhr. Hier kann man über OpenBSD und Linux diskutieren, Fragen zum Anarchosyndikalismus und zum Hartz-Gesetz loswerden oder sich über die Qualitäten von Club-Mate (das Kultgetränk jedes wahren Nerds!) aufklären lassen während man »Netcat«, die eigenwillige Netzladen-Katze, krault und ein kaltes Bierchen trinkt. Mehr Infos (Veranstaltungen, Gruppen, Anfahrtsbeschreibung etc.) zum bundesweit einmaligen Projekt findet ihr im Internet – unter www.netzladen.org.●

M.G.

Netzladen, Wolfstr. 10 Hinterhaus, D-53111 Bonn
Tel.: (02 28) 909 31 71, Fax: 909 31 72
E-Mail: info@netzladen.org

ARBEITSMARKTPOLITIK

Genossenschaften

Rettungsanker Produktivgenossenschaften?

Entmystifizierung des Genossenschaftsbegriffes

In die deutsche Debatte über die Perspektiven aktiver Arbeitsmarkpolitik und die Rolle eines Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors zum Abbau von Arbeitslosigkeit hat sich ein scheinbar neues Instrument gestohlen: die Produktivgenossenschaft als Heilsbringerin der Arbeitsmarktpolitik. So findet sich in der Berliner rot-roten Koalitionsvereinbarung ein Spiegelstrich unter der Rubrik Arbeitsmarktpolitik, nach dem Produktiv- und Stadtteilgenossenschaften besonders gefördert werden sollen. Bei der Diskussion der PDS-Bundestagsfraktion zum Thema ÖBS tauchte gleichrangig das Thema Genossenschaften auf. Genossenschaften sind zwar besondere Unternehmen, aber nicht per se besonders als Instrument der Arbeitsmarktpolitik geeignet.

Sabine Smentek und Margrit Zauner, Red. Genossenschaften

Genossenschaften sind zunächst einmal eine Rechtsform für Unternehmen mit eigener Gesetzesgrundlage: dem Genossenschaftsgesetz. Sie werden mit dem Ziel gegründet, ihre Mitglieder wirtschaftlich zu fördern (§ 1 GenGes). Die Besonderheiten der Genossenschaft liegen vor allem in der demokratischen Entscheidungsfindung. Die gesetzlich vorgeschriebene Prüfung durch einen Genossenschaftsverband bringt den umfassenden demokratisch-transparenten Charakter der Genossenschaft besonders zum Ausdruck. So wird in der Prüfung nicht nur die Wirtschaftlichkeit der Genossenschaft unter die Lupe genommen, sondern auch die Arbeit der Organe Vorstand und Aufsichtsrat beurteilt. In keiner anderen Rechtsform ist die Stellung der Gesellschafterinnen und Gesellschafter eines Unternehmens so stark geschützt. Die Mitglieder haften zunächst nur mit ihrem Anteil, die Nachschusspflicht im Falle von Verlusten kann ausgeschlossen werden.

Warum wird man Mitglied?

Die Entmystifizierung dieser Unternehmensform beginnt genau an dieser Stelle. In eine Genossenschaft tritt man (oder frau) dann ein, wenn er oder sie sich (wirtschaftliche) Vorteile davon erhofft – eine preiswerte Mietwohnung, die gemeinsame Nutzung von Maschinen oder Vertriebsstrukturen mit anderen Unternehmen, oder die Erhaltung bzw. Schaffung des eigenen Arbeitsplatzes (letzteres sind dann übrigens Produktivgenossenschaften). Genossinnen und Genossen dieser Art sind deshalb zunächst profitorientiert agierende Individuen!

Genossenschaften können darüber hinaus auch gesellschaftspolitische Ziele verfolgen und gemeinwirtschaftliche Aufgaben wahrnehmen. Gerade die demokratische Verfasstheit der Genossenschaft prädestiniert sie für Aufgaben mit gesellschaftspolitischem Hintergrund. Unternehmen in der Rechtsform der Genossenschaft, insbesondere Produktivgenossenschaften führen den Widerspruch von Kapital und Arbeit im Begriff Mitunternehmer zusammen: Die UnternehmerInnen sind ArbeitnehmerInnen und umgekehrt. Die Frage, ob die Genossenschaft die richtige Rechtsform für ein Unternehmen ist, entscheidet sich an der Frage, ob die Gründerinnen und Gründer eine demokratische und vor allem transparente Leitungsstruktur in ihrem Unternehmen für sinnvoll halten. Und diese Entscheidung hat Folgen für die tägliche Arbeit.

Das Management als Erfolgsfaktor

Jedes Mitglied kann konstruktiv und kreativ seine Kenntnisse und Fähigkeiten für den Erfolg der Genossenschaft einbringen. Dies tun Genossinnen und Genossen aber nur dann, wenn sie ständig dazu ermuntert werden. Auch sollten sie wissen, wann ihr Beitrag benötigt wird und – was sie persönlich davon haben. So hat das Management einer Genossenschaft, der Vorstand, neben der normalen Geschäftsführung immer auch eine Informations- und Kommunikationsaufgabe, um die Genossinnen und Genossen an der Arbeit teilhaben zu lassen – oder einfach nur Mehrheiten auf der Generalversammlung sicherzustellen.

Demokratie im genossenschaftlichen Leben bedeutet unter Umständen eben auch wechselnde Mehrheiten und unvorhergesehene Ereignisse auf Generalversammlungen mit für das Unternehmen negativen wirtschaftlichen Folgen, wenn die innergenossenschaftliche Information und Kommunikation vernachlässigt wird. Diese Aufgabe, das innergenossenschaftliche Leben zu organisieren, ist eine anspruchsvolle Tätigkeit. Sie kann aber andererseits für den Geschäftserfolg der Genossenschaft unglaublich positiv wirken. Die Fähigkeit, Genossinnen und Genossen zu mobilisieren und zu motivieren, geht aber über die üblichen Führungsaufgaben in anderen Betrieben weit hinaus. An die sozialen Fähigkeiten eines Vorstandsmitgliedes einer Genossenschaft müssen deshalb besondere Anforderungen gestellt werden.

Offene Lösungen für Konflikte

Neben der Information und Kommunikation geht es in einer Genossenschaft immer auch um die Integration unterschiedlichster Individualinteressen bzw. Interessengruppen. Je nach Geschäftszweck der Genossenschaft ringen dann auf der Generalversammlung ArbeitnehmerInnen und Mitglieder mit Arbeitgeberfunktion miteinander, oder Mieter-und VermietervertreterInnen versuchen, ihren Vorteil durch entsprechende Beschlussfassungen zu erhöhen. Bei diesen systemimmanenten Interessenkonflikten kommt es auf transparente Managemententscheidungen und moderne Konfliktlösungsmechanismen an. Wenn die Mitglieder nicht den Eindruck haben, ihre Interessen werden durch die Genossenschaft auf Dauer gewahrt, werden sie einfach austreten.

Die Fähigkeit, Entscheidungen transparent zu fällen und einen ergebnisoffenen Konfliktlösungsweg zu installieren, ist ebenfalls eine Herausforderung an das Management einer Genossenschaft, die in anderen Rechtsformen nicht von so existentieller Bedeutung sind. Treten jedoch Mitglieder aus der Genossenschaft aus, nehmen sie in der Regel ihren Anteil am Eigenkapital mit. Diese Abstimmung »mit den Füßen« ist deshalb für eine kleinere Genossenschaft schnell existenzbedrohend. Auch aus diesem, ökonomisch leicht nachvollziehbaren Grund stellt der Interessenausgleich zwischen den Mitgliedern einer Genossenschaft eine zentrale Herausforderung für den Vorstand dar.

Knackpunkt Eigenkapital

Für ein Unternehmen gleich welcher Rechtsform ist Eigenkapital eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Marktteilnahme. Mitglied einer Genossenschaft können natürliche oder juristische Personen werden – und jedes Mitglied hat eine Stimme. Akkumulation von Kapitalanteilen ist daher unter Machtgesichtspunkten nicht erstrebenswert. Es gibt schlicht keine Mehrheit aufgrund des Erwerbs mehrerer Anteile. Also müssen je nach Geschäftsfeld andere Anreize zur Zeichnung von Eigenkapital gefunden werden.

Viele Genossenschaften halten den Wert pro Anteil eher klein, um möglichst vielen Personen den Erwerb zu ermöglichen. Hier stellt sich das nächste strukturelle Problem. Solche Genossenschaften werden mit höherer Wahrscheinlichkeit immer eigenkapitalsschwach bleiben, da für die Akquisition von Eigenkapital immer neue Personengruppen angesprochen werden müssen. Eine solche Genossenschaft befindet sich – um den Vergleich zu Aktiengesellschaften heranzuziehen – ständig in der Phase der Kapitalerhöhung: Eine arbeitsintensive Aufgabe für den Vorstand bzw. eine kostenintensive ständige Werbekampagne.

Arbeitmarktillusionen vermeiden

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Besonderheiten und Herausforderungen an das Management einer Genossenschaft scheint die derzeit wahrnehmbare Glorifizierung dieser Rechtsform gerade durch linke Kreise nicht gerade hilfreich. Die Genossenschaft ist nicht die Lösung für die selbstverwalteten westdeutschen Betriebe der 70er und 80er Jahre. Diese Betriebe, überwiegend als GmbHs organisiert, sind im Zweifelsfall genau an den Stellen gescheitert, wo es eine Genossenschaft auch tun wird, wenn das Management nicht wirtschaftlich und gleichzeitig demokratisch-transparent agiert: am jeweiligen Markt. Überlebt haben sie, wenn Produkt und Motivation mit dem professionellen Management zusammenkommen und zu einer neuen Stärke werden.

Die Genossenschaft an sich bewirkt auch keine Selbsthilfe und Erschließung brach liegender Potentiale im Stadtteil, wie so gerne von einigen DiskutantInnen der lokalen Ökonomie und der neuen Genossenschaftsbewegung deklamiert wird. Kreativität und Motivation der Mitglieder muss gerade in einer Genossenschaft, die auf Freiwilligkeit und individueller Nutzenerhöhung beruht, jeden Tag neu erhalten und aufgebaut werden. Sie ist keineswegs die einfachste Art, endogene Potentiale im Stadtteil zielgerichtet zu aktivieren, da sich in der Genossenschaft selbst die unterschiedlichen Interessen gleichberechtigt artikulieren und somit auch neutralisieren können.

Und schließlich: keine Genossenschaft der Welt kann besser als andere bezahlte (!) Arbeit schaffen – womöglich noch überwiegend für sozial Benachteiligte und Langzeitarbeitslose. Was Arbeitsförderbetriebe, soziale Betriebe, soziale Wirtschaftsbetriebe oder vergleichbare Modelle in der Form von gGmbHs oder GmbHs nicht geschafft haben, kann die Genossenschaft nicht richten. Was sich nicht rechnet, kann gerade in einer eigenkapitalschwachen Genossenschaft nicht bezahlt werden. Mangelnde Produktivität kann durch demokratische Entscheidungsprozesse nicht ausgeglichen werden. Diese Erkenntnis wird in allen Genossenschaften – wie auch in allen anderen Unternehmensformen – sehr schnell und sehr schmerzhaft Realität.

Rechtsformenunabhängige Wirtschaftsförderung

Auch arbeitsmarktpolitische Ziele und Instrumente sowie deren Finanzierung müssen unabhängig von der Rechtsform diskutiert werden. Nicht die Genossenschaft steht hier im Vordergrund, sondern der politische Streit um die beste Möglichkeit, die Massenarbeitslosigkeit abzubauen. Im Instrumentenkasten der Arbeitsmarktpolitik können dann auch Genossenschaften ihren Beitrag leisten – wie jede andere Unternehmensform. Potenziale ergeben sich eher im Feld der Wirtschaftsförderung und der Förderung von Existenzgründungen: Produktivgenossenschaften als Form eines anderen unternehmerischen Handelns, als Zusammenschluss von verschiedenen Gründungswilligen, die gemeinsam den Weg in Selbständigkeit gehen und Verantwortung und unternehmerisches Risiko tragen.

Und so reduziert sich der Genossenschaftsgedanke auf das, was er ist: die Realisierung von Demokratie in einem privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen und die alte Erkenntnis, dass sich viele Ziele in der Gemeinschaft besser realisieren lassen. Genossenschaften sind immer dort die adäquate Rechtsform, wo viele Individuen tatsächlich ein gleichartiges wirtschaftliches Interesse am besten gemeinsam verfolgen können. Die berühmten »Synergien«, die in anderen Unternehmen erst mühsam konzipiert werden, sind gleichsam der Gründungsgedanke der Genossenschaft.

Beteiligungsorientierte Arbeitsstrukturen

Hinzu tritt die in den letzten Jahrzehnten in der traditionellen Managementlehre immer wichtiger werdende Erkenntnis, dass die beste Motivation durch teamorientierte Führung zu erreichen ist. Wirklich teamorientierte Führung bedingt transparente und demokratische Entscheidungsprozesse. Beteiligungsorientierte Arbeitsstrukturen verbessern das Arbeitsergebnis, weil sie die Stärken jedes Einzelnen am besten zur Entfaltung bringen. Diese Arbeitsstrukturen sind in der Genossenschaft schon kraft Gesetz vorgesehen.

Die Genossenschaft ist deshalb eine gleichermaßen traditionsreiche und moderne Unternehmensform, die für viele Unternehmen die richtige Rechtsform sein kann. Hierfür gilt es zu werben und die Gründung von Genossenschaften zu erleichtern. Als Rechtsform muss sie endlich in der deutschen Wirtschaftspolitik genauso wie andere Rechtsformen wahrgenommen und auch unterstützt werden. Der Genossenschaftsgedanke darf jedoch nicht durch andere – von uns durchaus geteilte – gesellschaftspolitische Ziele überfrachtet werden. Genossenschaften müssen immer dort scheitern, wo sie als Vehikel für die Durchsetzung von gesellschaftspolitischen Interessen dienen und ihre eigentlichen betriebswirtschaftlichen Stärken gar nicht erst zum Tragen kommen. Für die Realisierung arbeitsmarktpolitischer Ziele tut's jede andere Rechtsform genauso!

HAUSGEMACHT, MÜNCHEN

Genossenschaften

Dauerarbeitsplätze für ehemals Arbeitslose

Genossenschaft als Modellprojekt

Gegründet wurde HausGemacht eG im Mai 1998, um mit einem niedrigschwelligen Angebot dauerhafte Arbeitsplätze für arbeitslose Frauen zu schaffen. Die Verknüpfung des arbeitsmarktpolitischen Ansatzes mit dem Modellcharakter der Rechtsform Genossenschaft diente als Begründung, um vom Programm »Zukunftsoffensive« des Landes Bayern gefördert zu werden. »HausGemacht hauswirtschaftliche Dienstleistungsgenossenschaft eG« arbeitet in der Stadt München. Seit neuem hat die Rezession auch diese Stadt erreicht: Im Februar 2003 sind rund 73.000 Arbeitslose im Arbeitsamtsbezirk München gemeldet, dies entspricht 6,3 %.

Foto: Christopher Adolph

Peter Streiff, Red. Genossenschaften ● In den alten Bundesländern weist München die wenigsten Sozialhilfeempfänger im Verhältnis zu den Einwohnern der Stadt (Sozialhilfedichte) auf. Von 1.000 Einwohnern beziehen in der Landeshauptstadt 35 Menschen Sozialhilfe, bundesweit sind es 60. Obwohl München in Deutschland die höchsten Mieten aufweist, liegen – über ein Jahr gerechnet – die durchschnittlichen Sozialhilfekosten pro Haushalt und Monat in München mit Bruttogesamtausgaben von 587 Euro nur knapp über dem bundesweiten Durchschnitt (564 Euro). Grund für diesen guten Wert ist die kurze Verweildauer der Menschen in Sozialhilfe und das Programm »Hilfe zur Arbeit« des Sozialamtes, mit dem arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger durch Beratung und Qualifizierung gezielt in den Arbeitsmarkt vermittelt werden.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Trotz der wirtschaftlich sehr guten Situation sind benachteiligte Bevölkerungsgruppen und insbesondere Frauen nachhaltig von Arbeitslosigkeit und damit von Ausgrenzung betroffen. Vor diesem Hintergrund ist das Ziel von *HausGemacht eG*, mit Vorrang arbeitslose deutsche und ausländische Frauen in dauerhafte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen. Gleichzeitig soll die Gelegenheit zur beruflichen Qualifikation geschaffen werden sowohl bei der Arbeitsaufnahme als auch während der Beschäftigung. Neben angelernten Mitarbeiterinnen werden auch Frauen mit einem anerkannten Abschluss als Hauswirtschafterin beschäftigt.

In der Gründungsphase von *HausGemacht* gab es eine Förderung für den Aufbau haushaltsnaher Dienstleistungen. Das Programm hatte eine Laufzeit von drei Jahren und beinhaltete eine degressive Förderung, an der sich zu einem Drittel auch die Stadt München beteiligte. Eine Verlängerung der Förderung aus diesem Programm über die drei Jahre hinaus wurde vom Land Bayern abgelehnt. Die Einnahmen von *HausGemacht eG* werden heute etwa zu 80% durch den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb erreicht. Damit können die Lohnkosten aller Mitarbeiterinnen im Außendienst sowie die Hälfte der Kosten für die Verwaltung durch Aufträge erwirtschaftet werden. Die restlichen Einnahmen setzen sich zu einem größeren Teil aus degressiven Zuschüssen der Stadt München und des Arbeitsamtes (SGB III, § 10 Freie Förderung) sowie individuellen Lohnkostenzuschüssen des Sozialamtes zusammen.

Fünfzehn festangestellte Frauen

Im ersten Jahr waren neun Frauen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Heute sind es insgesamt 15 Frauen, die aufgrund der vereinbarten Arbeitszeit ihr festes Gehalt bekommen. Die unterschiedlichen Arbeitszeiten pro Woche werden über ein Arbeitszeitkonto ausgeglichen. Zusätzlich sind auf der Basis der geringfügigen Beschäftigung weitere sechs Frauen bei *HausGemacht eG* tätig. In der Verwaltung arbeiten eine hauswirtschaftliche Betriebsleiterin (Vollzeit) und eine Sachbearbeiterin (Teilzeit 30h/Woche) sowie eine hauswirtschaftliche Betriebsleiterin in geringfügiger Beschäftigung. Diese zweite Betriebsleiterin ist für die Qualifizierung zuständig und arbeitete ursprünglich im Umfang einer halben Stelle. Dies konnte aufgrund der auslaufenden Förderung jedoch nicht mehr aufrechterhalten werden. 90% der Beschäftigten sind ehemals arbeitslose Frauen. Die meisten haben mindestens eine Kurzausbildung zur Hauswirtschafterin absolviert.

Die Dienstleistungsgenossenschaft *HausGemacht eG* bietet alle hauswirtschaftlichen Leistungen an, wovon zu 80% Reinigung gefragt ist. Außerdem wird Wäsche, Kochen sowie die Betreuung von Privatfeiern nachgefragt. Neben einigen Geschäftskunden sind die meisten Kunden Privathaushalte. Es werden keine pflegerischen Leistungen und keine Gebäudereinigung angeboten. Etwa ein Viertel des Umsatzes wird mit der Führung einer Cafeteria der Volkshochschule erzielt, die den ganzen Tag geöffnet hat.

Die Genossenschaft als privatwirtschaftliche Rechtsform wurde bewusst gewählt, damit die mitarbeitenden Frauen die Möglichkeit haben, ihr eigenes Unternehmen mit zu gestalten und zu seinem Weiterbestehen beizutragen. Alle Beschäftigten sind gleichzeitig auch Mitglied in der Genossenschaft. Dies ist in ihrem Arbeitsvertrag verbindlich festgehalten und bedeutet, dass die einzelnen Mitarbeiterinnen nicht nur Arbeitnehmer sondern gleichzeitig Auftragnehmer sind. Somit wird ein hohes Maß an Identifikation mit dem Unternehmen und gemeinsames solidarisches Handeln erzeugt.

Unzureichende Eigenkapitalausstattung

Das ökonomische Risiko trägt die Genossenschaft alleine. Das Eigenkapital entspricht den Einlagen der Genossenschaftsmitglieder, derzeit 13.000 Euro. Aus dem Zuschuss der Landeshauptstadt München des ersten Geschäftsjahres konnte ein Teil als »Rücklage« zurückgelegt werden. Diese entspricht in etwa den monatlichen Lohnkosten. Entsprechend hoch ist das ökonomische Risiko. Dem steht eine hohe Kundenbindung entgegen. Der Versuch, Sponsoren zu gewinnen, war bisher nicht von Erfolg gekrönt.

Von den 500 Euro Genossenschaftseinlage reichen 50 Euro Anfangseinlage aus, die nach einer dreimonatigen Probezeit fällig werden. Dies hat jedoch den Nachteil, dass das Eigenkapital der Genossenschaft vergleichsweise gering ist. Die Haftung jedes Genossenschaftsmitglieds ist auf 500 Euro beschränkt. Neben den Beschäftigten sind heute auch einige ehemalige Beschäftigte und Freunde Mitglied der Genossenschaft. Die Anzahl der Genossenschaftsmitglieder beträgt derzeit insgesamt 27. Sie verabschieden an der einmal jährlich stattfinden Mitgliederversammlung unter anderem den Jahresabschluss der Genossenschaft und bilden das wichtigste Entscheidungsorgan. Darüber hinaus treffen sich alle Mitarbeiterinnen in dreimonatlichem Abstand zu einem »jour fixe«, um laufende Probleme beispielsweise bei einzelnen Kunden gemeinsam zu besprechen.

Verwaltung auf strengem Sparkurs

Die Geschäftsführerin, die seit Mai 1998 *HausGemacht* mit aufgebaut hat, kündigte aus gesundheitlichen Gründen zum August 2002. Um die Verwaltungskosten zu senken, wurden die Aufgaben auf die hauswirtschaftliche Betriebsleiterin und die Sachbearbeiterin aufgeteilt. Die Geschäftsführung liegt nun formal beim Vorstand. Dies bedeutet, dass die kurzfristigen Entscheidungen von der Betriebsleiterin in Absprache mit dem Vorstand getroffen werden. Der Vorstand besteht aus zwei Personen, die gegen eine minimale Aufwandsentschädigung sozusagen ehrenamtlich arbeiten. Darüber hinaus gibt es keine weiteren ehrenamtlichen Tätigkeiten.

Der Aufsichtsrat mit kontrollierender Funktion, der auch grundlegende Entscheidungsprozesse vorantreibt, besteht aus sechs Mitgliedern und ist zur Hälfte mit Vertreterinnen der Arbeitnehmerinnen besetzt. Außerdem konnten mit einer Vertreterin der Stadt München sowie einer Vertreterin des Arbeitsamtes zwei wichtige Partner gewonnen werden. Sie gewährleisten den direkten Draht zu diesen beiden Ämtern. Als sechste Person sitzt ein ehemaliges Mitglied des Vorstands im Aufsichtsrat.

Sozialorientiert statt gemeinnützig

HausGemacht eG bezeichnet sich als sozialer Betrieb und unterscheidet sich von Beschäftigungsinitiativen dadurch, dass die Genossenschaft versucht, möglichst viele Dauerarbeitsplätze für ehemals arbeitslose Menschen zu schaffen. Da sie nicht wie viele Beschäftigungsinitiativen als gemeinnützig anerkannt ist, werden ihr dabei auch keine Auflagen erteilt. *HausGemacht eG* ist ein eigenständiges Unternehmen, ist nicht gemeinnützig und gehört auch nicht einem Wohlfahrtsverband an. Außer dem jährlich neu festzulegenden degressiven Zuschuss der Stadt München und den Funktionen im Aufsichtsrat ist weder die Stadt München noch das Land Bayern an *HausGemacht eG* beteiligt. Die Stadt München hatte die Absicht, Genossenschaftsmitglied zu werden. Dies konnte jedoch aufgrund einer Regelung des Genossenschaftsgesetzes nicht ermöglicht werden. ●

BENACHTEILIGTE RECHTSFORM

Politischer Handlungsbedarf

gegen Gründungshemmnisse von Genossenschaften

Bereits seit über einem Jahrhundert werden wirtschaftliche Gruppenselbsthilfe und Genossenschaften immer wieder als Synonym verwendet, weil die Genossenschaft ihren Mitgliedern ermöglicht, ihre persönliche wirtschaftliche Situation zu verbessern. Warum sollten nicht auch heutige Genossenschaftsgründungen an diese Tradition anknüpfen können? Weil die genossenschaftliche Rechtsform in Deutschland unter den vorhandenen Rechtsformen mittlerweile ein Schattendasein führt. Gründe hierfür liegen nicht vorrangig darin, dass die Gruppenselbsthilfe im Wandel der Gesellschaft in Richtung wachsender Individualisierung nicht mehr gefragt ist. Entscheidend ist vielmehr, dass die genossenschaftliche Rechtsform starke Benachteiligung erfährt.

Burghard Flieger, Sonja Menzel, Hans-Gerd Nottenbohm ● Die genossenschaftliche Rechtsform wird von Gründerinnen und Gründern kaum nachgefragt. Ausschlaggebend hierfür sind vielfältige Benachteiligungen dieser Rechtsform, so dass sie für Unternehmensgründungen sich in vielen Fällen als unattraktiv erweist. Diese Benachteiligungen liegen u.a. in:

1. der fehlenden Bekanntheit der Genossenschaft für Neugründungen;
2. der unzureichenden Einbindung in die staatlichen Beratungs- und Finanzierungsangebote für Gründer;
3. dem fehlendem Qualifizierungsangebot für Genossenschaftsgründungen sowie deren unzureichende Einbindung in die aktive Arbeitsmarktpolitik,
4. der strengen Gründungsprüfung aufgrund der damit verbundenen Haftung der Genossenschaftsprüfer.

Fehlende staatliche Finanzierungsangebote

Im Vorfeld potenzieller Genossenschaftsgründungen sind es die Berater und deren Infrastrukturen, die Unsicherheiten und erhebliche Mängel hinsichtlich der Kenntnisse zur genossenschaftlichen Organisationsform offenbaren. Bereits in deren Ausbildung – im Hochschul- und universitären Bereich, z.B. in juristischen und betriebswirtschaftlichen Berufen - wird über Genossenschaften fast überhaupt nicht informiert. Die Notwendigkeit und die Wirkungen von Beratungsstrukturen bzw. Anlaufstellen für genossenschaftliche Neugründungen werden in der Öffentlichkeit kaum erkannt, fokussiert und wahrgenommen. Die derzeit vorhandenen Verbände in Deutschland leisten eine solche Arbeit nicht bzw. dies gehört nicht zu ihrem unmittelbaren Aufgabenfeld. Es wird nicht durch ihre Pflichtaufgaben und damit ihre Finanzierungsmöglichkeiten abgedeckt.

Finanzierungsfragen gehören bei jeder Unternehmensform und damit auch bei Genossenschaften zu den Grund- und Überlebensfragen. Zunehmend reagierende finanzierende Banken hier eher restriktiv und lehnen die genossenschaftliche Rechtsform ab. Die Ursache dafür liegt neben Unkenntnis und zu erwartenden aufwendigen Entscheidungsstrukturen vor allem in dem eher variablen Eigenkapital. Die Wirtschaftsförderprogramme von Bund und Ländern präferieren nicht nur die Förderung Selbständiger als so genannte Existenzgründungen, sondern vergessen die genossenschaftliche Organisationsform vorrangig in der Subjektförderung vollends. Bei den vorhandenen Formen der Unternehmensförderung hingegen konkurriert die Genossenschaft bzw. unterliegt sie den gleichen Regelungen wie große Investorengesellschaften anderer Rechtsform.

Unzureichende Qualifizierungsmöglichkeiten

Die Arbeitsförderung in Deutschland sieht u.a. vor, durch berufliche Bildung und Hilfen zur Eingliederung von Arbeitnehmern die Arbeitslosigkeit Einzelner zu verhindern oder zu beenden. Dabei betrachtet das Gesetz nur den Selbstständigen, der zum späteren Arbeitgeber wird sowie den Arbeitnehmer. Entsprechend wird die berufliche Bildung entweder auf eine spätere Selbstständigkeit oder auf eine Arbeitnehmertätigkeit abgestellt. Berufliche Bildung, die eine unternehmerische Mitgestaltung eines Unternehmens durch Arbeitnehmer vorsieht und entsprechende Qualifikationen vermittelt, ist unbekannt. Die Bedürfnisse der Genossenschaften als Arbeitgeber erfahren keine Berücksichtigung.

Einstellungen bei neugegründeten Unternehmen werden besonders gefördert. Allerdings verlangt der § 225 SGB III auch hier »Arbeitgeber, die vor nicht mehr als zwei Jahren eine selbständige Tätigkeit aufgenommen haben, können für die unbefristete Beschäftigung eines zuvor arbeitslosen förderungsbedürftigen Arbeitnehmers auf einem neu geschaffenen Arbeitsplatz einen Zuschuss zum Arbeitsentgelt erhalten«.

Auch die neueren Reformen in der Arbeitsmarktpolitik stellen ausschließlich auf eine sozialversicherungsrechtliche Selbstständigkeit ab und schließen eine Beschäftigung in einer Genossenschaft aus. Insofern gilt es das SGB III in Richtung Gleichbehandlung der Genossenschaft nachzubessern. Darüber hinaus sind die Bedürfnisse der Genossenschaft an die Qualifikation ihrer Arbeitnehmer in die Durchführungsbestimmungen für Fortbildungsmaßnahmen gemäß SGB zu integrieren. Die Ge-

Fortsetzung nächste Seite

FÖRDERHEMMNISSE

Genossenschaften

Draußen vor der Tür

– faktischer »Förder-Ausschluss« genossenschaftlicher Unternehmensgründungen

Den vielen im Bereich der Existenzgründungsförderung tätigen Institutionen steht ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung. Dieses basiert auf einer großen Vielfalt von Gesetzen, Verordnungen, Erlassen, Richtlinien und Programmen. Sie sind alle darauf ausgerichtet, die Bereitschaft und/ oder Fähigkeit von Menschen zur Gründung einer eigenen wirtschaftlichen Existenz zu erhöhen. Anders gewendet: Das selbständige Unternehmertum soll gefördert werden. (1) Oftmals fallen Genossenschaften hier durch alle Raster der Förderphilosophie.

Delal Atmaca, Red. Genossenschaften ● Sämtliche von Institutionen der Wirtschafts- und Arbeitsförderung auf allen Gebietskörperschaftsebenen – Ministerien, Ämter für Wirtschaftsförderung, gewerbliche Kammern, Banken (öffentlich-rechtliche Investitionsbanken wie private Kreditinstitute), Arbeitsämter usw. – angewandten Förderprogramme haben eines gemeinsam: Sie sind der Denklogik individuellen Unternehmertums verhaftet. Konkret heißt dies: Sie orientieren sich ausschließlich auf die Förderung des einzelnen (Eigentümer-)Unternehmers bzw. der Einzelunternehmerin. Kollektive bzw. kooperative Formen der Existenzgründung kommen in der Welt dieses paradigmatischen Grundverständisses von Unternehmertum nicht vor. Die logische Folge: Genossenschaftliche Organisationen gehen bei der Existenzgründungs- (oder auch Existenzsicherungs-) Förderung praktisch leer aus.

Individual-Unternehmertum als Focus

Anknüpfungspunkt der Förderung ist in aller Regel die Beteiligung des zu fördernden Existenzgründers am Gesellschaftskapital und an der Leitung des Unternehmens. Hiermit einher geht fast immer (v.a. bei kleinen Gesellschaften) die unbeschränkte Haftung der Gesellschafter. Zielgruppen für die Förderung in institutioneller Hinsicht werden damit überwiegend GbR, OHG oder Einzelunternehmen. Selbst die GmbH ist als juristische Person nur unter ganz bestimmten Bedingungen förderfähig, da die Beteiligung an einer sol-

FORTSETZUNG VON SEITE 8

nossenschaft ist durchaus für am Arbeitsmarkt Benachteiligte die geeignetere Form, dauerhaft die Arbeitslosigkeit zu vermeiden, als die Selbständigkeit eines Einzelnen.

Gründungsverhinderung durch Prüferhaftung

Beurteilungsmaßstab für die genossenschaftliche Gründungsprüfung ist: »ob nach den persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere der Vermögenslage der eG, eine Gefährdung der Belange der Mitglieder oder der Gläubiger zu besorgen ist.« Konkurrierende Rechtsformen wie die des Vereins oder der GmbH sind nicht mit einer solchen Gründungsprüfung konfrontiert. Hinzu kommt, dass mindestens ein Drittel aller Unternehmensgründungen in den ersten fünf Jahren scheitert. Bei der wirtschaftlichen Selbsthilfe, die auf die Schaffung von Arbeitsplätzen hinausgeht, dürfte der Gefährdungsgrad noch höher liegen. Gleichzeitig wurde aber die Anforderung an Wirtschaftsprüfer einschließlich der Genossenschaftsprüfer und die damit verbundene Haftung erhöht.

Die Folge ist, die Gründungsprüfer müssen zum eigenen Schutz, den Aufwand der Prüfung erhöhen, um sich nicht selbst Haftungsrisiken auszusetzen. Da aber in der Gründungssituation in der Regel immer erhebliche Unwägbarkeiten auftreten, besteht, insbesondere bei Verschärfung der Prüferhaftung die Gefahr, dass die genossenschaftliche Gründungsprüfung zur Gründungsverhinderung führt. Lösungen sind hier denkbar in Richtung Ausbau der Betreuungsprüfung (vom Selbstverständnis schon angelegt) und Haftungsbegrenzung für die Gründungsprüfung, Verringerung des Qualitätsanspruchs und der Formalitäten an die Gründungsprüfung, Einrichten eines Haftungsfonds für den Zeitraum der Gründungs- und Aufbauphase von Genossenschaften (circa drei Jahre) zugunsten der Prüfer. Ohne Lösungen in diese Richtung wird der schon heute hohe Gründungsaufwand bzw. die erhebliche Bürokratie von Genossenschaftsgründungen, die viele potentiell an dieser Rechtsform Interessierte abschreckt, weiter ansteigen.●

chen nicht automatisch einen tätigen Gesellschafter »hervorbringt«. Schließlich können die Gesellschafter einer GmbH schlichte Angestellte ohne Geschäftsführungskompetenz sein. Auch die Haftung beschränkt sich insoweit auf die geleistete Einlage.

In solchen Fällen gelten die Gesellschafter nicht als »Mitunternehmer« und sind insoweit nicht förderfähig. Dies bedeutet, ein Existenzgründer, der das Rechtskleid einer GmbH wählt, hat nur dann Zugang zu Fördermitteln, wenn er für die Identität von Geschäftsführung und Eigentum sorgt, er also geschäftsführender Gesellschafter dieser GmbH wird. Wie wird aber verfahren, wenn es mehrere geschäftsführende Gesellschafter gibt? Die Förderpraxis ist hier in den letzten Jahren zunehmend dazu übergegangen, in so genannten »begründeten Fällen« auch mehrere geschäftsführende Gesellschafter bei der GmbH als förderungswürdig zu akzeptieren.

Genossenschaftsspezifische Förder-Sperre

Grundsätzlich anders sieht es bei eingetragenen Genossenschaften aus. Zwar steht jeder als eG verfassten

Foto: Pat Meise

Unternehmung beispielsweise die (unternehmensorientierte) Darlehensförderung der Deutschen Ausgleichsbank (DtA) offen. Eine personenorientierte Existenzgründungsförderung für die Gründungsmitglieder einer Produktivgenossenschaft ist aber faktisch ausgeschlossen. Die Ursache dieser »genossenschaftsspezifischen Förder-Sperre« besteht darin, dass im Rahmen aller Förderprogramme für Genossenschaftsglieder die Annahme einer Mitunternehmerschaft grundsätzlich verneint wird. Bemerkenswerterweise gilt dies selbst für die Vorstandsmitglieder eingetragener Genossenschaften, obwohl das Genossenschaftsgesetz explizit bestimmt, dass der Vorstand die Genossenschaft »in eigener Verantwortung« leitet.

Die Hintergründe dieser »Skepsis« sind im Wesentlichen folgende: Allein für die Gründung einer eingetragenen Genossenschaft werden mindestens sieben Mitglieder benötigt. Ferner ist die rechtliche Dominanz einzelner durch das basisdemokratische Kopf-Stimmrecht (ein Mitglied – eine Stimme, unabhängig von der Höhe der individuellen Kapitalbeteiligung) ausgeschlossen. Zudem kann die Geschäftsführungsbefugnis des von der Generalversammlung gewählten Vorstands statutarisch – durch die Satzung der Genossenschaft – beschränkt werden.

Zusammengefasst bedeutet dies, dass das Genossenschaftsgesetz eine solch dominierende Rolle des Vorstandes wie etwa die eines geschäftsführenden Gesellschafters einer GmbH nicht zulässt. Deshalb haben die Väter und Mütter der personenbezogenen Förderprogramme die Annahme einer »Mitunternehmerschaft« für Mitglieder, selbst Vorstandsmitglieder, eingetragener Genossenschaften verneint. Damit ist eine für die Förderung zentrale Voraussetzung nicht erfüllt. Dies wird im Folgenden anhand einiger Förderprogramme illustriert.

Beispiele für Benachteiligungen

Die Gewährung der personenbezogenen Eigenkapitalhilfe nach dem **ERP-Eigenkapitalhilfe-Programm** stellt bei Gründern, die als Einzelunternehmer auf den Plan treten, grundsätzlich kein Problem dar. Wird zu mehreren gegründet, kann die Eigenkapitalhilfe den einzelnen Gründungsbeteiligten nur gewährt werden, wenn der jeweilige Antragsteller seinen »individuell hinreichenden unternehmerischen Einfluss« nachweist. Als förderwürdig anerkannt, weil eine »Mitunternehmerschaft« hinreichend glaubhaft bzw. überzeugend indizierend, werden beispielsweise Personen mit Geschäftsführungsbefugnis innerhalb einer GmbH. Anders verhält es sich bei der eingetragenen Genossenschaft (eG). Hier wird davon ausgegangen, dass für kein Mitglied – auch kein Vorstandsmitglied – eine Mitunternehmerschaft angenommen werden kann.

Ähnlich liegen die Dinge beim **»Eigenkapitalergänzungsprogramm des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zur Förderung selbständiger Existenzen in den neuen Bundesländern und Berlin (Ost)«**. Darin heißt es: »Gefördert wird die Finanzierung eines tragfähigen Unternehmenskonzept zum Zwecke der nachhaltigen Steigerung der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit des Unternehmens. (...) Das Eigenkapitalergänzungsdarlehen wird als »Hilfe zur Selbsthilfe« gewährt. Das Eigenkapitalergänzungsdarlehen wird nur gewährt, wenn die Hausbank sich zu mindestens 40% an der Finanzierung des Vorhabens durch ein langfristiges, nachrangig besichertes Darlehen im eigenen Obligo und zu angemessenen Konditionen beteiligt«. Die nachrangige Besicherung bzw. die »angemessenen Konditionen« sind meistens mit der unbeschränkten Haftung verknüpft. Nun ist die Haftung bei Genossenschaften eben nicht unbeschränkt. D.h., die Genossenschaftsmitglieder haften nur mit ihren Geschäftsanteilen. In der Praxis bedeuten die von den Banken geforderten Sicherheiten oft das Verlangen der persönlichen Haftung der Vorstandsmitglieder (sofern diese über entsprechende Sicherheiten verfügen, versteht sich...).

Hinzu kommt, dass viele Genossenschaften es schlicht deshalb nicht einfach haben, Kredite zu bekommen, weil die genossenschaftliche Rechtsform entweder nicht bekannt ist oder auf Vorbehalte stößt. Nicht selten wird sie als »sozialistisches Relikt« angesehen. Erhält die Genossenschaft aber keinen privaten Bankkredit, so kann sie verständlicherweise auch nicht von der »Hilfe zur Selbsthilfe« profitieren. Das bedeutet, dass selbst unternehmensbezogene Förderdarlehen für genossenschaftlich verfasste Unternehmen nur unter sehr großen Schwierigkeiten zu bekommen sind.

Ausdrücklich formulierter Ausschluss

ERP-Existenzgründerprogramm: In der DtA-Broschüre »Wir fördern Existenzgründungen, Umweltschutz und neue Technologien« heißt es auf S. 13: »Alle Formen der Existenzgründung, also Errichtung oder Erwerb eines Betriebes sowie die Übernahme einer tätigen Beteiligung, werden unterschiedslos finanziell unterstützt. (...) Beteiligt sich der Existenzgründer an einem bestehenden Betrieb oder gründet eine Person- oder Kapitalgesellschaft, so wird eine aktive Mitunternehmerschaft vorausgesetzt. Dabei soll die Beteiligungsquote 10% des Geschäftskapitals nicht unterschreiten. Der Antragsteller muss auch zum Geschäftsführer bestellt sein.« Wenig später findet sich folgender explizite Ausschluss: »(...) Nicht antragsberechtigt sind Kommanditisten, stille Gesellschafter und Mitglieder einer Genossenschaft«.

Ähnlich verhält es sich beim **DtA-Startgeld**: Hierbei geht es um günstige Gründungsdarlehen für jene (kleinen) Unternehmen, deren Gründung ansonsten am mangelnden Zugang zu Krediten scheitern würde. Auch hier werden die förderpolitischen Konsequenzen der sehr engen bzw. eingeschränkten Interpretation des »aktiven Mitunternehmertums« unmittelbar spürbar: Genossenschaftliche Existenzgründungen haben keine Aussichten, in den Genuss dieser Förderung zu kommen.

Überbrückungsgeld vom Arbeitsamt

Das Überbrückungsgeld wird Arbeitnehmern, die durch Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit ihre Arbeitslosigkeit beenden oder vermeiden möchten, für die Dauer von sechs Monaten gewährt. Damit soll die materielle Absicherung ihres Lebensunterhalts bzw. eine grundsätzliche soziale Mindestsicherung während der schwierigen und von allerlei Unwägbarkeiten geprägter Zeit nach der Existenzgründung gewährleistet werden. Allerdings tritt auch hier – aus hinlänglich bekannten Gründen (verneintes »aktives Mitunternehmertum) – das Problem auf, dass nicht alle Gründer etwa einer Produktivgenossenschaft Anspruch auf dieses Geld erheben können. Analog zu GmbH-Geschäftsführern können in Ausnahmefällen höchstens die Vorstandsmitglieder der Genossenschaft Überbrückungsgeld erhalten.

Doch selbst dies ist in der Praxis oft schwierig. So berichten die Mitglieder einer Ingenieur-Dienstleistungsgenossenschaft aus Sachsen, wie lange und mit welchem Aufwand sie darum kämpfen mussten, um wenigstens für zwei Vorstandsmitglieder Überbrückungsgeld zu erhalten. In diesem Fall wird die Absurdität des Arguments der für Genossenschaften »verneinten Mitunternehmerschaft« besonders deutlich. Alle Gründungsmitglieder waren zuvor langzeitarbeitslos. Sie beschlossen, ihr Schicksal gemeinsam in die eigenen Hände zu nehmen und unternehmerisch tätig zu werden. Keiner dieser Ingenieure hätte diesen Schritt getan, wenn er nicht von einem »unternehmerischen Geist« erfüllt wäre. Mehr noch: Der Erfolg gibt ihnen Recht. Das genossenschaftliche Unternehmen floriert nun schon seit mehreren Jahren. Und das zudem in einer Branche, die in den letzten Jahren nicht gerade zu den prosperierendsten gehörte. Insoweit gesellte sich also unternehmerischen Geist offenbar auch noch die unternehmerische Kompetenz. Ein eindrucksvollerer Beweis echter tätiger (»aktiver«) Mitunternehmerschaft ist schwerlich vorstellbar – für die Förderung nützt(e) es nichts.

Fehler im System der Förderung

Der zuletzt genannte Aspekt des Überbrückungsgeldes bietet die Gelegenheit, auf einige kooperations- bzw. genossenschaftsrelevante Berührungspunkte des Problems der Langzeitarbeitslosigkeit einzugehen. In der einer Studie, die sich mit Ansätzen zur Beschäftigungsförderung im peripheren Raum Berlin-Brandenburgs befasst, wird festgestellt: Mehr als 90% aller Langzeitarbeitslosen kommen nicht in den Genuss des einen oder anderen Programms der speziell auf sie ausgerichteten Förderung. Man kann unterstellen, dass die zuständigen Angehörigen der Arbeitsverwaltung »alles Menschenmögliche« unternommen haben, um sowohl die Personen aus der Zielgruppe »Langzeitarbeitslose« als auch eine möglichst große Zahl potentiell in Frage kommender Betriebe in geeigneter Form anzusprechen, auf die Vielfalt und den Umfang der diversen Fördermöglichkeiten hinzuweisen und sie so zum Eingehen eines Beschäftigungsverhältnisses zu motivieren. Ist dies der Fall, so liegt der Schluss nahe, dass es nicht etwa schlicht »einen Schurken im Stück« gibt, sondern dass der Fehler im System selbst zu suchen sein muss.●

(1) Auszug aus »Die Genossenschaft als Unternehmenskonzept zur Erschließung von Beschäftigungsfeldern in peripheren Regionen«, Berlin 2002; Vormachbarkeitsstudie im Auftrag der Kooperationsstelle FU-DGB an der FU Berlin/Hans-Böckler-Stiftung

BUCHBESPRECHUNGEN

Genossenschaften

Wissen ist Macht

Informationen zu Genossenschafts- und Unternehmensgründungen genossenschaftlicher Unternehmen können, wenn sie erfolgreich sind, Arbeitsplätze schaffen. Wer sich damit beschäftigt, stößt allerdings oft auf eine unzureichende Informationslage. Nachfolgend ein paar Buchbesprechungen und -hinweise, die gegebenenfalls weiterhelfen können. Dabei geht es nicht nur um Genossenschaften im engeren Sinne, sondern um das gesamte Umfeld von Unternehmensgründungen.

Burghard Flieger

Erfolge ostdeutscher Genossenschaften

In der gegenwärtigen arbeitsmarktpolitischen Debatte wird die »Produktivgenossenschaft« immer wieder als besondere Möglichkeit in die Diskussion eingebracht. Ein empfehlenswerte Buch von Delal Atmaca bietet allen Interessierten die Gelegenheit, sich sowohl über die theoretischen und historischen Hintergründe dieser Unternehmensform fundiert zu informieren, als auch die Erfolgsfaktoren der Umgründungen in Ostdeutschland von der PGH zur Produktivgenossenschaft kennen zu lernen. Das heißt, die empirisch betrachteten Unternehmen sind überwiegend Gründungen bzw. Umgründungen von vorher bereits bestehenden Betrieben der ehemaligen DDR. Sie haben eine beachtliche Entwicklung genommen und sich auf schwierigen Märkten in wirtschaftlich schwachen Regionen behauptet.

Das Hauptziel vieler ostdeutscher Produktivgenossenschaften »Arbeitsplätze für die Mitglieder« wurde oftmals erreicht. Um die Arbeitsplätze zu erhalten, ergriffen sie Maßnahmen wie die Annahme »nur« kostendeckender Aufträge oder auch Lohnkürzungen. Die Beziehungen der untersuchten Produktivgenossenschaften sind von Vertrauen geprägt und sichern so eine doppelte Stabilität: die Stabilität der Produktivgenossenschaft als am Markt erfolgreich bestehendes Unternehmen und die innere Stabilität der Beziehungen der Mitglieder untereinander.

Abschließend lässt sich festhalten: Delal Atmaca gibt einen guten Gesamtüberblick über die gewerblichen Produktivgenossenschaften in Ostdeutschland. Sie steht im Unterschied zum Mainstream der genossenschaftlichen Wissenschaftsgemeinde, dieser Unternehmensform sehr aufgeschlossen gegenüber. Für zukünftige Auseinandersetzungen mit dem Thema Produktivgenossenschaften ist insbesondere die Einführung der Kategorie Vertrauen zukunftsweisend. Auf diese Weise wird einerseits eine besondere Stärke der Produktivgenossenschaften veranschaulicht. Übersehen werden darf dabei allerdings nicht, dass Vertrauen auch eine besondere Instabilitätsbedingung darstellt: Vertrauensmissbrauch dürfte in Produktivgenossenschaften stärker als in anderen Unternehmen die Gefahr des Scheiterns oder der Anpassung an hierarchische Entscheidungsstrukturen hervorbringen. Auf jeden Fall sollte, wer sich mit dem Thema Produktivgenossenschaften beschäftigt, auf diese Veröffentlichung zurückgreifen.

Delal Atmaca: Kooperation im Wettbewerb, Kontinuität im Wandel. Identität und Erfolg der produktivgenossenschaftlichen Organisationsform, Aachen 2002 (Shaker Verlag), 45,80 EUR.

Anzeige

BLACKBOX

»Blackbox« ist ein libertäres Literaturprojekt in Bielefeld, das seit 1994 existiert. In der »Edition Blackbox« erscheinen politisch-literarische Texte in Kleinauflagen & Broschürenform.

Neuerscheinung

Ralf Burnicki

»Überhitzung«

City Poetry

mit 6 Grafiken von Barnd Gruschka

32 S., Brosch., Ed. Blackbox, Bielefeld 2003 (4,50 E)

Ralf Burnicki, ein *»Meister von Kaskaden phantasiereicher Metaphern«* (Neue Westfälische) und ein »Erbe Orwells« (Neue Gesellschaft f. Literatur, Berlin) setzt seine Linie einer wortfilmhaften Stadtpoetry fort. Angesiedelt zwischen Innenstadt & Cabrios, U-Bahn & Erotik sind die Prosagedichte auch mit zusätzlichem optischem Reiz ausgestattet: Die Prosadichtung in Großschrift, dazu Grafiken des Berliner Künstlers Barnd Gruschka. Broschüre in Digitalkopie, jeder Band vom Autor handsigniert.

»Überhitzung« ist eine Fortsetzung des Gedichtbandes »StadtSchluchten« (in: Ralf Burnicki / Michael Halbrodt, Die Wirklichkeit zerreißen wie einen mißlungenen Schnappschuß«, Frankf./M. 2000).

Bei Versand zzgl. 1,- Euro Porto bestellbar bei

Edition Blackbox

Libertäre Leihbücherei, Café Parlando

Wittekindstr. 42, 33615 Bielefeld

Mail: edblackbox@yahoo.de

Dauerausstellung aller Blackbox-Bände in der Leihbücherei des Café Parlando, Di + Do 18-21 Uhr

Teamgründungen

Das Thema Teamgründungen, Gründerteams, Gruppengründungen, Gemeinschaftsgründungen oder welche Bezeichnung auch immer verwendet wird, ist in der Literatur erstaunlich unterbelichtet. Insofern stellt die Veröffentlichung von Thomas Lechler und Hans G. Gemünden eine erfreuliche Ausnahme dar. Im Vordergrund der Darstellung wird eine empirische Untersuchung erläutert, in der 150 partnerschaftlich gegründete Unternehmen über die Vor- und Nachteile von Teamgründungen befragt wurden. Die Ergebnisse zeigen, welche Merkmale die Gründerteams aufweisen müssen, um eine erfolgreiche Unternehmensentwicklung zu gewährleisten. Darüber hinaus wurde für die Praxis ein Analyseinstrument entwickelt, das Gründern einen Hinweis darauf liefert, wie erfolgversprechend das Interaktionsverhalten ihres Teams zu sein scheint. Aufgrund der hierfür verwendeten einfachen, subjektiven Abfrageform, darf der Anspruch an deren Ergebnisse allerdings nicht zu hoch gehängt werden.

Das Ergebnis der empirischen Untersuchung erstaunt wenig: Viele Vorteile, wie die Kombination von verschiedenartigen Fähigkeiten und die größere Berufserfahrung, sprechen für Teamgründungen. Die Gründer können sich gegenseitig unterstützen, bringen ein größeres soziales Netzwerk mit, teilen sich das finanzielle Risiko und haben zusammen mehr Know-how und Berufserfahrung. Dagegen sprechen Nachteile, die sich auf der Ebene der Zusammenarbeit ergeben können: längere Entscheidungswege, persönliche Konflikte oder Abstimmungsprobleme. Diese potentiellen Nachteile erweisen sich als besonders wichtig, denn oft entscheidet in einem Gründerteam die soziale Interaktion über Erfolg oder Misserfolg. Diesem Bereich sollte deshalb bei Erfolgsanalysen von Gründerteams besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Insgesamt kann beim Vergleich von Einzel- und Teamgründungen festgehalten werden: Teamgründungen sind im Allgemeinen erfolgreicher als Einzelgründungen. Als Einstieg und empirischer Überblick in die Thematik ist das leicht lesbare Buch empfehlenswert.

Thomas Lechler / Hans G. Gemünden: Gründerteams – Chancen und Risiken für den Unternehmenserfolg, Heidelberg 2002 (Springer Verlag), 170 S., 29,95 EUR.

Geschäftsfelderschließung

Die zunehmende Bedeutung des Umweltschutzes führt nicht nur zu steigenden Kosten und neuen Auflagen in den Unternehmen, sondern eröffnet auch interessante Geschäftsfelder, besonders im Bereich der Umweltdienstleistung. Vor diesem Hintergrund erörtert der Autor, welche Schritte notwendig sind, um nachhaltig erfolgreiche Geschäfte für neue Umweltdienstleistungen hervorzubringen. Dafür charakterisiert er zunächst den relevanten Markt und entwickelt anhand der Umweltdienstleistung Instrumente zur Identifikation, Analyse, Planung, Bewertung und Auswahl neuer Geschäfte. Dies klingt einfach und nachvollziehbar. Das gilt auch für die vom Autor in der Zusammenfassung betonten erforderlichen Schritte:

1. ein grundlegendes Verständnis über den Markt für Umweltdienstleistungen entwickeln,
2. eine Konzeption für die strategische Suchfeldanalyse entwerfen,
3. ein idealtypisches Unternehmensmodell für die Umsetzung der Analyse erstellen,
4. ein Erklärungsmodell für die Erschließung neuer Geschäftsfelder in der Umweltdienstleistung entwickeln,
5. Erfolgsfaktoren und alternative Strategien daraus ableiten,
6. Instrumente der Suchfeldanalyse anwenden und zuletzt
7. Empfehlungen zur erfolgreichen Gestaltung von Prozessen der Geschäftsfelderschließung herausarbeiten.

Als Dissertation lässt sich die Veröffentlichung aber wenig als Anleitung für die Praxis nutzen, erst recht nicht für kleine und mittlere Unternehmen. Missverständlicherweise wurde der Begriff Umweltdienstleistung verwendet, obwohl der gesamte technische Markt des Recycling und der Entsorgung mitgemeint ist, so dass der Ansatz vorwiegend für die Konzeptentwicklung von Großunternehmen gilt. Wissenschaftler finden in dem Buch sicherlich interessante Anregungen. Wer aber konkret Hinweise für Aktivitäten der Geschäftsfelderschließung für Dienstleistungen im Umweltmarkt sucht, wird eher irritiert sein, wenn er das Buch zur Hand nimmt.

Martin Sonnenschein: Strategien für neue Geschäfte. Ein Konzept zur strategischen Suchfeldanalyse für Umweltdienstleistungen«, Berlin 2001 (Erich Schmidt Verlag), EUR 49,80.

Umwelt- und geschäftspolitische Ist-Analyse

In einem so genannten »Handbuch«, einer handliche Broschüre, wird SAFE (Sustainability Assesment For Enterprise), die Anwendung eines einfach zu handhabenden Instrumentes zur Unternehmensanalyse, detailliert beschrieben und in seinen Teilschritten praxisnah und anwendungsorientiert erläutert. Die mit zahlreichen Abbildungen illustrierte Veröffentlichung enthält eine Vielzahl an Tipps und Erfahrungen des Autorenteams. Alle Materialien zur Anwendung von SAFE sind für interessierte Unternehmen und Nutzer auf der beiliegenden CD-ROM oder unter http://www.wupperinst.org/safe verfügbar. Das Handbuch als PDF-Datei zum Downloaden: http://www.wupperinst.org/download/Handbuch-SAFE.pdf.

Carolin Baedecker / Petra Heuer / Herbert Klemisch / Holger Rohn: Handbuch zur Anwendung von SAFE – Sustainability Assesment For Enterprise: ein Instrument zur Unterstützung einer zukunftsfähigen Unternehmens- und Organisationsentwicklung. Wuppertal 2002 (kostenloser Bezug gegen ausreichend frankierten DIN-A-4-Rückumschlag an: Wuppertal Institut, G Ökoeffizienz und Zukunftsfähige Unternehmen, Sekretariat, Döppersberg 19, 42103 Wuppertal).

Grundlagen für Existenzgründer

Existenzgründer richten ihr Bemühen im ersten Schritt darauf, von der Geschäftsidee zum Markteintritt zu gelangen. Um nachhaltig zu bestehen, müssen sie aber von Anfang an unternehmerisch denken, ihr Handeln strategisch ausrichten und in allen Bereichen möglichst früh die Weichen konzeptionell richtig stellen. Die Dimensionen dieser Qualifikation werden im Handbuch für Existenzgründer von Detlef Wehling auf der Grundlage eines integrativen und innovativen Konzepts in vier Teilen behandelt:

- A beinhaltet den ganzheitlichen Ansatz der Entrepreneurship-Theorie;
- B stellt die Voraussetzungen einer erfolgreichen Strategieumsetzung dar;
- C behandelt als wesentliche Aktionsfelder die Standortwahl inklusive Geschäftsausstattung, Rechtsformen, Finanzierung und Marketing;
- Teil D bietet einen Leitfaden zur Erstellung des Businessplans;

Das Handbuch für Existenzgründer erleichtert Unternehmensgründern den Start und die Aufbaujahre. Es beleuchtet drei wichtige Faktoren einer Unternehmensgründung und deren Zusammenhang: Persönlichkeit, einzelne Gründungsprozesse und Umfeld. Dabei werden die Gründer mit relativ viel Grundlagenwissen konfrontiert. Hintergrund hierfür stellt die wissenschaftliche Ausrichtung von Wehling dar, der Inhaber eines Lehrstuhls für Entrepreneurship ist. Dies kommt auch durch die beigelegte CD-ROM zum Ausdruck, die zwar Zusatzinformationen, Zusammenfassungen und Checklisten enthält, als Powerpointpräsentation sich aber weniger zum aktiven Arbeiten als zum Präsentieren des Stoffs in Form von Vorträgen eignet. Insofern unterstützt das Buch vor allem diejenigen, die sich grundlegendes Wissen zur Unternehmensgründung aneignen wollen, während auf die oft üblichen »Rezepte«, die vor allem Berater vermitteln, weitgehend verzichtet wird.

Detlef Wehling (Hrsg.): Handbuch für Existenzgründer, Cornelsen Verlag EUR 39,00 EUR.

Konkret Hilfen zur Unternehmensgründung

Beraterliteratur über Unternehmensgründungen überschwemmt seit Jahren den Markt. Die Qualität der meisten Veröffentlichungen lässt zu wünschen übrig. Zudem geht kaum eine Veröffentlichung auf die Genossenschaft als Unternehmensform ein. Hier stellt auch das Buch von Rasner, Füser und Faix keine Ausnahme dar, obwohl sie als Autorengruppe die Stärke von Teams demonstrieren. Das Existenzgründer-Buch ist ein guter Begleiter auf dem Weg zum Geschäftserfolg. Es bietet vor allem in den Phasen bis zur Gründung zahlreiche und systematische Hilfestellungen. Diese reichen von der Geschäftsidee über die Finanzierung und die Abwicklung sämtlicher Formalitäten bis zum kreativen und effektvollen Marketing. Das Buch ist optimistisch geschrieben und macht Interessierten Mut, ihre Chancen in einer Unternehmensgründung zu suchen.

Wichtiges Hilfsmittel ist dabei die Existenzgründer-Software auf der beiliegenden Diskette. Sie erleichtert die Umsetzung der verschiedenen Schritte bei der Planung des zukünftigen Unternehmens. Mit ihrer Hilfe kann ein Geschäftsplan erstellt werden, mit dem die GründerInnen eine entscheidende Hürde nehmen können: die Verhandlung mit den Kreditgebern. Vorweg erfolgen allgemeine Ausführungen über die »7 Spielregeln für Existenzgründer«, in denen um plakative Ermunterungen geht wie »Machen! Machen! Machen!« oder »Nur der Kunde zählt!« Viele Hilfsmittel und gute Übersichten enthalten die anschließenden Ausführungen über die »7 Schritte der Existenzgründung«, in denen systematisch Geschäftsidee, Marktanalyse, Zukunftskonzept, Finanzen, Gründung und Marketing abgehandelt werden.

Der Aufbau des Buches ist gelungen. Anhand der einfach dargestellten Vorgehensweise bei der Erstellung des Businessplanes kann auch ein in der BWL nicht so versierter Gründer das meiste gut nachvollziehen. Besonderes hervorzuheben ist, dass der Fokus nicht auf Großbetriebe, sondern auf die Klein- und Mittelbetriebe, gesetzt wurde. Als positiv können auch die didaktisch konzipierten Aktionsblätter hervorgehoben werden, mit denen sich ein Unternehmenskonzept systematisch entwickelt lässt. Zahlreiche Pläne und Checklisten helfen dabei, die Empfehlungen zu strukturieren und abzuarbeiten.

Carsten Rasner / Karsten Füser / Werner G. Faix: Das Existenzgründer-Buch. Von der Geschäftsidee zum sicheren Geschäftserfolg, 1999 (Moderne Industrie), 49,90 EUR.

Anzeige

WOHNUNGSLOSENHILFE: KEINE MODERNISIERUNG DES SOZIALSTAATS AUF KOSTEN DER ÄRMSTEN

Wohnungslose und Ausgegrenzte mitnehmen

400 Teilnehmer hatten sich Anfang Juni in Fulda zur Bundestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) versammelt. Nach Schätzung der BAG W für das Jahr 2002 gibt es ca. 410.000 wohnungslose Menschen, davon 180.000 Personen in Mehrpersonenhaushalten und 150.000 alleinstehende Wohnungslose sowie 80.000 Aussiedler in Übergangsunterkünften Damit verringerte sich die Zahl der Wohnungslosen in Ein- und Mehrpersonenhaushalten ohne Aussiedler in Übergangsunterkünften von 390.000 im Jahr 2000 um ca. 16% auf ca. 330.000 im Jahr 2002.

Redaktion Heidelberg ● Die BAG W, die Dachorganisation der Wohnungslosenhilfe in Deutschland, wendet sich gegen den Versuch, die gegenwärtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise in Folge von Globalisierung und weltweiter Rezession ausschließlich zu einer Krise des Sozialstaates zu deklarieren. Die nach dieser Logik notwendige Modernisierung des Sozialstaates führt, so die Befürchtung der BAG W, zu einer Modernisierung der sozialen Ausgrenzung und nicht zur Integration ausgegrenzter, oftmals wohnungsloser Bürgerinnen und Bürger.

Strukturelle Massenarbeitslosigkeit, Dequalifizierung, Zwangsmobilität sind aktuelle Herausforderungen für den Sozialstaat. Zu den Herausforderungen gehören auch die gesundheitlichen und psychosozialen Folgen für die Frauen und Männer, die diesem Wettlauf der Leistungsfähigkeit nicht gewachsen sind. Es wächst die Zahl derer, die sich in dieser Konkurrenz nicht behaupten können, die oft einfach nicht gebraucht werden.

»Die BAG Wohnungslosenhilfe setzt sich dafür ein, dass die Achtung der Menschenrechte und der Menschenwürde Ausgangspunkt und Grundlage aller Anstrengungen zur Überwindung sozialer Ausgrenzung, Armut und Wohnungslosigkeit sind. Deswegen fordern wir eine existenzsichernde soziale Grundsicherung, als wesentliche Voraussetzung zur Verhinderung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Wir wenden uns gegen Bestrebungen, das Bedarfsdeckungsprinzip der Sozialhilfe in Frage zu stellen. Wir fordern das Recht auf Teilhabe am Arbeitsleben auch für Benachteiligte«, erklärte Renate Walter-Hamann, Vorsitzende der BAG W, in Fulda. Es geht um soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Gefordert ist von der Gesellschaft Solidarität mit denen, die in der Leistungsgesellschaft auf der Strecke zu bleiben drohen – unabhängig von der Marktfähigkeit des Einzelnen.

Von der Politik fordert die BAG W konkret:

Sozialhilfe und Sozialpolitik – keine Sozialhilfegewährung durch die Bundesanstalt für Arbeit

Die bisher bekannt gewordenen Reformvorschläge zur Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sind einseitig und ungerecht und können in letzter Konsequenz zu einer weiteren Aushöhlung der Grundprinzipien der Sozialhilfe führen: des Bedarfsdeckungsgrundsatzes und des Individualitätsprinzips. Wir fordern, dass die Sozialhilfe zu einer eigenständigen bedarfsdeckenden Grundsicherung weiterentwickelt wird.

Renate Walter-Hamann: »Die BAG W unterstützt eine bessere Verzahnung zwischen Arbeitshilfen und Sozialhilfe, aber die sozialen Integrationsleistungen dürfen nicht allein vom Status der Erwerbsfähigkeit abhängig gemacht werden. Ein großer Teil der wohnungslosen Frauen und Männer würde damit von einer fördernden und aktivierenden Hilfe ausgeschlossen. Deswegen lehnen wir die Übertragung der Sozialhilfegewährung – in welcher zukünftigen Form auch immer – in die Zuständigkeit der Bundesanstalt für Arbeit entschieden ab!«

Teilhabe am Leben in der Arbeitswelt – bewährte Hilfen für Wohnungslose erhalten

Da die Arbeitslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit wichtige Gründe auch für den Verlust der eigenen Wohnung sind, ist es notwendig und richtig, der Vermittlung und Förderung in den Arbeitsmarkt zu einer zentralen Aufgabe der Sozialhilfe- und Arbeitsförderungspolitik zu erklären. Jedoch dürfen dabei bewährte Hilfen für Wohnungslose und sozial Ausgegrenzte, beispielsweise Beschäftigungsgesellschaften und Arbeitsprojekte, nicht gefährdet werden.

Heinrich Holtmannspötter, Geschäftsführer der BAG W, stellte fest: »Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass die besonders schwervermittelbaren wohnungslosen Arbeitslosen im Rahmen der Reform der Arbeitsvermittlung mit besonderen Förderprogrammen und subventionierten Arbeits- und Beschäftigungsangeboten versorgt werden. Arbeit als zentraler Faktor zur Überwindung sozialer Ausgrenzung und Armut muss auch denen ermöglicht werden, deren Arbeitsbereitschaft und Beschäftigungssuche am ersten Arbeitsmarkt nicht gefragt sind.«

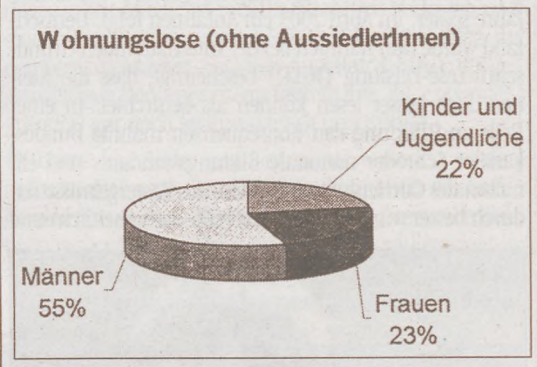
Wohnungsversorgung und Wohnungspolitik – Ausgegrenzte zielgenauer erreichen

Die BAG Wohnungslosenhilfe fordert die Bundesregierung auf, umgehend eine Gesetzesinitiative zur Einführung einer bundesweiten Wohnungslosenstatistik vorzulegen. Die Politik muss endlich ihre Verantwortung für ein jährliches umfassendes statistisches Bild der Wohnungslosigkeit wahrnehmen, so wie es in anderen Bereichen längst selbstverständlich ist. Dabei sollten nach Ansicht der BAG W die Daten der von Wohnungsverlust bedrohten Haushalte unbedingt bei der Erhebung berücksichtigt werden, um den jährlichen Präventionsbedarf abzuschätzen.

Der soziale Wohnungsbau ist mit nur ca. 14.000 geförderten Sozialmietwohnungen im Jahr 2001 auf einen neuen Tiefststand abgefallen. Zwar wurden darüber hinaus ca. 40.000 Wohneinheiten im Rahmen der sozialen Eigentumsförderung erstellt, aber diese spielen für die Wohnungsversorgung der wohnungslosen Haushalte praktisch keine Rolle.

Heinrich Holtmannspötter: »Wir befürworten eine Neuausrichtung der Wohnungspolitik, die zielgenauer die vom Wohnungsmarkt ausgegrenzten Gruppen erreicht, auf regional unterschiedliche Entwicklungen eingehen kann und eine weitere soziale Segregation unserer Städte verhindert.«

Gesundheitsversorgung – medizinische Hilfen nicht als Carepaket



Wohnungslose sind aufgrund vielfältiger Umstände von der regulären Gesundheits- und Krankenversorgung ausgeschlossen, bzw. werden von den vorhandenen Versorgungsstrukturen nur schwer erreicht.

Zielgruppenspezifische Angebote schließen diese Versorgungslücken, und sichern eine angemessene gesundheitliche Grundversorgung. Der Bedarf an entsprechend zugeschnittenen Hilfen wurde in verschiedenen Untersuchungen festgestellt und differenziert.

Zur Sicherstellung einer diesen Bedarfen angemessenen medizinischen Versorgung wohnungsloser Bürgerinnen und Bürger muss die ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Angebote gewährleistet werden. Dies sehen wir als eine Verantwortung der Gesundheitspolitik, der Krankenkassen und Ärzteverbände.

Soziale Dienste zur Überwindung sozialer Ausgrenzung

Die sozialen Dienste für Wohnungslose müssen insbesondere in den östlichen Bundesländern mit Nachdruck von Kommunen und freien Trägern aufgebaut werden. Das System der sozialen Dienste für Wohnungslose bedarf in Zukunft stärkerer Koordination und Vernetzung mit anderen Hilfen der sozialen Arbeit, mit Hilfen zur Wohnungsversorgung und Hilfen zur Integration in den Arbeitsmarkt. Hierzu ist es erforderlich, Versorgungsregionen zu bestimmen, Sozialplanung zu fordern und die lokalen Anbieter vor Ort vermehrt an einen runden Tisch zu holen.

Die Bundesregierung sollte ein Aktionsprogramm zur regionalen Koordination der Hilfen und zur Erprobung von stärkerer Hilfeplanung auflegen, das eng mit dem Programm »Soziale Stadt« verzahnt wird. »Leistungsfähige und finanziell abgesicherte soziale Dienste für Wohnungslose sind die Brücke der Wohnungslosen zur sozialen Integration«, sagte der stellvertretende Geschäftsführer der BAG W, Dr. Thomas Specht-Kittler.

Jahresschätzung 2002: 410.000 Wohnungslose

Trotz der großen Sorge über zunehmende Ausgrenzungstendenzen, gibt es auch Positives zu vermelden: Die Gesamtzahl der Wohnungslosen (mit wohnungslosen Aussiedlern) hat sich in den Jahren 2001-2002 weiter verringert. Für das Jahr 2002 schätzt die BAG W die Zahl der Wohnungslosen auf 410.000. Damit hat sich die Gesamtzahl der Wohnungslosen nach Einschätzung der BAG W gegenüber dem Jahr 2000 um ca. 20% reduziert.

Die Zahl der Wohnungslosen in Ein- und Mehrpersonenhaushalten ohne Aussiedler in Übergangsunterkünften verringerte sich von 390.000 im Jahr 2000 um ca. 16% auf ca. 330.000 im Jahr 2002.

Die Zahl wohnungslosen Einpersonenhaushalte sinkt dagegen nur um 11% von ca. 170.000 in 2000 auf ca. 150.000 in 2002. Vom Jahr 2001 auf das Jahr 2002 blieb die Zahl der wohnungslosen Einpersonenhaushalte konstant. Dies ist ein erstes Zeichen für eine mögliche Umkehr der Entwicklung in den kommenden Jahren. Da dieser Personenkreis zugleich auch den überwiegenden Teil der Klientel der sozialen Dienste der Wohnungslosenhilfe bildet, ist dies ein Beleg für die wieder zunehmenden Vermittlungsschwierigkeiten, von denen die Dienste berichten.

Die Zahl der Aussiedler in Übergangsunterkünften beträgt 80.000. Der Rückgang der Wohnungslosenzahlen ist auf den Abbau der Belegung in Übergangsunterkünften zurückzuführen, aber auch auf die weiter stark rückläufigen Zuwanderungszahlen.

In Ostdeutschland sinkt die Zahl der Wohnungslosen von 50.000 im Jahr 2000 um ca. 15% auf 43.000 im Jahr 2002. Für Westdeutschland schätzt die BAG 290.000 Wohnungslose (ohne Aussiedler) für 2002 (2000: 340.000), ein Rückgang um ca. 15%. Damit hat sich die Entwicklung in Ost und West weiter angeglichen.

Rückgang auch ein Erfolg der Wohnungslosenhilfe und der Prävention

Dazu erklärte Renate Walter-Hamann: »Der anhaltende Rückgang der Wohnungslosenzahlen in den westdeutschen Bundesländern bis 2002 ist ein Erfolg der Anstrengungen von Kommunen und freien Trägern der Wohnungslosenhilfe bei der Verhinderung von Wohnungsverlusten.« So haben freie Träger in der Wohnungslosenhilfe in den letzten Jahren ihr ambulantes Beratungsangebot ausgebaut und damit auch die Vermittlung in Wohnraum erleichtert. Zahlreiche Kommunen konnten durch Mietschuldenübernahmen den Wohnungsverlust verhindern.

Warnung für die kommenden Jahre

»Mit Blick auf die Zukunft muss wieder mit einem Anstieg der Wohnungslosigkeit gerechnet werden«, so Renate Walter-Hamann, »da in den kommenden Jahren der verfügbare Sozialwohnungsbestand, auf den einkommensschwache Haushalte angewiesen sind, weiter rückläufig sein wird.«

Auch die Zahl der akut Wohnungslosen steigt seit 2002 insbesondere in einzelnen Großstädten wieder deutlich an. Diese Entwicklung könnte sich 2003 auch in anderen Städten fortsetzen. Angesichts der eingebrochenen Baukonjunktur und stark rückläufiger Fertigstellungszahlen könnte sich in den nächsten Jahren – trotz regionaler Leerstände – wieder ein Wohnungsdefizit ergeben.

Und bei wieder stark steigenden Arbeitslosenzahlen ist bei den Wohnungslosenzahlen mit einer Trendwende zu rechnen, zumal sich der rückläufige Trend insgesamt abgeschwächt hat.●

Schätzung Zahl der Wohnungslosen 1995 - 2002

Haushaltsstruktur	*Schätzung 1995*	*Schätzung 1996*	*Schätzung 1997*	*Schätzung 1998*	*Schätzung 1999*	*Schätzung 2000*	*Schätzung 2001*	*Schätzung 2002*
Wohnungslose in Mehrpersonenhaushalten	390.000	380.000	370.000	330.000	260.000	220.000	200.000	180.000
wohnungslose Einpersonenhaushalte	190.000	210.000	220.000	200.000	180.000	170.000	150.000	150.000
Wohnungslose (ohne wohnungslose Aussiedler)	580.000	590.000	590.000	530.000	440.000	390.000	350.000	330.000
Wohnungslose Aussiedler	340.000	340.000	270.000	150.000	110.000	110.000	90.000	80.000
Alle Wohnungslosen	920.000	930.000	860.000	680.000	550.000	500.000	440.000	410.000
Bandbreite +/-10 %	*830.000 - 1.000.000*	*840.000 -1.000.000*	*770.000 -950.000*	*610.000 -750.000*	*500.000 -610.000*	*450.000 -550.000*	480.000 - 390.000	450.000 - 370.000

alle Zahlen gerundet

Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, Bielefeld 23.5.2003

BEGRIFFSERKLÄRUNGEN

Wohnungslos ist, wer nicht über einen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügt. Aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen sind danach Personen,

im ordnungsrechtlichen Sektor

- die aufgrund ordnungsrechtlicher Maßnahmen ohne Mietvertrag, d.h. lediglich mit Nutzungsverträgen in Wohnraum eingewiesen oder in Notunterkünften untergebracht werden;

im sozialhilferechtlichen Sektor

- die ohne Mietvertrag untergebracht sind, wobei die Kosten durch den Sozialhilfeträger nach §§ 11, 12 oder 72 BSHG übernommen werden;
- die sich in Heimen, Anstalten, Notübernachtungen, Asylen, Frauenhäusern aufhalten, weil keine Wohnung zur Verfügung steht;
- die als Selbstzahler in Billigpensionen leben;
- die bei Verwandten, Freunden und Bekannten vorübergehend unterkommen;
- die ohne jegliche Unterkunft sind, »Platte machen«;

im Zuwanderungssektor

- Aussiedler, die noch keinen Mietwohnraum finden können und in Aussiedlerunterkünften untergebracht sind.

Anerkannte Asylbewerber in Notunterkünften zählen im Sinne der Definition zwar zu den Wohnungslosen, können aber bei den Wohnungslosenzahlen aufgrund fehlender Daten nicht berücksichtigt werden.

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

14. Jahrgang, Nr. 54, Juni 2003, 224 S.

Nach dem Irak-Krieg

Unger – Neo-Gaullismus oder demokratischer Anti-Amerikanismus?

EU-Osterweiterung

Bohle – Imperialismus, peripherer Kapitalismus und EU / Wehrheim – Die BRD im Prozess der EU-Osterweiterung / Watzek – Auf dem Weg in die Zwei-Klassen-EU? / Börner /Steinitz – EU-Osterweiterung aus der Sicht linker Ökonomen

Klassentheorie

Deppe – Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung im 21. Jahrhundert

Konjunktur und Krise

Höhme – Konjunkturanalyse 2002/2003 / Hautsch – Neuformierung des Medienkapitals / Elcker-Wolf – Wie tragfähig sind die monetären Überlegungen von Marx?

Und:

Unger – Gesellschaft, Alltagsbewußtsein, Unbewußtes / Weißbecker – Heldengeschichte(n) / Jünke – Aktualität Leo Koflers

Sowie:
Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl. Vers.); im Abo: 32,- Euro ; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Bezug: über e-mail, Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb:** Postfach 500 936, 60397 Frankfurt/M.·Tel./Fax 069 / 53 05 44 06

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail: redaktion@zme-net.de

EIN AUFRUF ZUR INTERVENTION

»PISA-Schock«?

Anmerkung vorweg: dieser Beitrag schließt an den Vortrag »Pädagogik von unten« an, den ich im September 2001 in Hannover und dann noch einmal Anfang 2002 im Rahmen eines Workshops in Thüringen referiert habe und der sich als Einstieg in eine bildungspolitische Debatte verstand.

Gerhard Grüneklee, Redaktion Heidelberg ● Dort ging es mir um eine Kritik der Pädagogik als Kritik zugleich eines Herrschaftsverhältnisses und einer Institutionskritik. Aus dieser Kritik wiederum wäre eine Vorstellung von Bildung zu entwickeln, die den – kleinen wie großen – Menschen mit seinem Bildungsbedürfnis um seiner selbst willen in den Mittelpunkt stellt und mit diesem Bedürfnis fördert, statt Interesse und Neugier systematisch zu zerstören und Bildung zweckgerichtet auf eine Hülle zurechtzustutzen, die dem Primat der ökonomischen Verwertbarkeit entspricht. Vor diesem Hintergrund ist auch PISA zu sehen: der Studie liegt ein Begriff von Bildung zugrunde, der einzig den Kompetenzen Beachtung schenkt, die sich kommerziell nutzen lassen. Dennoch beinhaltet der Trubel um PISA zumindest die Chance, über Bildung wieder öffentlich in einem breiteren Zusammenhang zu diskutieren und mit dem Thema Bildung auch Gehör zu finden. Menschen, die ein uneingeschränktes, den unterschiedlichen individuellen Fähigkeiten und Interessen entgegenkommendes, umfassendes Bildungsrecht befürworten, sollten sich diese Chance nicht entgehen lassen!

PISA – Bildung im Dienst von ?

Der Schreck kam in der Adventszeit: am 4. Dezember 2001 wurden die Ergebnisse des internationalen Bildungsvergleichs PISA veröffentlicht, die für die BRD mit mittleren bis hinteren Rängen niederschmetternd waren. Besonders der Anteil schwacher und schwächster LeserInnen war auffallend, rund ein Viertel der 15jährigen ist über das Grundschulniveau nicht hinausgekommen. Wobei verschärfend hinzukommt, dass die Lesekompetenz nach wie vor einen zentralen Stellenwert für den Bildungserfolg insgesamt hat. Auch die starke Binnendifferenzierung der Leistungen, d. h. der Abstand zwischen den leistungsstärksten und -schwächsten SchülerInnen ist unter allen PISA-Staaten hier am höchsten – eine eindeutige Hypothek des ausgeprägten dreigliedrigen Schulsystems. Im Juni 2002 folgte eine ebenfalls stark beachtete nationale PISA-Studie, bei der die Bundesländer verglichen wurden.

Was ist nun Sinn und Zweck der PISA-Studie, an der 32 Staaten teilnahmen und für die in jedem dieser Länder zwischen 4.500 und 10.000 Schülerinnen (insgesamt 180.000) getestet wurden? Initiator der Studie war die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Damit ist bereits angedeutet, das wirtschaftspolitische Konzeptionen am Anfang der Studie standen. Über die OECD-Staaten hinaus nahmen Brasilien, Lettland, Liechtenstein und die Russische Föderation an der Untersuchung teil. PISA wird uns noch eine Weile erhalten bleiben, denn die nächsten beiden Teststufen erfolgen 2003 und 2006. Bereits die PISA-Präambel lässt keine Illusionen darüber zu, das es bei diesem Programm »zur Erfassung der Kompetenzen der nachwachsenden Generation« um etwas anderes als die Humankapital-Optimierung gehen könnte, wird doch als zentrales Ziel genannt, »vergleichende Daten über die Ressourcenausstattung, individuelle Nutzung sowie Funktions- und Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme zur Verfügung zu stellen«.

Die Indikatoren zielen auf MitarbeiterInnen, die belastungsfähig und kreativ sind (zum Wohle ihrer Firma), »fit« sind für die flachen Hierarchien und den globalen Wettbewerb, die vernetzt, in Zusammenhängen, denken können (aber bitte in Grenzen). Die Indikatoren der Studie beziehen sich auf die Bereiche Lesekompetenz, mathematische Grundbildung, naturwissenschaftliche Grundbildung und fächerübergreifende Kompetenzen. Letztere wiederum sind konkret »Merkmale selbstregulierten Lernens und Vertrautheit mit Computern«, wogegen geisteswissenschaftliche oder soziale Kompetenzen ebenso wenig untersucht wurden wie gesellschaftskundliches, politisches Wissen, Eigenständigkeit und Autonomie im Denken und Arbeiten, Kritikfähigkeit etc., d.h. es fällt vor allem auf, was NICHT Gegenstand dieser Studien war und ist. Um es deutlich zu sagen: es geht bei PISA exakt um jene Qualifikationen, die in kapitalistischen Industriegesellschaften als notwendig erachtet werden. Das dies nicht problematisiert wird, hat System, denn »es darf keine Zeit mehr mit Diskussionen darüber vertan werden, ob mehr Wirtschaft in den Schulen unterrichtet werden muss oder nicht« (so z.B. die Handelskammer Bremen), d.h. die Verquickung von Lernen mit Konzerninteressen soll selbstverständlich werden. Die europäische Unternehmerlobby ERT formulierte bereits 1994, dass es angebracht sei, »den sehr begrenzten Betrag öffentlicher Ausgaben (in öffentlichen Bereichen wie der Bildung, G.G.) als Katalysator für die Unterstützung und Stimulation von Aktivitäten im privaten Sektor zu nutzen«. Gegenentwürfe zu den gegenwärtigen ökonomisch geprägten Begriffen von Leistung, Effizienz, Qualität, Eigenverantwortung, Kompetenz, Flexibilität, Autonomie, Individualismus, Selbständigkeit, Marktwirtschaft etc. sind nicht gefragt.

Tests schränken Recht auf Bildung ein

Mittlerweile führt die PISA-Studie zu einer regelrechten Testomanie. Diese mündet dann bisweilen freilich in ein Wechselbad der Gefühle, wenn z.B. dem Aufstöhnen im Dezember 2001 aufgrund der miserablen Lese- und besonders Textverständnis-Fähigkeiten knapp anderthalb Jahre später, im April 2003 ein Aufatmen folgt: Deutschland wurde nun nämlich bei der Internationalen Grundschul-Lese-Leistung (IGLU) bescheinigt, dass die Kleinen doch besser lesen können als befürchtet. In einer Rede zu PISA und den Konsequenzen mahnte Bundeskanzler Schröder nationale Bildungsstandards und ein nationales Curriculum an – nicht, das Testergebnisse dadurch besser würden, das Lerninhalte vereinheitlicht und

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Prüfungen zentralisiert würden, aber Lernerfolge sind so besser vergleichbar. So fordern Wirtschaftsverbände gleich ein ganzes Register regionaler, nationaler und internationaler Leistungsvergleiche, die zudem regelmäßig durchgeführt und der Öffentlichkeit präsentiert werden sollen. Damit ist die Richtung vorgegeben: es geht nicht um anregendere Lernbedingungen, ein motivierendes Lernumfeld und ähnliches, sondern einzig die Vergleichbarkeit an sich wird zum zentralen Aktionsfeld des Bildungswesens nach PISA.

Dadurch lassen sich Bildungsdebatten nicht nur entpolitisieren und auf ein reines Ranking reduzieren (mit dem praktischen Nebeneffekt, dass auch LehrerInnen künftig nach Leistung bezahlt werden können, wenn erst einmal herausgefunden wurde, nach welchen Kriterien sich in diesem Arbeitsbereich überhaupt Leistung messen lässt: nach der Quersumme der PISA-Punkte etwa?). Die Folgen dieses Test-Wahns sind unter zwei weiteren Aspekten verheerend: zum einen wird in nicht allzu ferner Zukunft möglicherweise nur noch vermittelt, was messbar ist bzw. scheint, d.h. die Bildung wird eindimensional zurechtgestutzt. Schon heute spielen kooperatives und soziales Verhalten als Lerngegenstand nur noch insofern eine Rolle, als das sich diese Kompetenzen in Kopfnoten ausdrücken lassen. Zum anderen könnte dann die Finanzierung von Bildung bzw. Bildungsinstitutionen von der Zielerreichung abhängig gemacht werden, mit der Folge, das sich z.B. eine Schule, die behindertenintegrativ zu arbeiten versucht, dies künftig schon aus finanziellen Erwägungen doppelt überlegen wird.

Bezeichnend ist auch die Stellungnahme der SchülerInnenkammer Hamburg: obgleich die Teilnahme an den PISA-Tests (noch) freiwillig war, wurden die SchülerInnen nicht ausreichend über die Untersuchung, ihre Intention und ihr Recht, sich nicht zu beteiligen, informiert. Im Gegenteil wurde den SchülerInnen, zum Zweck der »Test-Objektivierung«, die genaue Anlage und der Zweck der Studie bewusst verschwiegen. Um die »Testmotivation« zu untersuchen, wurden die SchülerInnen in vier Gruppen unterteilt, wobei einer Gruppe u.a. erzählt wurde, es gehe darum »den Unterricht zu verbessern«, während einer anderen Gruppe Geld versprochen wurde!

Ranking als nationale Herausforderung

Der PISA-Schock sitzt tief, wenn die BildungspolitikerInnen doch darauf hätten vorbereitet sein können, denn schon bei der PISA vorangegangenen Studie TIMSS zu Mathematik und Naturwissenschaften schnitten die deutschen SchülerInnen schwach ab (Spitze ist die BRD nur im – sitzen bleiben) Doch wie in Deutschland bei solchen Diskursen üblich, wird nicht die Axt an die Wurzel – ein insgesamt überholtes Schulwesen, samt überkommener, fragwürdiger Voraussetzungen von Kindheit, Lernwegen, Entwicklungspsychologie etc., auf denen es beruht – gelegt, sondern der »Zukunftsfaktor Kind« als eine nationale Option für die Entwicklung des Landes ausgemacht, mithin nicht eine Pädagogik »vom Kinde aus«, etwa in der Weiterentwicklung reformpädagogischer Ansätze, angestrebt, sondern die Ressource Kind wird im Zuge höherer, eben staatlicher, Ziele zu optimieren versucht.

Stefan Sell, Professor für Sozialwissenschaften, hofft in den »Gewerkschaftlichen Monatsheften« 12/2002 nach den miserablen PISA-Ergebnissen für Deutschland auf eine Katalysator-Wirkung: die Geburtenrate in der BRD sei zu niedrig, schon deshalb müsse eine kinderorientierte Politik her – aber eben nicht vom Wohle des Kindes ausgehend, sondern die Bedingungen für das Kinderkriegen sowie die Rahmenbedingungen für das Aufwachsen aus nationalem Interesse fördernd. Da bereits die »falschen«, d.h. für die nationalen Aufgaben nicht oder nur ungenügend vorbereiteten Kinder in die Schule kommen, muss eben noch früher angesetzt werden: Aufwertung von Kindertageseinrichtungen, Schaffung von mehr Krippen- und Ganztagsplätzen usw. schlägt Sell unter dem peppigen Motto »Früh investieren anstatt spät reparieren« vor. Er argumentiert damit durchaus charakteristisch für die vergleichsweise moderaten Stichwortgeber des PISA-Diskurses, die Rudimente sozialer Gerechtigkeit mit der Zurichtung für die Bedingungen des »Standort Deutschland« zu verbinden suchen. Bezeichnend ist dabei, dass er nicht problematisiert, dass schulische Selektion immer wieder aufs Neue den Ausschluss von Bildung reproduziert (also Lernverhinderung betreibt!) – da nutzt es auch nichts, wenn die schulische Bildung früher ansetzt oder eine bessere schulische Ausstattung (personell, räumlich, finanziell, organisatorisch...) gefordert wird.

Systemkompatible Bildungsforschung

Das nun allerdings das gesamte Lernfeld Schule desolat sein könnte, weshalb auch »optimal« präparierten, d.h. lernwilligen Schulanfängerinnen die Lust am Lernen schon nach kurzer Zeit ausgeht, Schule so wie sie ist also in erster Linie eine Lernverhinderungsanstalt darstellt, fällt Sell nicht auf. Die Frage angesichts der autoritären Verkrustungen einer jahrhundertelangen Staatsschultradition in Deutschland ist, inwiefern eine schulische »Selbsterneuerung« (wie sie etwa Bruno J. Schor in seinem PISA-Buch, Donauwörth 2002, skizziert) überhaupt mit dem vorhandenen Apparat machbar ist. Gefrustete, lethargische LehrerInnen, die in der Zwickmühle von immer neuen kultusministerialen Erlassen, einengenden und überflüssigen Lehrplan-, Schulbuch- etc. Vorgaben, nervenden Eltern (»lernt unser Kind auch wirklich genug?«), mobbenden KollegInnen und angeödeten SchülerInnen zerrieben werden, sind ganz sicher damit überklare Sprache und begibt sich ohne Umschweife auf die »Ich AG« zu: »Die Jugendlichen müssen in die Lage versetzt werden, ihre Lebensplanung und Berufswahlentscheidung weitgehend selbstständig und aktiv zu gestalten«. Damit die Jugendlichen nun aber nicht auf die Idee kommen, sich hier und da auszuprobieren, im Ausland Erfahrungen zu sammeln oder »ergebnisoffen« zunächst in verschiedene Studiengänge hereinzuschnuppern o.ä., lautet der folgende Satz: »Dabei spielen auch die Möglichkeiten und Chancen einer selbstständigen unternehmerischen Tätigkeit eine wichtige Rolle«.

Griff in die konservative Mottenkiste

Unterschlagen wird bei den meisten Diskussionsbeiträgen zum Thema PISA bereits, was eigentlich Vorbedingung jeder Analyse sein müsste, nämlich das Faktum, das Bildung und Bildungspolitik in der BRD – aber natürlich auch anderswo – stets auch die Machtverhältnisse wiederspiegeln. Deutlich wird dies auch an den zunehmenden Appellen an die »deutschen Sekundärtugenden« wie Pünktlichkeit, Fleiß, Strebsamkeit, Ordnung, Gehorsam etc. Interessant ist dabei zweierlei: zum einen ist die Pädagogik in den letzten Jahren unversehens aufgewertet worden von einer irgendwie eher belächelten, nicht so ganz ernstgenommenen Disziplin irgendwo am Rande der Wissenschaften zu einer zentralen nationalen Aufgabe im Rahmen der Sozialtechnologien (die hier niemand so benennt, weil sie bereits begrifflich ein Herrschaftsverhältnis benennen, das nach Kräften verkleistert wird, um keinen Widerspruch oder gar Widerstand zu wecken). Zum zweiten wird in den letzten Jahren auch immer unverhohlener benannt, dass die Lerndressur in der Schule ja gar keinen Lustgewinn bereiten soll.

So äußerte der vormalige CDU-Bildungsminister Rüttgers über die Pädagogik, diese solle »Schlüsselqualifikationen vermitteln« und überdies »von der bequemen Lebenslüge Abschied nehmen, Lernen könne Spaß machen«. Der »Behüte-Pädagogik« (Bayerns Kultusministerin Hohlmeier) wird der Kampf angesagt. Der pädagogisch konditionierte Mensch nämlich soll vor allem eines eingetrichtert bekommen: das Lernen in seiner schulischen Darreichungsform notwendig und nicht hinterfragbar ist und das die Motivation zur Teilnahme an dieser Veranstaltung aus sich selbst heraus entwickelt werden muss – die direkte pädagogische Belohnung soll überflüssig werden, da jeder »freiwillig« das Letzte geben soll, um hernach den Lohn der Arbeit zu kassieren – in Form wiederum von Arbeit, einem Arbeitsplatz nämlich, oder vielleicht auch einer schicken »Ich AG«.

Schulkampf

Nirgendwo hängen soziale Herkunft und Bildungserfolg in den bei der PISA-Studie untersuchten Ländern so stark

Foto: D. Hoppe und S. Friess/Netzhaut

fordert, faszinierenden Unterricht zu gestalten, der lebendig ist und Lust auf Schule machen könnte. Aus gutem Grund soll eine Diskussion über Schulstrukturen gar nicht erst losgetreten werden, auch die an der PISA-Studie beteiligten Bildungsforscher hüten sich vor allen inhaltlichen Aussagen, die irgendwie als »Handlungsanweisung« oder auch nur als die Grenzen des deutschen Schulkorsetts antastender Vorschläge betrachtet werden könnten.

Das deutsche PISA-Konsortium nennt in seiner Publikation »PISA 2000« (Opladen 2001) z.B. lediglich solche Möglichkeiten der Förderung von Lesekompetenz, die keine grundsätzlich andere Organisation von Bildung erfordern, sondern innerhalb des bestehenden Kontextes machbar scheinen. Offen ist auch, in welche Richtung eine Transformation der Schule gehen könnte bzw. sollte. Denn während Schor die Förderung lernschwächerer, sozial benachteiligter Kinder ein Anliegen ist, wird von Unternehmerseite mit dem beständigen Hinweis auf die Erfordernisse der »Globalisierung« operiert. Der Jahresbericht 2002 der Handelskammer Bremen spricht eine und eindeutig zusammen wie in der BRD. Das ist gewollt: Schule soll Menschen sortieren, das betonen insbesondere – aber nicht nur – konservative Bildungspolitiker/innen immer wieder. »Nicht die Einheitsschule... ist das Modell der Zukunft, wohl aber das... differenzierte Schulwesen, welches viele Bundesländer bereits leichtfertig geopfert haben« und »Die einseitige Förderung von Gesamtschulen« habe den Schülerinnen sehr geschadet, so hat es der niedersächsische Kultusminister Busemann (CDU) beispielsweise ausgedrückt (taz Bremen, 10. 2. 2003). Darin deutet sich eine Neuauflage des konservativen Schulkampfes an, mittels dessen in den 1970er Jahren Bildungspolitik zum zentralen Hebel restaurativer gesellschaftspolitischer Veränderungen erhoben werden sollte. Dumm gelaufen, denn gerade Reformschulen wie die »Laborschule« in Bielefeld, die eine Art weitergehende Gesamtschule sind und meist ohne Noten auskommen, haben bei freiwilligen PISA-Tests am besten abgeschnitten; und schließlich haben gerade solche Staaten

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 12

bei der PISA-Studie gepunktet, die zum einen die Schülerinnen bis mindestens zur sechsten Klasse gemeinsam unterrichtet und/ oder zum zweiten solche Länder, die tatsächlich ein sehr vielfältiges Bildungssystem haben – aber so, wie es derzeit keine Partei in der BRD fordert: »Differenzierung« meint in vielen Ländern Europas und der übrigen Welt nämlich nicht, die SchülerInnen in das gute oder schlechte Töpfchen zu tun. Gemeint ist stattdessen ein vielfältiges Bildungswesen, bei denen interessierte Eltern die Möglichkeit haben, eine eigene Schule zu initiieren – oder auch andere Bildungswege zu schaffen –, ohne von einer allgegenwärtigen Kultusbürokratie restriktiv bevormundet zu werden und nach Kräften Steinchen in den Weg gelegt zu bekommen.

Liberalisierung im Bildungssektor

Gegen diese wirklich ernstgenommene Bildungsfreiheit steht in vielen Augen hierzulande die ausgeprägte Angst, Einfallstore für totalitäre Bewegungen jeder Art zu öffnen. Tatsächlich ist diese Befürchtung nicht ganz unberechtigt. So gibt es auch in der BRD ja einige hundert freie Schulen, doch sind unter diesem Begriff größtenteils kirchliche oder anthroposophische Einrichtungen zusammengefasst. Im Gegensatz zu den im Gefolge von »1968« entstandenen alternativen, im engeren Sinne freien Schulen, die von einem kinderfreundlichen Bezugsrahmen ausgehen, haben die religiösen Schulen aber natürlich ganz andere Ziele. Da sie jedoch eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit leisten – im Gegensatz zum öffentlich kaum wahrnehmbaren »Bundesverband Freier Alternativschulen« (BFAS), dem ca. 30 Schulen angehören –, könnten diese Schulen sich bei einer Öffnung des Bildungswesens schnell profilieren und um Einrichtungen von islamischen Glaubensgemeinschaften, evangelikalen Sekten, kruden spirituellen und esoterischen Richtungen etc. erweitern, die allesamt nicht unbedingt menschenfreundliche oder gar emanzipatorische Wege verfolgen. Auch die derzeit offensichtlich wachsende Homeschooling-Bewegung kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein, schon gar nicht in der Form, wie sie sich meist darstellt: angesichts längst nicht mehr nur in der sogenannten »Dritten Welt« zunehmenden prekären Arbeits- und Lebensbedingungen (Stichworte wären u.a. Liberalisierung, Privatisierung, Sozialabbau, Individualisierung) mutet das Konzept, die Kinder gleichsam »auf einer Insel« zu Hause aufwachsen zu lassen, seltsam elitär und wirklichkeitsfremd an. Zu fragen ist auch, ob diese Lernform nicht der Ent-Sozialisierung noch Vorschub leistet. Dies kann aber kein Argument für die bisherige Schulpflicht sein, die in ein System der pluralistischen Bildungsfreiheit umzuwandeln wäre, wobei zu diskutieren wäre, welche »Sicherungssysteme« Entwicklungen wie Egozentrik, Manipulation oder Gettoisierung verhindern helfen und zu einer möglichst weitgehenden Gleichberechtigung führen könnten.

Reförmchen reichen nicht

Etwaige Widersprüche müssen wir jedoch aushalten, denn es ist die Frage, welche Alternative wir haben: ist der derzeitige Status quo eines bis ins Kleinste ge- und verregelten Staatschulwesens, dass offenkundig den Bedürfnissen seiner Klienten in keiner Weise mehr gerecht wird, wirklich der bessere Weg – bzw. der einzig mögliche, um bedrohlich erscheinende Entwicklungen zu verhindern? Zumal alle Pauschalverdächtigungen, die BefürworterInnen der jetzigen Schule und der Schulpflicht so gerne ins Feld führen, um bloß nichts ändern zu müssen, auf diese selbst zurückfallen: wann je in ihrer Geschichte haben Schule und Schulpflicht in Deutschland zu Gerechtigkeit und sozialer Gleichberechtigung geführt, wann SchülerInnen zum Lernen wirklich motiviert, wann haben sie je Gewalt und sozialdarwinistische Ellenbogenmentalität verhindert?

Andersrum wird ein Schuh daraus: Schule erzeugt strukturelle Gewalt; sie ist außerdem eine höchst ungerechte Institution. Die PISA-Ergebnisse zeigen, dass die soziale Schicht in der BRD einen zentralen Einfluss auf den Bildungserfolg hat; insofern markiert das mehrgliedrige Schulwesen immer noch die Klassengrenzen (von den psychischen Folgen, den vielfältigen, oft lebenslang wirkenden Frustrationen, die die Schule als Instanz der Auslese nach sich zieht, einmal ganz zu schweigen). Die PISA-Ergebnisse legen nahe, dass SchülerInnen umso besser abschneiden, je freier und autonomer das Schulwesen organisiert ist, wenn wir Japan und Korea – die aufgrund starker kultureller Unterschiede kaum mit den anderen OECD-Staaten vergleichbar sind – einmal außer Acht lassen. Denn eine freie Bildung scheint erst das Interesse zu wecken und das Vertrauen zu schaffen, was für ein produktives Lernklima die zentralen Voraussetzungen sind. Die Kultusbürokraten mögen sich noch so sehr wehren: ein fundamentaler Umbau des Schulwesens ist nötig, denn Bildung lässt sich nicht wie ein Orchester dirigieren.

Die entwicklungspsychologisch völlig überholte Grundannahme, alle Kinder eines Jahrgangs und einer Schulform müssten – und könnten – in der gleichen Zeit auf die gleiche Weise jeweils das Gleiche lernen können (sowie gelegentlich nahezu autistische LehrerInnen) sind für den Lernprozess ebenso verheerend wie ein Notensystem, das nur Duckmäuserei, stupides Daten-Herunterbeten, Neid und Argwohn erzeugt. Hinzu kommt eine nicht nachvollziehbare Fächertrennung, die Lernprozesse willkürlich zerstückelt und die alles abbilden mag, nur nicht das reale Leben. Auf alle am schulischen Lernen Beteiligte wirkt ein heimlicher Lehrplan ein, der für Offenheit und Freundschaftlichkeit – Bedingungen unvoreingenommenen Lernens – keinen Platz lässt und der stattdessen Konformitätsdruck, Pseudolernen, Konkurrenz, Selbstverleugnung und die Anleitung zur täglichen Heuchelei erzeugt.

Gegenüber den Strukturen deutschen Bildungswesens sind die austauschbaren Lehrplaninhalte ebenso zweitrangig wie die Klassengrössen oder die Frage, ob nun eine andere Schule besser ist als gar keine. Den auch dank PISA – hier müssen wir dem Bildungsvergleich wohl dankbar sein, bietet die Studie doch die Chance, Bildungsthemen stärker in die Öffentlichkeit zu bringen und fortschrittlich zu besetzen -wieder ins Bewusstsein gerückten grundlegenden Problemen im hiesigen Bildungssystem lässt sich nicht mit kosmetischen Korrekturen beikommen: für das auch im Vergleich zu den meisten PISA-Staaten vormundschaftlich organisierte, anachronistische Staatsschulwesen der BRD stünde da schon fast eine Revolution an...

Fazit

● Bildungsvergleiche wie PISA erwecken den Anschein, Bildung sei objektivierbar, messbar und die Resultate dieser Studien seien gerecht. Dabei stecken hinter Bildungsinhalten stets Interessen, und das ist nicht einmal grundsätzlich schlecht. In einem selbstorganisierten Bildungsprozess stünden legitimerweise die eigenen Interessen, mehr noch: Lernmotivation kann gar nicht anders als interessengeleitet entstehen, sehen wir einmal vom Notendruck ab, der jedoch keine Motivation, sondern Zwang und Anpassung bedeutet. Verheerend ist, das PISA Leistungslernen und Leistungsbeurteilungen als normativ verankert – beides wird nicht mehr hinterfragt, womit die aktive Bejahung von Leistung in ihrer verselbstständigten »Wert-an-sich«-Form und damit auch von Noten zunimmt. Schlimmer noch: die Illusion von Leistung als etwas irgendwie gerechtigkeitsförderndem greift immer weiter um sich (Leistungskürzungen von ArbeitslosengeldempfängerInnen, geforderter Leistungslohn für LehrerInnen, Tarifvertragsaushebelung, damit »leistungsgerechter« entlohnt werden kann etc.).

● Das Recht auf Bildung wird drastisch eingeschränkt. Gelehrt wird nur noch, was messbar und vergleichbar sowie in ein schulisches »Richtig-Falsch«-Raster einzupassen ist. Die fast schon epidemischen Schultests könnten damit die Tendenz zur Schmalspurbildung verstärken. Herausfallen tun dabei soziale, integrative und psychologische Faktoren, aber z.B. auch weitgehend eher abstrakte und/oder philosophische Fragestellungen. Dabei wäre gerade eine Vieldeutigkeit – auf viele Problemstellungen gibt es nicht einfach die eine, einzige und richtige Antwort – nicht nur ein Ausgangspunkt für spannende Lernprozesse, sondern auch unserer komplexen Lebenssituation angemessener.

● PISA trägt dazu bei, dass Leistungsvergleiche als nationale Aufgabe wahrgenommen werden. Das könnte die Chance beinhalten, dass endlich mehr Geld für Bildung bereitgestellt wird. Gravierender ist aber die gegenwärtige Gangrichtung: Bildung wird als Feld zur Aktivierung von Human-Ressourcen benutzt, und zwar im Rahmen eines nationalen bildungspolitischen Planziels, das z.B. die stärkere Förderung von »Zukunftstechnologien« vorsieht. Einem derartigen Primat fallen dann die nicht verwertbaren Lerninhalte zum Opfer. Zudem werden alle Faktoren, die dieses nationale Ziel beeinträchtigen könnten, als Hemmnis gewertet. Wenn z.B. eine bessere schulische Integration von ausländischen Kindern als – im Vergleich zu anderen Ressourcen – zu aufwändig betrachtet wird, wird diese Aufgabe künftig noch mehr an den bildungspolitischen Rand gedrückt als ohnehin schon (da sich mit Integration nicht so gut schmücken lässt, ist zu fürchten, dass sich diese Entwicklung durch umfassenderes »Schul-Sponsoring« noch in Richtung einer zunehmend auf künftige Eliten ausgerichteten Bildung verschärft).

● Studien wie PISA sind eben nicht »wertfrei«. Weil aber bereits die ökonomischen Ausgangsbedingungen nicht reflektiert werden, können die BildungsforscherInnen gar nicht zu anderen als systemkompatiblen Aussagen kommen. Die Rezeption der Testergebnisse erfolgt jeweils auf der Folie des als unantastbar geltenden bildungspolitischen Rahmens. Sollte sich also die Option aufdrängen, aufgrund bestimmter Ergebnisse z.B. eine Umorientierung des Bildungswesens zu fordern, so können wir gewiss sein, das alles getan wird, um genau solche Schlussfolgerungen möglichst nicht aufkommen zu lassen und eine Interpretation anzuschlagen, die – gemessen an den Kernergebnissen – am herrschenden Falschen des gegenwärtigen Bildungssystems festhält bzw. dieses (vordergründig) gar noch legitimatorisch unterfüttert.

● Damit am Bildungssystem nichts verändert werden braucht, wird sogar an der Dysfunktionalität des bestehenden Schulsystems für die bestehenden Konzernbedürfnisse vorbeigesehen. Denn die soziale Durchlässigkeit in zumindest größeren Betrieben ist inzwischen vermutlich vielfach höher als im Bildungswesen, und für unorthodoxe Verbesserungsvorschläge zum Wohl der Firma bereitet ein stromlinienförmiges, auf reibungsloses Funktionieren angelegtes Schulsystem auch nicht gerade optimal vor; auch die Verkürzung der Schulzeit und die Straffung der Inhalte, wie von einigen Unternehmensverbänden selbst gefordert, könnte durchaus nach hinten losgehen. Die Widersprüchlichkeiten zu erkennen und aufzudekken wäre Aufgabe einer progressiven Bildungsbewegung, die jedoch von vornherein darauf achten müsste, ihre Vorschläge nicht mit dem Hinweis auf die ökonomische Nützlichkeit, sondern mit dem für sich selbst stehenden Bildungs- und Menschenrecht zu begründen. Denn nur so kann eine umgehende Vereinnahmung verhindert werden.

● Schließlich hätte eine solche bildungspolitische Bewegung »jenseits von PISA« nicht nur die Auswüchse des deutschen Schulsystems, z.B. die selektiven Funktionen des Bildungswesens, die psychischen Schäden aufgrund der Ausgrenzungserfahrungen und des Konformitätsdrucks etc., zu thematisieren. Vielmehr wäre eine Institutionskritik zu formulieren, die danach fragt, inwiefern die Schule noch »vernünftig« ist, ob sie ihren selbstgesteckten Postulaten überhaupt noch nachkommt, bzw. ob ihr Destruktivitätspotential nicht längst jede Vernunft überstiegen hat. Das Ausmaß an »Ausschuss«, dass die Schule produziert (von »Schulversagern« über psychische Probleme und Tablettensucht bis zu Verweigerung), nur noch zynisch zu erklären: Tausende von Menschen werden jährlich schlicht »abgeschrieben«, weil sie gesellschaftlich keinen »Wert« haben. Gerade dadurch »beweist« sich die schulische wie gesellschaftliche Leistungsideologie: wenn alle mitkämen, machte das Sortieren von Menschen keinen Sinn. Diese letztlich sehr darwinistische »Normalität« sollten wir nicht länger hinnehmen!

● Daraus kann abschließend nur folgen, dass ein breit und vielfältig angelegtes Bildungssystem geschaffen werden muss: ein Bildungssystem, das nicht mehr nur künstlich Ungleichheiten und Unterschiedlichkeiten produziert, sondern die natürliche Unterschiedlichkeit der Individuen anerkennt. Unterschiede sind hierbei kein Stigma mehr, sondern eine Aufforderung: engagieren wir uns mit der Energie, die die Bildungstechnokraten für die Konzeption ihrer Tests aufwänden, doch lieber für ein Bildungssystem, dass niemanden »herausfallen« lässt, nur weil er/sie nicht in das Raster »passt«. Für ein Bildungssystem, dass für jede/n die Möglichkeit zur je optimalen Entfaltung der Persönlichkeit bietet (und zwar unter gesellschaftlicher Verantwortung, die einer kommerziellen Privatisierung entgegenwirkt!), zu streiten, müsste doch motivierender sein, als nur auf die nächsten Testergebnisse zu warten. Ganz »nebenbei« wäre ein solches Vorhaben angesichts der derzeitigen sozialen Zuspitzungen und Kürzungsorgien auch ein humanistisches Signal gegen die zunehmende Reduzierung des Menschen auf eine Ware, die nur entweder zu konsumieren und/oder zu produzieren oder immer unsozialere Zumutungen zu schlucken hat. Für ein Recht auf Bildung ohne Einschränkungen einzutreten heißt auch, sich das Menschsein in einer unmenschlichen Epoche zurückzuerobern!●

Foto: Joachim Wirmer

Unitopia – die studentisch selbstorganisierte Uni

Unitopia, konstituiert als Netzwerk verschiedener studentisch selbstorganisierter Veranstaltungen, Arbeitsgruppen und Projekte an der Universität Bremen, versteht sich als der ernsthafte Versuch, eine Alternative zur bestehenden Universität zu entwikkeln.

Zunächst bedeutet das intensive Arbeit an der Gestalt der neuen, menschlich-emanzipierten Universität: Welche Themenbereiche müssen wir abdekken, um ein humanes Verhältnis von Mensch zu Mensch zu Natur zu Technik und Mensch theoretisch und praktisch zu fördern? Welches Grundwissen legt entgegen des offiziellen Trends zur frühzeitigen Spezialisierung und einseitigen Ausrichtung auf die Berufsausbildung das Fundament, von dem aus wir uns auf den Weg machen können, kooperativ und kritisch in unsere soziale Umwelt einzugreifen? Wie kann eine förderliche Didaktik aussehen, die den Bedürfnissen der Individuen und gleichzeitig sozialer Verantwortung gerecht wird? Wie ist sinnvolle Kooperation mit anderen erlernbar? Welches basisdemokratische Modell setzen wir den Forschung und Lehre entdemokratisierenden, universitären Managementstrukturen entgegen? Wie schaffen wir uns die für unsere selbstorganisierten Aktivitäten notwendige Infrastruktur? Selbstkritisch gilt es zu fragen, an welchen Stellen individuelle Gewohnheiten und Verhaltensweisen unseren Wünschen im Wege stehen und wie wir hilfreiche Prozesse der Selbstveränderung in Gang setzen können? Erste (zumindest vorläufige) Antworten auf diese Fragen haben wir gefunden. Sie finden sich in unserer Praxis wieder, beispielsweise im umfangreichen Programm an Veranstaltungen, Arbeitsgruppen und Projekten (vgl. unser Programm), in unseren Grundwissenbausteinen, unseren Entscheidungsstrukturen (zweiwöchentlicher Rat mit Delegierten aller Veranstaltungen), in der Betonung einer subjekt- und praxisbezogenen Didaktik.

Neben der grundlegenden Konzeption einer studentisch selbstorganisierten Uni geht es uns vor allem um deren praktische Umsetzung. Wir reden nicht über eine andere Universität, wir befinden uns auf dem Weg zu ihr und wollen durch den Nachweis der Gangbarkeit dieses Weges und die wegweisende Attraktivität einer Uni mit menschlichem Gesicht immer mehr Menschen überzeugen, zusammen mit uns die nächsten Schritte zu gehen.

Wichtig sind daher für uns die Ausstrahlung unserer Arbeit in die Öffentlichkeit und die Suche nach ähnlichen Projekten an anderen Hochschulen. Hilfreich und nicht weniger wichtig sind Formen der praktisch-solidarischen Unterstützung (als ein Beispiel sei das von uns mitentwickelte Klausuren-, Hausarbeiten- und Referate-Archiv genannt), um möglichst große Freiräume für selbstorganisierte Tätigkeiten zu schaffen und natürlich die Versüßung des Alltags durch kulturelle Aktivitäten.

Schließlich noch der deutliche Hinweis, Universität als Teil von Gesellschaft zu begreifen und dadurch die Frage nach einer gesellschaftlichen Alternative. Um dieser Einsicht erste praktische Impulse folgen zu lassen, suchen wir die Zusammenarbeit mit Projekten in der Stadt und machen das Angebot einer Lebens-und Arbeitsberatung und einer frisch gegründeten AG "Alternative Berufsfelder", die sich nach praktischen Möglichkeiten einer fruchtbaren Kombination von notwendiger Erwerbsarbeit und selbstbestimmter Tätigkeit auch nach dem Studium erkundigt.●

Kontakt: Unitopia-Büro, GW2 Raum B1060
Tel.: (0421) 218-3335, Mail: unitopia@gmx.de
Büro- und Info-Zeiten:
dienstags 12-13h & freitags 14.30-16h
http://www.unitopia.org

Roman zur Machno-Bewegung

Geschichte ist durchaus wichtig und kann sehr interessant sein, aber oftmals ist einem der Umgang mit Geschichte durch die Schule verleidet, wo es nur um das Abfragen von Daten geht. Das Geschichte aber auch spannend, ja sogar unterhaltend sein kann, versuchen immer wieder AutorInnen mit sogenannten »historischen Romanen« zu beweisen.

Der 34jährige Autor Oliver Steinke, Anarchist und Mitglied der Freien ArbeiterInnen Union (FAU), hat sich vorgenommen, uns einen Teil der Russischen Revolutionsgeschichte in Form eines Romans näher zu bringen.

Einer der schillernden Figuren dieser Geschichte ist der ukrainische Bauernführer Nestor Iwanowitsch Machno (1888-1934), der selbst aus einer Bauernfamilie stammt. Er wurde durch die erste Russische Revolution von 1905 politisiert, die bekanntlich blutig niedergeschlagen wurde. 1917 wurde Machno aus der Haft entlassen, zu der er wegen eines Attentates auf einen Polizisten erst zum Tode, dann zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt worden ist. Er ging zurück in die Ukraine und betätigte sich unter den Bauern als Aufklärer und anarchistischer Agitator. Mit dem Einmarsch von österreichischen und deutschen Truppen 1918 in die Ukraine baute Machno ein bäuerliches Partisanenheer auf und kämpfte gegen die Besatzer, gegen die Großgrundbesitzer und Nationalisten im eigenen Land, und später selbst gegen die Rote Armee, als AnarchistInnen von Trotzki gejagt wurden, um die Vorherrschaft der Bolschewiki zu sichern. Machnos Kampf in der Ukraine und dessen anerkannte Autorität währte nur von 1918-1921.

In dieser Zeit Machnos ist auch der Roman angesiedelt, der zudem noch eine Liebesgeschichte mit den historischen Ereignissen verknüpft. Die Gefahr in's kitschige abzugleiten, oder pure Revolutionsromantik zu verbreiten, hat Steinke versucht, hier zu vermeiden. Sicher wird es einige geben, die sagen, dass dieses Unterfangen ihm nicht gelungen sei. Aber welche »Neutralität« sollte hier als Maßstab gelten?

Dass es dem Autor immer darum ging, historische Fakten sprechen zu lassen, mit einer Prise literarischer Fiktion, sollte dem Projekt als Lobenswert angerechnet werden, und als Romanerstling kann dieses Buch getrost als eine gelungene Premiere betrachtet werden. Die Ankündigung eines zweiten Romans auf der Rückseite des Buches werden wir mit Spannung erwarten, und sicherlich einer genaueren Betrachtung unterziehen.

Aber dieses Buch, »Die Flamme der Liebe und des Aufstandes«, sei allen empfohlen, denen Sachbücher zu trokken sind, und ins besondere vielleicht Jugendlichen, die sich so auf unterhaltsame Weise ein Stück sozialrevolutionäre Geschichte aneignen können.

Zur historischen Abrundung gibt es am Schluss noch eine Zeittafel, einige historische Namen werden erklärt und eine Literaturliste ermöglicht ein Weiterlesen.●

Jochen Knoblauch

Oliver Steinke: Die Flamme der Liebe und des Aufstandes. Historischer Roman aus revolutionären Zeiten. Karin Kramer Verlag Berlin 2003 / 155 S. / 12 EUR

Test the testcard: Linke Mythen

Zeitschriften im Buchformat mit Schwerpunktthema können was feines sein. Vorausgesetzt das Thema ist interessant, dann kann die ganze Sache eine Tiefe bekommen, die im Format zwischen Zeitungsartikel und Sachbuch liegt.

Die neue *testcard*, Untertitel: Beiträge zur Popgeschichte, mit ihrem Schwerpunktthema »linke Mythen« konnte mich schnell begeistern, noch bevor ich alle Artikel durch hatte. Auf ca. 200 Seiten kommen 33 Beiträge zum Thema, und dazu noch der mediale Besprechungsteil mit ca. 200 Tonträgern (S. 207-261) und ca. 70 Büchern (S. 262-302) dazu.

Im Schwerpunktthema geht es (natürlich auch) um *Ton Steine Scherben* mit einer Gesprächsrunde zwischen dem *testcard*-Redakteur Martin Büsser und den beiden Scherben-Drummern Funky Götzner und Wolfgang Seidel. Befremdlich schien mir der Artikel von Frank Schuster, der sich darüber beklagte, daß die Beatles und die Stones eigentlich nicht so richtig revolutionär gewesen seien, und da frage ich mich, wie der Mensch darauf kommt das anzunehmen, dass Mainstream irgendwie revolutionär sein könnte? Aber wer darüber verwundert ist und in einer Anmerkung schreibt, das der (Gangster?)Rapper P.Diddy auf dem »United we stand«-Konzert nach dem 11.9. einen »Anarchostern«(?) auf dem T-Shirt hat und eine US-Flagge in der Hand, der muß dann schon hinsichtlich politischer Aussagen von Popstars etwas verwirrt sein. Denn, wenngleich die Linke Anfang der 70er Jahre durchaus gerne Beatles, Stones, Dylan etc. hörte, so war doch deren politische Unglaubwürdigkeit längst festgestellt (und nicht umsonst gab es Ton Steine Scherben).

Aber auch derartige kleine Schnitzer machen diese *testcard*-Ausgabe durchaus spannend. Daneben finden sich noch für den Musikbereich Artikel zu Black Panther und Soulmusic, Reggae in Deutschland, Popmusik in der DDR, Punk, Hardcore, Folk, Avantgarde Musik der 60er und 70er und die 80er Jahre-Revivals. Ferner wird in einem Interview mit Irmgard Möller der RAF-Mythos gepflegt, und Andreas Baader zum Frauenversteher deklariert. Außerdem geht es um RAF und Film, RAF und Literatur. Weitere Themen sind Freie Radios, Wiener Aktionismus, Globalisierung, die »letzten Linken« in Hollywood und, und, und.

Selbst, wenn der eine oder andere Artikel nicht dem eigenen Geschmack oder der eigenen Vorstellung entspricht, bleibt das Gesamtunterfangen spannend. Dies resultiert sicher auch aus einer gewissen Unbefangenheit mit der hier die Themen zusammengetragen wurden. Und während sich im Möller-Interview noch über den Holger Meins-Film »Starbuk« von Gerd Conradt als Eso-Film lustiggemacht wird, gibt Conradt seinerseits die RAF-kontra-Staat-Version zum Besten.

Zum Schmunzeln brachte mich die dokumentierte Gesprächsrunde zum Thema »Linke Verlage« mit nunmehr drei Generationen von Bücher-MacherInnen. Wenn z.B. Jörg Sundermeier vom Berliner *Verbrecher Verlag* über sein erstes Buchprojekt berichtet, in dem aus Kostengründen der Satz ziemlich klein gemacht worden ist, und Jörg Schröder vom *März Verlag* dies für sehr wichtig hält: »Je kleiner, desto besser. Die Leute lesen dann ja intensiver...«, und das ganze dann mit Adorno noch fundamentiert wurde, warum dieser so »schwierig« schreiben würde, weil die Leute dann eben genauer lesen würden, dann weiß ich auch, warum der Satz in *testcard* so Seniorenunfreundlich ist.

Als Kritik könnte angeführt werden, daß die *testcard*-Linke vor der Anarchie halt macht, also nur Staatserobernde Linke berücksichtigt werden, und das obwohl dieses Heft sehr gut unter dem Motto einer der großen Anarchistin hätte stehen können, nämlich Emma Goldman, die da sinngemäß sagte: Eine Revolution, auf der ich nicht tanzen kann, ist nicht meine Revolution. Und so werden wohl weiterhin die Mythen gepflegt, anstatt endlich die entsprechenden Korrekturen vorzunehmen (wofür dann allerdings nicht die *testcard* zur Verantwortung gezogen werden kann). Aber ganz im Ernst: testcard # 12 lohnt sich.●

Jochen Knoblauch

Testcard # 12: Linke Mythen. Ventil Verlag Mainz 2003. 302 Seiten / 14,50 EUR

Journal der Jugendkulturen No. 8

Wie so viele, wenn nicht gar alle kleinen Zeitschriften aus der Linken Szene kämpft auch das in Berlin erscheinende »Journal der Jugendkulturen« mit finanziellen und/oder technischen Schwierigkeiten. Beides scheint nun in diesem Falle gelöst zu sein: Neues Lay-out und ab der Ausgabe Nr. 9 wird die Zeitschrift sowie die hauseigenen Buchproduktionen des *Archivs der Jugendkulturen* im eigenen Verlag erscheinen und somit eine weittestgehende Unabhängigkeit garantieren.

Die No. 8 des *Journal* hat diesmal die Schwerpunktthemen Mädchen, Trendsport und Knast. Daneben sind noch 37 Buchrezensionen, Annotationen von wissenschaftlichen Arbeiten, sowie Infos zu diversen Projekten, und eine »Fotogalerie«, die nicht nur dazu dient die einzelnen Artikel graphisch aufzulockern, sondern durchaus als eigenständiger Beitrag unterstützend wirkt.

Es geht um Jugendkriminalität, besonders bei Mädchen, eindrucksvoll ist das Interview von Sabine Hübner in der JVA Vechta mit zwei inhaftierten Mädchen. Außerdem gibt es noch zwei Interviews mit zwei Skaterinnen, und einem Artikel über sportliche Aktivitäten von Mädchen und ihre Erfahrungen damit, die so ganz anders sind als die von sporttreibender Jungen, und noch einiges mehr.

Das *Journal* bietet längst mehr, als nur die nötigen Zusatzinfos für PädagogInnen, oder jene, die meinen ihre Jugendlichkeit pflegen zu müssen. Es ist durchaus ein Sprachrohr für Jugendliche in einer Erwachsenen-Welt, wo selten Platz ist für Experimente, Sich-Ausprobieren, Sich-Artikulieren. Die Vermittlung zwischen Erwachsenen und Jugendlichen – auf Augenhöhe – mit möglichst authentischen Texten, dies war das Ziel des *Journals der Jugendkulturen* und den MacherInnen kann durchaus bescheinigt werden, dass sie es auch im Sinne der Jugendlichen umsetzten.

Ein anderes Phänomen ist noch zu beobachten: Die Linken haben keine vernünftige Literatur-Zeitschrift mehr. Diese Lücke wird grandios von Zeitschriften wie das *Journal* oder *testcard* – ausgefüllt, und das macht diese Zeitschriften wichtig und lesenswert.●

Jochen Knoblauch

Journal der Jugendkulturen No. 8, April 2003, (noch) Verlag Thomas Tilsner, Bad Tölz, 1134 S., 10 EUR

Friedensaussichten im Nahen Osten

Selbstmordattentate von Palästinensern, Militäraktionen und Besatzungspolitik von Israel - tagtäglich wird die Öffentlichkeit mit neuen Schlagzeilen des Nahost-Konflikts konfrontiert. Vordergründig geht es um Land, um das Existenzrecht Israels, um die Rückkehr der Palästinenser aus den Flüchtlingslagern oder um die Koexistenz zweier Staaten. Wie schon bei der Staatsgründung 1948 haben auch in den über fünf Jahrzehnten wirtschafts-, macht- und weltpolitische Interessen eine Lösung des Konflikts verhindert. Zwei Texte, geschrieben im Abstand von über 30 Jahren, zeigen, wie weit der Konflikt trotz aller Verhandlungen noch von einer friedlichen Lösung entfernt ist.

Noch vor drei Jahren schien der Friede zwischen Israelis und Palästinensern nur eine Frage der Zeit. Die Verhandlungen vermittelten den Eindruck eines Prozesses, der zwar vielfach gefährdet und hintertrieben, letztlich doch zu einer Lösung führen würde.

Frieden ist aber nur dann zu erreichen, wenn Gründe, Ursachen und politische Strategieüberlegungen für den Unfrieden klar benannt werden können und die Kräfte bloßzustellen vermögen, die am fatalen Status Quo des Unfriedens Interesse haben. Als Reaktion auf den Sechstagekrieg hat dies 1968 der aus Deutschland geflüchtete Publizist Paul Brass in seinem Beitrag ebenso dargelegt wie Noam Chomsky in einer Rede nach dem Ausbruch der zweiten Intifada.

Noam Chomsky beleuchtet in seiner Rede im März 2001 die US-Politik im Nahen und Mittleren Osten. Er erinnert an die Verantwortung der Bevölkerung, der (jeweiligen) Regierungspolitik eine kritische Haltung entgegen zu setzen, anstatt Problemlösungen vertrauensvoll zu delegieren. Analysiert Chomsky die aktuelle Situation, wird bei Brass die historische Dimension des Konflikts deutlich. Seine Analyse steht im Kontext der geopolitischen Machtverhältnisse Ende der sechziger Jahre. Die Auseinandersetzung ist für ihn Teil einer Unabhängigkeitsbewegung der ehemaligen Kolonialgebiete und der wachsenden Einflussnahme der beiden Supermächte auf die arabischen Staaten. Doch besitzt sein Text, wie die Anmerkungen von Moshe Zuckermann, Historiker an der Universität Tel Aviv und entschiedene Kritiker israelischer Okkupationspolitik, zeigen, nicht nur historischen Wert.●

diego

Wolfgang Haug (Hg.): Friedensaussichten im Nahen Osten. Israel und Palästina im Spannungsfeld internationaler Interessen. Noam Chomsky, Paul Brass, Moshe Zuckermann. 96 S., ISBN 3-931786-31-5, 7 EUR

Die neuen Herrscher der Welt

Jean Ziegler war stets ein gleichermaßen radikaler wie überzeugender Kritiker des exzessiven Kapitalismus. Als intimer Kenner und Kritiker der eidgenössischen und internationalen Finanzoligarchie hat er seit Jahren seine Stimme erhoben. Deutlich, unbestechlich und glasklar wusste er die Strategie der Prediger des »freien Marktes« aufzuzeigen. Erbitterter Widerspruch, aber auch Zuspruch sind ihm auch weiterhin sicher, zumal »das Elend der Welt weiter anwächst und die Arroganz der Mächtigen zunimmt«.

Um so wichtiger ist dieser Titel, in dem es Jean Ziegler darum geht, aus intimer Kenntnis die Strategien der neuen Herrscher aufzudecken, radikal zu hinterfragen und vor allem auch Perspektiven für eine andere Weltordnung auszuloten. Beides leistet der Autor in diesem authentischen, kenntnisreichen und mutigen Buch.

Zunächst wendet sich Ziegler der Geschichte der Globalisierung und der dominanten Rolle des »Imperiums« zu. Nichts weniger als die »Privatisierung der Welt« – so der Befund – ist dessen Ziel, wie der im Jahr 1989 (!) von John Williamson, dem Vizepräsident der Weltbank, formalisierte »Konsens von Washington« nachdrücklich zeigt. Ziegler macht deutlich, dass die Ausschaltung jeder Form von staatlicher wie auch nicht-staatlicher Kontrolle des »freien Marktes« das erklärte Ziel der weltbeherrschenden Finanzmacht und ihrer Gefolgsleute ist. Gestützt auf falsche Versprechungen (Globalisierung nutzt allen, eint die Finanzmärkte, garantiert den Frieden) hat sie, so der Verfasser, nur die Vermehrung des »Blutgeldes« im Sinn. Doch »praktisch alle fundamentalen Aussagen der Ideologie der Herrscher befinden sich in flagrantem Widerspruch zur Realität« (S. 69). Tatsächlich nehme »der Weltkrieg gegen die Armen seinen Gang« (S. 73). Eine gravierende Anklage, gewiss, die um so mehr an Bedeutung dadurch gewinnt, dass Ziegler sie durch eine Fülle von Fakten und authentisch vermittelten Begegnungen aus allen Teilen der Welt zu belegen weiß.

Dem vom Virus der Korruption befallenen Biotop der Beutejäger ist der zweite Abschnitt vorbehalten: Gewachsen aus der Agonie des Staates und begleitet von der zunehmenden Verwüstung der Natur sei nicht die Befreiung, sondern die »Zerstörung des Menschen« zu konstatieren. Und dies gelte keineswegs nur für die Rechtlosen und Ausgebeuteten, die nach der Terminologie von WF und Weltbank in derzeit 49 »Less Advanced Countries« leben. Vielmehr sind wir alle zunehmend Opfer einer Wirtschaft, »die übermäßig individuelle Konkurrenz, Unsicherheit der Beschäftigung, Gefährdung des sozialen Status und Ängste erzeugt« (S. 101). Den Mechanismen der »Kriegsmaschine WTO« ist ein weiterer Abschnitt gewidmet. Ziegler gibt Einblick in die US-republikanisch dominierte Führungsgarde der WTO und durchleuchtet das mentale Gerüst der wohlsituierten »Söldner des Kapitals«. Mit Laptops und theoretisch hoch differenzierten Entwicklungsprogrammen ausgerüstet, seien sie gewohnt, weltweit mit den Mächtigen zu verhandeln. Das Leid der Menschen vor Ort bekämen sie hingegen nicht zu Gesicht.

Weder in der Stärkung der Nationalstaaten noch in der Etablierung einer Weltregierung etwa auf Grundlage der Vereinten Nationen sieht Ziegler das Potenzial zur Wiedergewinnung der Freiheit und Menschenwürde für das vom »globalisierten Kapital auf seine reine Funktionalität reduzierte Individuum« (S. 234). Die Front des Widerstandes würden vielmehr, so ist der Autor überzeugt, die Arbeiter- und Gewerkschafts-, Bauern-und Frauenbewegungen in aller Welt, aber auch die VertreterInnen indigener Völker bilden; hinzu kämen die Umweltbewegungen und die zahlreichen sozialen Bewegungen»»die sich nicht auf partielle Intervention beschränken, sondern den Anspruch erheben, die planetarische Ordnung des Finanzkapitals als ganze zu reflektieren, der Kritik zu unterziehen und zu bekämpfen« (S. 241). »ATTAC«, »Jubilé 2000« (tritt für einen sofortigen Schuldenerlass für die Länder der Dritten Welt ein), das »Forum der Armen« (Thailand), das von dem charismatischen Martin Khor initiierte »Third World Network« oder auch »Amnesty International« sind Indiz für eine im Entstehen begriffene »planetare Zivilgesellschaft«, deren Morgenröte wir heute erleben.

»Indem ich schreibe«, so Jean Ziegler zu Beginn dieses kenntnisreichen, entlarvenden und zugleich ermutigenden Buches, »kann ich dazu beitragen, die Dogmen der neuen Herrscher der Welt zu entkräften.« (S. 17) Dieses Engagement verdient breite Aufmerksamkeit, denn überzeugender ist die menschenverachtende Strategie des Neoliberalismus kaum dargestellt worden.●

W. Sp.

Aus: PRO UKUNFT Nr. 2003/2, Herausgegeben von der Robert-Jungk-Bibliothek, Salzburg

Ziegler, Jean: Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher. München: C. Bertelsmann, 2003. 318 S., 22,90 EUR ISBN 3-570-00679-4

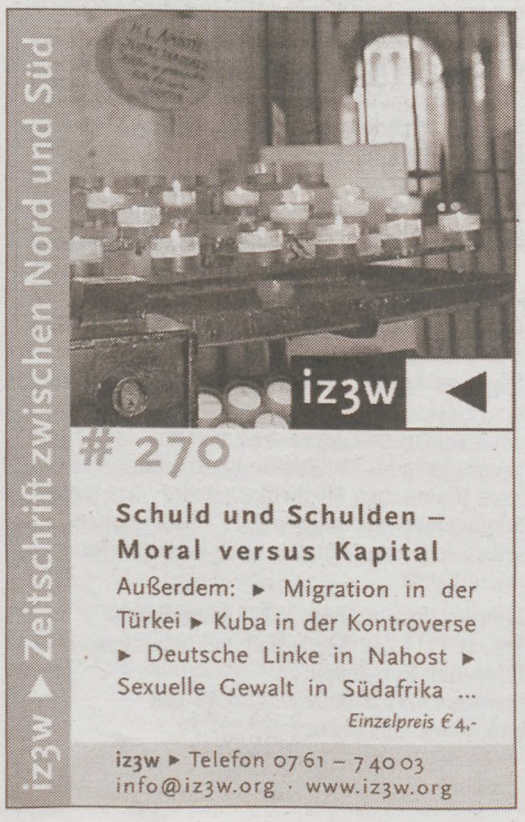
Die Abschaffung der Arbeit

»Es ist ein einförmiges Ding um das Menschengeschlecht. Die meisten verarbeiten den größten Teil der Zeit, um zu leben, und das bisschen, das ihnen von der Freiheit übrig bleibt, ängstigt sie so, dass sie alle Mittel aufsuchen, um es loszuwerden«. *Goethe* in: *Die Leiden des jungen Werther*

»Es lag keineswegs in meiner Absicht, mit dem Gesagten nur Unruhe zu stiften. Viele Werktätige kotzen sich mit der Arbeit an. Es gibt hohe und weiter steigende Raten von Blaumacherei, Fluktuation, Diebstahl am Arbeitsplatz und Sabotage, wilden Streiks und allgemeiner Verweigerung. Vielleicht gibt es sogar schon eine Bewegung hin zu einer bewussten und nicht nur instiktiven Ablehnung der Arbeit. Und doch ist die vorherrschende Auffassung, unter sämtlichen Chefs und ihren Agenten und zumindest weit verbreitet unter den Werktätigen, dass die Arbeit unausweichlich und notwendig ist.« *Bob Black*

Eine vergnügliche kleine Broschüre: Der Grüne Zweig 242, ISBN 3-922708-04-8, 28 S., 2,50 EUR

Anzeige



Anzeige

PROJEKTE

Generationsübergreifendes Wohnprojekt sucht Gleichgesinnte mit Mut und Neugier auf susistente Lebens-und Arbeitsweisen im Mehrfamilien-»Sonnenhaus« in Niederschöneweide.
☎(0 30) 636 21 06
E-Mail: AnitaEngelmann@t-online.de

Großkommune Gründungsgruppe sucht Menschen um im Raum zwischen Frankfurt a. M. und Basel eine Kommune mit 40 Menschen zu gründen.
www.kommfrei.de
Kontakt: ☎(0 76 34) 59 58 52

Nähe Köln/Bonn: In unserem kleinen Wohnprojekt werden wieder Zimmer frei! Zudem würden wir gerne noch größer werden. Leute mit Lust zum Zusammenleben und am Utopie entwickeln und -umsetzen willkommen.
Kontakt: oberelvennec@aol.com
☎(0 22 52) 8 14 29

JOBSUCHE

Suche Ausbldgst. od. Lernmögl. zum Arbeiten mit Holz in mögl. alternativ. Verhältnissen, gerne im Ausland Hinweise und Ratschläge bitte an
open-borders@gmx.net
Timm Priebe, z. Zt. Münzighof, D-91235 Velden

DER RABE RALF
Die unabhängige Umweltzeitung aus Berlin
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
☎ 030 / 44 33 91-0
Abo 20 DM/Hj., Probenummer gratis

JOBS

FÖJ-Stelle im Verein für Permakultur und Selbstversorgung in Verden, für alle 16-26 Jahre möglich ab 9/03, Nds. bietet 200E Taschen-& das Kindergeld. Gleichberechtigtes Arbeiten in kleinem Team. Seit '98 wird Waldgartengelände aufgebaut zur Selbstversorgung und als Modellprojekt auf 5ha.
☎(01 71) 156 56 20

INTERNETADRESSEN

Auf unserer Website könnt Ihr zu ca. 1.200 Projekten und Betrieben surfen und mit Hilfe unserer Medienlinks andere Medienprojekte und ca. 100 Zeitschriften besuchen. Unsere Link-Liste wird ständig erweitert und mit unserer Datenbank zur Herstellung der BUNTEN SEITEN laufend aktualisiert.
Die komplette Ausgabe 1 und demnächst die Nr. 2 aus dem Jahr 1984 sowie wichtige Beiträge und Inhaltsangaben aus den Jahren 1999 bis 2002 sind auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Website mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

Archiv der sozialen Bewegungen Bremen online.
Unter www.archivbremen.de finden sich die Selbstdarstellung des Archivs, Links und Hinweise zu Bewegungsarchiven, Links zu kritisch-historischem Arbeiten und einige Texte zur Auseinandersetzung mit der Geschichte sozialer Bewegungen.

Rat & Tat Unternehmensberatung eG

Bekanntmachung der Auflösung und Gläubigeraufruf (§ 82 Abs. 2 GenG)

Die Rat & Tat Unternehmensberatung eG mit Sitz in Stuttgart ist aufgelöst. Die Gläubiger der Genossenschaft werden aufgefordert, sich bei ihr zu melden.

Stuttgart, 24. Juni 2003

Rat & Tat Unternehmensberatung eG i.L.
Hermannstr. 5a
70178 Stuttgart

Die Liquidatoren:
Thomas Albrecht
Bernd Kappel

Antifaschistisches Blatt
Infoblatt
Nr.59 | 2/2003
Schwerpunkt
Rechtspopulismus
NS-Szene
Das Verbot der NPD
Geschichte
FDP: Braune Vergangenheit
Antifa
Die Trennung der AAB
und vieles mehr...
Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@mail.nadir.org
web: www.nadir.org/nadir/periodika/aib
Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

13,- € für 4 Ausgaben
Abos und Bestellungen,
Lieferung gegen Vorkasse
(Bar, Briefmarken) bei:
rat – reihe antifaschistische texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

analyse+kritik
ak – Zeitung für linke Debatte und Praxis · www.akweb.de
In der neuen Ausgabe 474: Araber, Antisemitismus und Holocaust +++ Juchitan: Stadt der Frauen +++ GATS hat ein Geschlecht +++ Kubanische Repression und linke Verwirrung +++ Gesundheit auf dem Schnäppchenmarkt +++ Perspektiven globalisierungskritischer Bewegung +++ GEMA: Wem gehört die Musik? +++
Probeabo bestellen: 3 mal ak für 5 €*
* Schein/Scheck beilegen! Verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten ak gekündigt wird.
ak – analyse & kritik · Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175 · redaktion@akweb.de

grundrisse
Die Waffe der Kritik ...
zeitschrift für linke theorie & debatte
"Letztlich sollen aber alle Beiträge in den Grundrissen dazu dienen, die Reflexion der gesellschaftlich-geschichtlichen Entwicklung im Hinblick auf deren emanzipatorische Überwindung voranzutreiben."
Aus dem Editorial der Nr. 1
probenummer? Bestellungen an: grundrisse@gmx.net oder an "grundrisse", Antonigasse 100/8A - 1180 Wien,
weitere Infos: http://www.grundrisse.net

Beschönigung der Verhältnisse ist ein Geschäft, dem sich die Medienindustrie fast ausschließlich widmet. Fernsehen ist in dieser Hinsicht Werbefernsehen. Manchmal überkommt es die Kopfhänger von Freihandel und freiheitlich demokratischer Grundordnung aber und sie sprechen Klartext. Im *stern* dieser Woche fordert Hans-Ulrich Jörges: »Sozialhilfeempfänger müssen unter Androhung der Verelendung zur Arbeit gezwungen werden.« Sozialhilfeempfang rechnet ein vom *stern* Honorierter nämlich nicht zur Verelendung. Sätze wie der von Jörges illustrieren, daß der Krieg für Sozialabbau und Repression seine Helden vor allem an der Schreibtischfront der Konzernmedien hat.
In *junge Welt* soll Klartext aus der entgegengesetzten Perspektive zu lesen sein. In diesem Sinn nehmen wir in den Kriegen nach außen und dem nach innen Partei. Eine solche Haltung wird von keiner Partei oder sonstigen Institution subventioniert. Allein die Zahl der Abonnements entscheidet letztlich über die Existenz einer Zeitung wie *junge Welt*, einer Zeitung, die, wie wir finden, gerade jetzt eine wichtige Funktion hat. Wir bitten Sie, uns dabei durch ein Abonnement zu unterstützen.

Aktionsbüro
www.jungewelt.de

Ja, ich will die *junge Welt* für 10 Wochen ausprobieren.

Name/Vorname
Telefon
Straße/Nr.
PLZ/Ort

Dafür bezahle ich 16 Euro. Will ich die *junge Welt* danach nicht weiterbeziehen, teile ich das dem Verlag 8. Mai GmbH spätestens zehn Tage vor Ablauf des Probeabos kurz schriftlich mit. Falls ich die *junge Welt* weiter beziehe, bezahle ich nach Ablauf der Probewochen monatlich
O Normalabo: 25,80 Euro,
O Soliabo: 33,00 Euro,
O Sozialabo: 18,40 Euro.

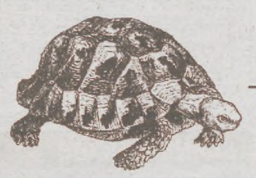
Ich bezahle mein Abo O monatlich (nur mit Bankeinzug), O vierteljährlich (3 % Rabatt), O halbjährlich (4 % Rabatt), O jährlich (5 % Rabatt)
per O Rechnungslegung O Einzugsermächtigung
Das Abo soll ab Montag, den ..... beginnen.
Hiermit ermächtige ich Sie, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:
Geldinstitut/Bankleitzahl
Kontonummer
Datum/Unterschrift

Das reguläre Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den oben angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) schriftlich bei Ihnen kündige.

contraste

Coupon einsenden oder faxen an: Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Str. 32,10178 Berlin; Fax: 0 30/53 63 55-44

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT
PF 102062 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 885006 Fax 821116
express-afp@t-online.de



In dieser Ausgabe (5/03) u.a.:
- Thomas v. Freyberg: »Entsorgt Euch selbst« – Chronologie der Liquidation anlässlich der Agenda 2010
- »Destruktion aus Vernunftgründen« Johannes Agnoli zur Bestimmung des Gelehrten in dürftiger Zeit
- Kirsten Huckenbeck/Anton Kobel: »Entschleunigungsbedarf« – ein Gespräch über das Arbeitsleben rund um die Uhr (Teil II)
- Wolfgang Völker über Oskar Negts »Arbeit und menschliche Würde«
- Rainer Herth/Heinz Klee: »Und es geht doch« – politischer Streik gegen Sozialraub in Schweinfurt
- Heike Ifland: »Globalisierung à la Continental«
- Jürgen Klausenitzer: »Jetzt lesen sie wieder – mehr als Kaffeesatz?« PISA, IGLU und die verlorene Bildung der Nation
- Ali Osman Basegmez: »Zivile Illusionen« – vorläufige Bilanz zum Kampf der Beschäftigten gegen Metro-Türkei

O Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
O Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 Dresden, **Redaktion Dresden,** Uta Knischewski, Meschwitzstr. 2a, ☎ (0351) 802 99 23, E-Mail: abfallgut@yahoo.de; **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com, Internet: www.ricardabuch.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de, Internet: www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Januusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28201 Bremen, Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland,** Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 593 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org; **60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Bornheimer Landstr. 22, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: u.weppler@paritaet.org; **Redaktion Saarland,** AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn,** Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de; **90419 Nürnberg, Redaktion Franken,** Stefan Braig, Kirchenweg 4, ☎ (0911) 393 89 30, Fax 26 77 68, E-Mail: schaefer.braig@nefkom.net; **Portugal:** Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung:** 27283 Verden, Peter von Rüden, Artilleriestr. 6, ☎ (04231) 95 75 10, Fax 95 75 12, E-Mail: forum@oekozentrem.org; **Sozialpolitik, AG SPAK:** 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 13359 Berlin, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de; **Umweltschutz von unten:** 35447 Reiskirchen-Saasen, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89
(10 bis 17 Uhr)

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 3.-5.10.2003

Bildungsurlaub:
Gemeinschaftlich nachhaltig leben
Nachhaltiges Leben und Wirtschaften hat sich zum aktuellen Schlagwort entwickelt. Neben Politik, Industrie und Handel spielen auch wir KonsumentInnen eine entscheidende Rolle. Durch unsere Lebensweise und unser Konsumverhalten beeinflussen wir den Umweltverbrauch maßgeblich. Wie weit sind wir eigentlich von Nachhaltigkeit entfernt? Wie können wir ein gutes Leben gestalten, welches nicht auf Kosten des gesamten Planeten geht? Was bedeutet Nachhaltigkeit im sozialen Bereich? Was können gemeinschaftliche Lebens- und Organisationsformen zu einem rücksichtsvolleren Leben beitragen? Die Kommune Niederkaufungen ist involviert in eine Forschungsarbeit zum Thema Gemeinschaft und Nachhaltigkeit. Erkenntnisse aus der Forschung fließen in den Bildungsurlaub ein.
Termin: 29.9.-3.10.2003
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

ATTAC

»Die Welt ist rund... damit das Denken die Richtung ändern kann« lautet das diesjährige Motto der Attac-Sommerakademie in Münster. Wir wollen brennenden Fragen der Welt- und Wirtschaftsordnung nachgehen und gemeinsam an gesellschaftlichen Utopien bauen. Intensivseminare, fundierte Vorträge, prominent besetzte Podiumsdiskussionen und spannende Workshops erwarten die TeilnehmerInnen. Die »Mit-Mach-Akademie« lädt Aktive, NeueinsteigerInnen und Interessierte ein, sich zu informieren, gemeinsam zu lernen, angebliche »Wahrheiten« zu hinterfragen und alternative Ideen zu entwickeln. Die Themenschwerpunkte werden sein: **1. Wer regiert die Welt?** Fragen wie: »wer sind die Akteure der Globalisierung?« oder »welchen Einfluss haben die Nationalstaaten?« werden uns leiten, um eine kritische Bestandsaufnahme der aktuellen Situation zu machen. **2. Arbeit ohne Grenzen.** Ist die Lohnarbeit am Ende? Warum ist die Arbeit der Frauen unsichtbar? Wir beleuchten nationale und internationale Perspektiven der gegenwärtigen Arbeitsgesellschaft. **3. Macht Demokratie!** Welche Gesellschaft streben wir an, wie wäre sie zu erreichen? Wir untersuchen das Verhältnis von Macht und Demokratie.
Termin: 1. bis 6. August 2003 in Münster
Anmeldungen und weitere Infos unter:
Attac-Sommerakademie
Institut für Soziologie
Scharnhorststr. 121
D-48151 Münster
www.attac.de/sommerakademie2003
Kontakt: Tel.: (02 51) 832 48 35

KOMMUNIKATION

Streiten verbindet!?
Konfliktbewältigung zwischen Männern und Frauen
»Du kannst mich einfach nicht verstehen!«
»Männer sind vom Mars – Frauen von der Venus«
so lauten zwei der meist gelesenen Buchtitel über die Beziehung von Männern und Frauen. Und tatsächlich: Sehr häufig sind Begegnungen zwischen Männern und Frauen geprägt von Missverständnissen und aufreibenden Auseinandersetzungen oder von Sprach- und Verständnislosigkeit.
Häufig wird dabei sehr viel Energie vergeudet, die statt dessen eingesetzt werden könnte, um:

- Unterschiedlichkeiten zu akzeptieren und produktiv zu nutzen;
- gegenseitiges Verstehen zu fördern;
- Blockierungen aufzulösen und Lösungen zu suchen (und zu finden!), die die Wünsche und Bedürfnisse beider berücksichtigen.

Wir werden die eigenen Konfliktmuster und -strategien reflektieren. Alternativen dazu zu entwickeln und konstruktive Kommunikationsformen kennen lernen. Unsere eigenen positiven Erfahrungen mit der Gewaltfreien Kommunikation und mit Zwiegesprächen werden im Zentrum des Seminars stehen.
Ein Seminar nicht nur für Paare!
Termin: 26.-28.9.2003

Gewaltfreie Kommunikation und Yoga
Ein Weg zu innerer Klarheit
Termin: 19.-21.12.2003
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

SOMMERCAMPS

Anarchistisches Sommercamp
Termin: 1.-10.8.2003 in Lutter
Info: www.a-camp.burg-lutter.de

Linkes Sommercamp
Ein schlechter Tag: Du sitzt bei brütender Hitze in Deiner Wohnung über schlechten Nachrichten, die Du in einer konservativen Zeitung liest –und ärgerst Dich. Ein guter Tag: Du sitzt mit vielen anderen in brütender Hitze unter schattigen Bäumen und diskutierst über linke Politik gegen den neoliberalen Alltag – und bist zufrieden.
Wenn Du verhindern willst, dass Dein Sommer aus schlechten Tagen besteht, wenn Du meinst, dass nicht mehr ohne Dich diskutiert, gefeiert, gesungen und gebadet wird, dann melde Dich an für das Linke Sommercamp 2003. Was Du benötigst ist ein Zelt, Schlafsack und Isomatte sowie Lust auf Politik & Party. Wir bieten Dir Diskussionsrunden zu Marxismus & linker Theorie, Grundrechte & Demokratie, Feminismus & Gender, Linke Schul- & Hochschulpolitik, Kritische Wissenschaft & Technologien, Ökonomie & Gewerkschaftspolitik, Antirassismus & Antifaschismus und mehr.
Termin: 1.-10.8.2003 (nähe Wismar)
Information: jd-jl Bundesverband
Greifswalderstr. 4
D-10405 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66

JUNGE LINKE

Neoliberalismus und Globalisierung
Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Realsozialismus in den verbündeten Staaten entwickelt sich ein entfesselter Kapitalismus, wie er Jahrzehnte zuvor kaum vorstellbar war. Seine Ideologie ist der Neoliberalismus. Seine Strategie ist u.a. die Globalisierung. Das Seminar soll einerseits ein Angebot sein, diese Zusammenhänge besser verstehen zu können. Andererseits soll diskutiert werden, welche Alternativen wir eigentlich aufzeigen können und welche Umsetzungsperspektiven es hierfür gibt. Patentrezepte zur Überwindung des Kapitalismus können wir allerdings nicht versprechen.
Termin: 18.-20. Juli, Leichlingen

Cultural Studies
Die Auseinandersetzung mit kulturellen Themen ist in den letzten Jahren wieder wichtiger für die politische Theorie und Praxis geworden. Einer der Gründe für diese Entwicklung liegt auch in der Etablierung der »Cultural Studies«, die eine wissenschaftliche Analyse verschiedener kultureller Phänomene bieten. Die Attraktivität dieses Projekts liegt vor allem in dem explizit politischen Anspruch der Cultural Studies, aber auch in der Interdisziplinarität und des Zusammenbringens verschiedener methodischer und theoretischer Ansätze. Das Seminar soll einen ersten Überblick über das Projekt der »Cultural Studies« bieten und die wichtigsten Themenbereiche vorstellen. Im Vordergrund stehen dabei Möglichkeiten der Subversion im Alltag.
Termin: 18.-20. Juli 2003, Leichlingen
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen/Junge Linke NRW
Herner Str. 79, D-44791 Bochum
☎(02 34) 57 96 78 49, Fax 57 96 78 50
E-Mail: info@jungdemokratinnen.de
Web: www.jungdemokratinnen.de

GEGEN RECHTS

Montag, 14.Juli
20 Uhr, Mütze, Berliner Str. 77, Köln
Vortrag »RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien«
von Christian Dornbusch, Mitherausgeber des »Rechtsrock«-Handbuchs, Unrast Verlag 2003
Veranstalter: Initiative »Mülheim gegen Rechts«

Freitag, 18.Juli
18.30 Uhr, Mütze, Berliner Str. 77, Köln
»Mülheim stellt sich quer«-Solidaritätskonzert mit Papa Verde, Schäl Sick Steppas, Grabowski, Neues vom Raggasuffin u.a.m.
Eintritt 5 Euro / 7 Euro (Solipreis)
Nachmittags Kinderfest
Veranstalter: Initiative »Mülheim gegen Rechts«

Montag, 21.Juli
20 Uhr, Mütze, Berliner Str. 77, Köln
Vortrag »Neonazis und Geheimdienste« von Jörg Fischer, Buchautor und Aussteiger aus der Neonazi-Szene
Veranstalter: Initiative »Mülheim gegen Rechts«

MEDIEN

Digitaler Videoschnitt
Das Online-Medium kann mehr als Text und Bild: Die Produktion von Filmen für Video, CD-ROM und das Web ist Thema dieses Workshops. Streaming Video, Cutting und vieles mehr: Sie lernen, wie Sie einzelne Videoclips zu einem kleinen Film zusammenstellen. Durch die Arbeit mit mehreren Video- und Tonspuren können Sie Überblendungen und Effekte der unterschiedlichsten Art realisieren. Dabei wird Ihnen auch der Umgang mit Bluescreen und Standbild-Animationen vermittelt. Mit Slowmotion und Zeitraffer geben Sie Ihrem Material eine neue Aussage.
Termin: 11.-13.8.2003

Spezielle Effekte fürs Web
In der Regel reicht es im Web nicht aus, nur durch Content zu glänzen: Bestimmte Zielgruppen wollen es nun mal etwas bewegter und interaktiver. Mit »Flash« haben Sie dafür das richtige Werkzeug zur Hand. Animieren Sie Text und Grafik und erstellen Sie beeindruckende Präsentationen. Durch Einbinden von Sound als Hintergrundmusik oder Effektgeräusch bekommen Ihre Websites ein zusätzliches Element, um sich von herkömmlichen HTML-Auftritten abzuheben.
Termin: 21.-25.7.2003

Kreatives Schreiben
Kreatives Schreiben ist eine Strategie, um Themen, Geschichten und Ideen zu finden, zu strukturieren und zielgruppengerecht für das eigene Heft umzusetzen. Zwar lassen sich Ideen auch beim kreativen Schreiben nicht auf Knopfdruck produzieren. Aber schon die Gestaltung einer arbeits- und denkanregenden Umgebung, die Ausprägung einer eigenen Findekunst (Heuristik) und Frage-Strategien zur Ideenfindung und Ideenbewertung helfen dabei, gut zu schreiben. Präsentiert und ausprobiert werden Ansätze des Clustering, Mind Mapping, der Bisoziation und der Osborne-Methode.
Termin: 5.-6.8.2003

Radio vor Ort
Bei den Leuten vor Ort zu sein, direkt von einer wichtigen Konferenz, einer interessanten Messe oder sonst einem spannenden Ereignis berichten zu können, erhöht den Reiz der Berichterstattung für Radiomacher und Hörer. In der Praxis kommt das viel zu selten vor, weil die angeblich so hohen Kosten gescheut werden. In diesem Seminar werden Konzepte, Strategien und Techniken vorgestellt und erarbeitet, die das Radiomachen vor Ort günstig, inhaltlich anspruchsvoll und technisch in guter Qualität erlauben.
Termin: 10.-11.9.2003

Layout mit Quark Xpress
Was gutes Layout ist, wissen Sie – aber wie sagen Sie es dem Computer? Mit dem rahmenorientierten Layout-Programm Quark Xpress können Sie Texte und Bilder kombinieren, das Layout für ein- und mehrseitige Dokumente festlegen sowie mit Musterseiten und Stilvorlagen arbeiten. Computerkenntnisse (Windows) erforderlich.
Termin: 14.-16.7.2003
Information & Anmeldung:
Jounalistenakademie, Postfach 19 04 18,
D-80604 München
☎(0 89) 167 512 06, Fax 13 14 06

FREIE HEIDE

resist now – für eine FREIe HEIDe!
Noch vor dem Sommer will die Bundesregierung den 80 km nördlich von Berlin gelegenen, seit mehr als 10 Jahren umstrittenen Luft-Boden-Schießplatz bei Wittstock in Betrieb nehmen. Um die drohende Inbetriebnahme abzuwenden und so ein Zeichen gegen die Militarisierung zu setzen, veranstaltet die Bürgerinitiative ein Aktionscamp vom 25. Juli bis 3. August 2003.
Informationen:
Ev. Jugendzentrum
resist now!
Rudolf-Breitscheid-Str. 38
D-16861 Neuruppin
☎/Fax (0 33 91) 32 56
www.freieheide-nb.de/resistnow

PERMAKULTUR

Workcamp – Ackern im Garten
Das Programm für diese Woche Gartenarbeit ist nicht terminiert. Es soll (idealrevolutionär) so aussehen, dass sich die TeilnehmerInnen nach dem Kennenlernen des Geländes in Kleingruppen zusammenfinden und einzelne Projekte möglichst selbstständig durchführen. Die Projekte sind zum Teil schon geplant: Brücke über den Bach, Infoschild und Nistwand – können aber auch noch frei erfunden werden. Außerdem gibts ganz »normale« Gartentätigkeiten: Sähen, Ernten, Sammeln, Mulchen ...
Ort der Handlung ist ein Stück Land in Scharnhorst, dass man von Verden aus prima mit dem Rad erreichen kann; es steht auch ein Bulli zur Verfügung. Im Garten ist aber ohnehin das Basislager. Wer hat, sollte also ein Zelt mitbringen, beziehungsweise bei uns rückfragen, damit wir das koordinieren können (ähnlich gilt das für die Anreise mit Autos oder WE-Tickets). Das Verdener Ökozentrum ist ein Nebenschauplatz. Dort können bei Regenwetter Vorträge oder Improtheater stattfinden. In faulen Mittagsstunden kann man Trommeln, Jonglieren oder anderweitig den Hippie in sich wecken. Abends gibts Lagerfeuer und Kulturprogramm – Bremen ist ja nicht so weit weg. Natürlich kochen wir zusammen.
Termin: 14.-20. Juli 2003
Info:
www.permakultur.de/texte/ankuendigungen/verden.html
Kontakt: Allmende e.V. – gemeinschaftlicher Permakulturgarten für Verden, Artilleriestr. 6, D-27283 Verden
☎(0 42 31) 95 75 71, Fax (0 12 12-5) 10 87 57 480
allmendeperma@web.de

RADIKAL REISEN

Finnland
Helsinki und Turku
Wie in den letzten Jahren wird uns unser finnischer Partner Vasemminstonuoret (= Linke Jugend) einen interessanten und umfassenden Einblick in finnische linke Politik geben. Bei Treffen mit Gewerkschaftlern, Parlamentariern, Studentenvertretern und anderen NGOs werden wir v.a. über finnische Sozialstaats- und Arbeitsmarktpolitik, aber auch Asylpolitik und den bevorstehenden NATO-Beitritt Finnlands diskutieren. Und neben all dem wird auch noch etwas Zeit für finnische Seen und Sauna bleiben.
Termin: 22.-31.08. 2003
Kosten: ca. 280 EUR

Russland – Moskau
Thema: Antisemitismus
Wieder einmal fahren JungdemokratInnen/Junge Linke in die russische Weite. In Diskussionen mit verschiedenen russischen Gruppen, u.a. dem Youth Human Rights Movement und der Anti-Defamation-League, wollen wir uns mit Antisemitismus in Russland beschäftigen. Dabei soll es sowohl um den historischen Antisemitismus, vor allem aber um den gegenwärtigen Antisemitismus gehen. Darüber hinaus wollen wir mit unserem Partner den Stand des Demokratisierungsprozesses diskutieren. Neben dem politischen Programm, ist aber auch genügend Zeit um die touristischen Attraktionen zu besichtigen oder an der Moskwa spazieren zu gehen.
Termin: 7.-20.09. 2003
ca. 390 EUR

Frankreich – Paris
Mit transnationalen Protesten gegen den globalen Kapitalismus
In Frankreich ist die globalisierungskritische Bewegung anscheinend stärker und mächtiger als in Deutschland. Nicht zuletzt wurde hier das Netzwerk ATTAC ins leben gerufen. Selbst Teile der akademischen und politischen Eliten kritisieren die derzeit stattfindenden Globalisierungspolitiken. Auf der anderen Seite schürt die politische Rechte sowie die aktuelle Regierung Sicherheitspaniken und Ausländerfeindlichkeit. Gemeinsam mit Gruppen vor Ort wollen wir Perspektiven linker Globalisierungskritik diskutieren und uns die innenpolitische Situation in Frankreich genauer ansehen.
Termin: 30.9.-10.10.2003

Südafrika
Kapstadt und Durban
Als mit einer Übergangsverfassung 1993 die gesetzlich legitimierte Apartheid abgeschafft und 1994 die ersten freien Wahlen angesetzt wurden, war dem African National Congress (ANC) der Sieg sicher. Doch der schlug nicht zuletzt mit seinem späteren wirtschaftlichen Programm einen zunehmend neoliberalen Kurs ein und setzt damit das Bündnis mit der kommunistischen Partei und dem Gewerkschaftsverband COSATU aufs Spiel, was sich in landesweiten Streiks immer deutlicher zeigt. Eines der großen Ziele des ANC-Parteiprogramms, die Verbesserung der Lebensverhältnisse der schwarzen Mehrheit, leidet unter dem Druck kapitalistischen Wirtschaftens. Noch immer ist die wirtschaftliche Grundlage Südafrikas der Export von Rohstoffen. In Südafrika werden wir vor allem die metropolitanen Kernräume bereisen (etwa Kapstadt und Durban), um dort u. a. die Arbeit unserer Partnerorganisation SASCO, einer bundesweiten fortschrittlichen StudentInnenorganisation, kennenzulernen und uns mit VertreterInnen der »Human Rights Comission«, der Landlosenbewegung und COSATU treffen. Auch das Kennenlernen weiterer politischer Projekte und unbedingt Sehenswertem wird die Reise bieten.
Veranstaltet von der Vereinigung Sozialliberaler Bildungseinrichtungen (VSB)
Termin: 15.-28.09.2003
Kosten: ca. 650 EUR
Information & Anmeldung:
Jungdemokratinnen/Junge Linke,
Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: bgs@jdjl.org
Web: www.jdjl.org
Weitere Termine im Web oder auf Anfrage

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg